

U.S-Firma verklagt Arianeplan

Dienstag, 29. Mai 1984 - D \*\*\*  
Aves Verlag AG, Postfach 10 06 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 204-1, Anzeigenabteilung (0228) 204-10, 10 13 24 / Vertikalsektion  
Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Verlagsstellen

Nr. 125 - 22. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A  
Beilen 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 Ffr., Griechenland 100 Dr., Großbritannien 85 p., Italien 1.200 L., Jugoslawien 130,00 Dln., Luxemburg 25,00 Lfr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,80 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Diskussion um Ost-Signal:** Die Bundesregierung hat bestritten, daß es zu Spannungen zwischen Außenminister Genscher und seinem US-Amtskollegen Shultz gekommen sei. In Washington war verlautet, Genscher habe Korrekturen an der Erklärung verlangt, die die NATO-Außenminister als Signal an Moskau auf ihrer morgigen Tagung abgeben wollen. Shultz habe dieses Ansinnen zurückgewiesen. (S. 8)

**Flucht:** Im Kugelhagel von CSSR-Grenzsoldaten ist ein 28-jähriger Pole nach Österreich geflüchtet. Er durchschwamm im Bezirk Mistelbach die Thaya, die die Grenze zwischen der CSSR und Österreich bildet.

**Ausreise:** Die Grünen haben an ausreisewillige Bewohner der „DDR“ appelliert, ihren Staat nicht zu verlassen, sondern am Prozeß des Umwandels und der Erneuerung mitzuarbeiten. Es sei schlecht, wenn durch ihre Ausreise „unruhige Geister“ verloren gingen. (S. 8)

**Hubschrauber:** Das seit Jahren zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vorbereitete Abkommen über den Bau eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers ist gestern in Paris unterzeichnet worden. (S. 6)

**Nahost:** US-Präsident Reagan will nach Informationen der „New York Times“ mit einer Dringlichkeitsentscheidung den Verkauf von 400 Luftabwehrraketen vom Typ „Stinger“ an Saudi-Arabien erwirken. Die Raketen sollen in den nächsten drei Tagen geliefert werden.

**Ägypten:** Bei den Parlamentswahlen zeichnet sich ein Erdschlag der regierenden Nationaldemokratischen Partei über die bürgerliche oppositionelle Neo-Wafd-Partei ab.

**Heute:** Eröffnung der NATO-Außenministerkonferenz in Washington. - Rat der EG-Forschungsminister tagt in Brüssel. - Neue Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt der Druckindustrie.

### An die Leser der WELT

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie ging gestern weiter. Deshalb muß auch die Dienstagsausgabe der WELT mit reduziertem Text- und Anzeigenteil sowie mit einem stark gekürzten Börsenteil erscheinen. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis. Verlag und Redaktion

### WIRTSCHAFT

**Konjunktur:** Der Aufschwung in der Bundesrepublik hat nach einer Analyse der OECD in den letzten Monaten an Kraft verloren. Die Wachstumsrate dürfte sich in der zweiten Hälfte des Jahres abschwächen. (S. 10)

**Umwelt:** Entgegen den Brüsseler Vorschlägen hält Bonn an dem Zeitplan für die Einführung umweltfreundlicher Kfz fest. Das Steuerpaket zur Begünstigung solcher Autos soll vor der Sommerpause beschlossen werden.

**Wohnungsba:** Den Rückzug des Bundes aus der direkten öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus fordert der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer. Der Wohnungsbau dürfe nicht Instrument der Konjunkturpolitik bleiben. (S. 9)

**Börse:** An den deutschen Aktienmärkten schwächten sich die Kurse zum Wochenbeginn ab. WELT-Aktienindex 143,9 (149,8). Am Rentenmarkt war der Trend lustlos. Dollar-Mittelkurs 2,7285 (2,7258) Mark. Goldpreis: Gestern keine Notiz (2,7256 Dollar).

### KULTUR

**Inkastadt bedroht:** Falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, droht der in den peruanischen Anden gelegenen Inkastadt Cuzco, die zu den Weltkulturgütern gezählt wird, der Verfall. Jetzt soll die UNESCO helfen. (S. 15)

**Fremdsprachen:** Das große Übergewicht des Englischen im

Fremdsprachenunterricht haben Fachleute auf einem Symposium des Goethe-Instituts in München beklagt. Von den 5,8 Millionen Sekundarschülern lernten 1982 rund 5,2 Millionen Englisch, 1,4 Millionen Französisch, nur 30 000 Spanisch und 25 000 Russisch. Bei Italienisch waren es nur wenige tausend Schüler.

### ZITAT DES TAGES



„Das paßte vielleicht in die zwanziger Jahre, nicht aber ins Ende dieses Jahrhunderts“

Der Historiker Golo Mann in einem Interview des Bonner „General-Anzeiger“ zum derzeitigen Arbeitskampf  
FOTO: JUPP DARCHINGER

### SPORT

**Fußball:** Mit Gerd Strack (1.FC Köln) und Wolfgang Dremmler (München) wird die deutsche Nationalelf zur Europameisterschaft im Juni nach Frankreich reisen. (S. 13)

**Europapokal:** Das 29. Endspiel um den Fußball-Europapokal der Landesmeister zwischen AS Rom und dem FC Liverpool wird morgen von 20.10 bis 22.00 Uhr vom der ARD original übertragen.

### AUS ALLER WELT

**Kampf dem Lärm:** Deutschen Luftwaffenpiloten, die in unerlaubt niedriger Höhe mit ihren Maschinen über Wohngebiete hinwegdonnern, soll der Garaus gemacht werden. Die Bundeswehr hat Vermessungsanlagen gekauft, mit denen sie Lärmströme genau identifizieren kann. (S. 16)

**Wirtel um „Che“:** 16 Jahre nach seinem Tod steht der Revolutionär Ernesto „Che“ Guevara wieder für Schlagzeilen. Am 16. Juli werden in London seine Tagebücher versteigert. (S. 16)

**Wetter:** Weiterhin regnerisch. Im Norden bis 18, sonst um 12 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Die Golf-Araber sehen ihrem Härtest entgegen. Von Peter M. Ranke S. 2
- Europa-Wahl:** Das Trio Bange-mann-Focke-Klepsch hat es schwer im Wahlkampf S. 3
- Analyse:** Mit dem Westexperten Herbert Häber will SED-Chef Honecker ein Zeichen setzen S. 5
- Irland:** Protestwelle vor Besuch des US-Präsidenten Reagan in der Heimat seiner Vorfahren S. 6
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6
- Heute:** 3. Folge der WELT-Serie „Invasion der Normandie“ (S. 4)
- Italien:** „Arbeitnehmer könnten Lohnminderung hinnehmen“ - sagen Gewerkschafter S. 7
- China:** Auf der Suche nach Verbündeten und Geschäftspartnern in Europa S. 8
- Motorsport:** Motorradfahrer sprechen sich nur positiv über den neuen Nürburgring aus S. 13
- Fernsehen:** Japans Architektur, Synthese zwischen Alt und Neu - Das Universum im Auge S. 14
- Porträt:** WELT-Gespräch mit Regisseur Jürgen Fichtner. Theater ist brutale Arbeit... S. 15

## Breit droht mit bundesweitem Streik. Dennoch Kompromiß?

In Bonn weniger Teilnehmer als erwartet / Kritik an „Stempel-Aktion“ der IG Metall

GÜNTHER BADING, Bonn

Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat die politische Zielsetzung des Streiks um die 35-Stunden-Woche unmissverständlich deutlich gemacht. Auf einer Großkundgebung seiner Gewerkschaft - nach Funktionsangaben rund 180 000 Menschen, nach Polizeiangaben erheblich weniger - sagte Mayr: „Die Arbeitnehmer der Metallindustrie nehmen heute die großen Opfer des Arbeitskampfes auf sich, damit morgen die ungleich größeren Opfer der Wendepolitik verhindert werden können.“

Der Aufruf zum Kampf gegen die von der Regierung Kohl eingeleitete Politik der „Wende“ zog sich durch Mayrs Text, aber auch durch die Rede des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, wie ein roter Faden. Beide sprachen davon, daß Regierung und Unternehmer „Arm in Arm“ gegen die Gewerkschaften stünden. Beide versuchten für die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, mittelbar Betroffenen des Arbeitskampfes der Metallgewerkschaft kein Kurzarbeitergeld zu bezahlen, die Regierung unter dem „Arbeitgeberkanzler“ Kohl - so Hans Mayr - verantwortlich zu machen. Mayr fordert Kohl und Arbeitsmin-

ster Blum auf, die Entscheidung der Bundesanstalt rückgängig zu machen. Der DGB-Vorsitzende Breit drohte unverhüllt mit einem bundesweiten „Solidaritätsstreik“, falls die Arbeitgeber der Metallindustrie und im Druckgewerbe nicht den Gewerkschaftsforderungen nachgeben würden. Eine bundesweite Aktion dieser Art würde allerdings der Beschlußlage des DGB zuwiderlaufen, die einen Generalstreik nur zur Verteidigung

der demokratischen Grundordnung gegen akute Bedrohung vorsieht.

In Baden-Württemberg und in Hessen ging gestern der Arbeitskampf weiter. Rund 250 000 Arbeitnehmer sind nach Angaben von Gesamtmetall in dieser dritten Streikwoche betroffen. Der Produktionsausfall belaufe sich auf 250 Millionen Mark täglich. Von heute an werden 100 000 Arbeitnehmer der Volkswagenwerke in Urlaub bis zum Wochenende geschickt, da auch hier die Produktion wegen Zulieferstopps ruht.

Heute werden sich in Stuttgart wieder die Verhandlungsdelegationen

der IG Metall und des metallindustriellen Arbeitgeberverbandes in Baden-Württemberg treffen, um zu versuchen, doch noch einen auf alle Tarifgebiete übertragbaren Pilotabschluß zu finden. Die Arbeitgeber halten zwar an ihrer grundsätzlichen Weigerung, die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden generell abzuschaffen, fest, sind allerdings offenbar bereit, für bestimmte Gruppen eine Verkürzung zu akzeptieren. Die IG Metall hat als Kompromißvorschlag die Möglichkeit eingebracht, das Inkrafttreten einer Wochenarbeitszeitverkürzung in die Zukunft zu verschieben. Auch über längere Laufzeiten eines neuen Tarifvertrages will die Gewerkschaft mit sich reden lassen. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sagte, er gehe mit „80prozentigem Optimismus“ in die Stuttgarter Verhandlungen. Das Arbeitgeberangebot gebe der Gewerkschaft „genügend Spielraum“, um in einer Urabstimmung der jetzt zum Streik aufrufenden Mehrheit für schädlich. Der kleinste Nenner der Demonstration ist da der politische Kampf gegen eine als mißliebig empfundene Regierung.

• Fortsetzung Seite 8

## Neue Atomrakete für Sowjets in „DDR“

Ausrüstung mit SS 21 soll zum Jahresende abgeschlossen sein / Nachschub verbessert

rnc. Bonn

Die in der „DDR“ stehenden 20 sowjetischen Panzer- und motorisierten Schützen-Divisionen werden bis zum Jahresende vollständig mit der neuen Atomrakete SS 21 ausgerüstet sein. Das schließen westliche Fachleute aus dem bisherigen Umrüstungstempo von der älteren Frog-Rakete auf das neue System.

Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer, der Erkenntnisse westlicher Geheimdienste der WELT zur Verfügung stellte, waren bis zum vergangenen März alle auf Divisionsebene vorhandenen Raketen-Bataillone der Ersten Taktischen Gardedivision, der Achten Gardedivision und der Dritten Stobarmee der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR“ (GSSD) mit der neuen Rakete ausgerüstet.

Die neue taktische Nuklearwaffe der sowjetischen Divisionsartillerie

verfügt über einen verbesserten Sprengkopf mit höherer Zielgenauigkeit als das Vorgängermodell Frog. Nach westlichen Erkenntnissen würde mit fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit jeder Sprengkopf in einem Kreis mit 50 Meter Radius einschlagen. Diese Maßzahl lag bei der Frog noch bei 400 Meter. Im Vergleich zum Vorgängermodell mit einer Reichweite von 70 Kilometer ist die SS 21 auf 120 Kilometer gesteigert. Von der Frog-Rakete verfügte die Sowjetunion über 482 Werfer.

Mit der selbst die Experten überraschenden sehr schnellen Einführung der neuen Nuklearrakete, für die es in der NATO nur 36 Lance-Raketen mit einer Reichweite von 110 Kilometer als Gegenstück gibt, geht bei der GSSD eine wesentliche Verbesserung von Nachschub und Versorgung einher. Selbst aus sowjetischen Darstellungen soll hervorgehen, daß in Depots weit mehr an Vorräten gela-

gert werde - was die Truppe im Kriegsfall brauche. Nach westlichen Erkenntnissen ist der Gesamtbestand an Munition, Treibstoff, Ersatzteilen und medizinischer Versorgung gut zweimal vorhanden. Die bestehenden 34 Depots für Treibstoffe sind erweitert und sieben neu gebaut worden. Die neun Haupt-Munitionslager sind ebenfalls ausgebaut und ihnen sieben weitere hinzugefügt worden. Die feld-einsatzfähigen Reparaturwerkstätten wurden verdoppelt. Auch die Feld-lazarette wurden von 37 auf 65 aufgestockt.

Diese Rüstungsanstrengungen sind ein neuer Beweis für den Willen Moskaus, in der sogenannten Nachrüstungs-Debatte Druck auf Bonn auszuüben. Entsprechende Hinweise hatte der Moskauer Außenminister Gromyko Bundesaußenminister Genscher bei dessen jüngstem Besuch in der Sowjetunion gegeben.

## Ministeramt für Genscher-Nachfolger?

FDP will Probleme für Koalition vermeiden / Haussmann: Schnell mit der CSU reden

M. SCHELLS. HEYDECK, Bonn

Bundeskanzler Kohl geht davon aus, daß durch den für 1986 angekündigten Verzicht von Außenminister Genscher auf das Amt des FDP-Vorsitzenden „die Regierungsarbeit nicht berührt wird“. In der Umgebung des Bundeskanzlers hieß es gestern, Kohls Interesse sei vorrangig darauf ausgerichtet, daß diese Arbeit „sauber verläuft“. Alles andere sei primär eine Angelegenheit der FDP. Genscher legte dem Kanzler gestern seine Beweggründe dar. Regierungssprecher Sudhoff bemerkte, daß die Arbeit in der Koalition „in keiner Weise beeinträchtigt wird“. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erklärte der WELT, er rechne mit einer Wiederwahl Genschers für zwei Jahre auf dem Parteitag in Münster. Dregger: „Zwei Jahre sind in der Politik eine lange Zeit. Wir denken, daß wir mit Herrn Genscher und Herrn Misch-nick unsere Zusammenarbeit fortsetzen werden. Alles andere bleibt der zukünftigen Entwicklung vorbehalten.“ Auf die Frage, ob er Risiken für die Koalition sehe, antwortete Dregger: „Die Politik ist voller Risiken.“ Was sich in den nächsten zwei

Jahren innerparteilich in der FDP entwickle, „das wage ich nicht vorzuschätzen“.

Die FDP-Führung war gestern darum bemüht, es wegen der Genscher-Ankündigung nicht zu Problemen in der Koalition kommen zu lassen. So meinte der FDP-Politiker Helmut Haussmann, der für das Amt des Generalsekretärs der Partei vorgesehen ist, die Koalition bleibe „nur dann

Wiedewahl in Münster bereits vor 1986 als Parteichef zurücktreten: „Ich bin sicher, daß er das Amt zwei Jahre lang ausüben wird.“ Die Jungliberalen warnten hingegen vor einer langanhaltenden Personaldiskussion um Genschers Nachfolge. Offizielle Vorschläge dazu gibt es noch nicht, jedoch werden in erster Linie die Namen folgender FDP-Politiker genannt: Jürgen Morlok (Baden-Württemberg), Wolfgang Gerhardt (Hessen), Walter Hirche (Niedersachsen) und Manfred Brunn (Bayern).

In Bonn wurde gestern die Frage gestellt, wie ein potentieller Genscher-Nachfolger bundesweit „Profil“ erlangen könne. Ein künftiger FDP-Vorsitzender ohne Ministeramt, so hieß es, würde Probleme haben. Weil Genscher Außenminister bleiben will, könnten allenfalls das Amt des Bundeswirtschaftsministers oder des Bundesjustizministers zur Disposition stehen. Die zweite Möglichkeit wäre eine große Kabinetts-umbildung mit einer Neuverteilung der Ministerämter. Die CSU hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie - falls ein FDP-Minister ausscheiden sollte - nicht „jeden Nachfolger“ zu akzeptieren bereit sei.

## Bischof tritt für „Solidarnosc“ ein

Warschauer Priester ruft zum Boykott der „Gemeindewahlen“ am 17. Juni auf

DW. Warschau

Der Bischof von Kattowitz, Henryk Bednorz, hat vor rund 100 000 polnischen Bergleuten und Metallarbeitern im ober-schlesischen Wallfahrtsort Piekar die Wiederzulassung freier Gewerkschaften in Polen verlangt. „Das Vaterland würde gestärkt aus einer Wiederaussöhnung hervorgehen“, sagte der prominente geistliche Fürsprecher der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“ unter dem Beifall der Arbeiter. Bednorz bekräftigte das Recht der Arbeiter, sich in freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die Äußerungen des Kattowitzer Bischofs zeigen, daß Primas Glemp mit seinem Kurs, die Priester in Polen von politischen Äußerungen zurückzuhalten, nicht die ungeteilte Unterstützung des Episkopats findet. Bednorz hat auch bei früheren Gele-

genheiten zu erkennen gegeben, daß er sich nicht von öffentlichen Bekundungen der Sympathie für die „Solidarnosc“ abbringen läßt.

Drei Wochen vor den „Kommunalwahlen“ in Polen warnte der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko die Bevölkerung davor, das „Böse“ mit der eigenen Stimme „zu legitimieren“. Er forderte den Boykott der Wahlen und fügte hinzu, auf diese Weise sollten die Polen ihre Verbundenheit mit der „Solidarnosc“ ausdrücken. Der Pater verteilte scharf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in seiner Heimat: „Der Frieden kann nicht mit dem Schweigen verwechselt werden, das der Bevölkerung aufgezwungen ist.“ Von den Gläubigen forderte er einen „Beweis

des Mutes“ bei den Wahlen am 17. Juni.

Popieluszko zählt zu den 69 wegen „Extremismus“ und „Mißbrauch des Priestertums“ vom Regime Jaruzelski scharf kritisierten Geistlichen.

Die „Kommunalwahlen“ werden, wie es aus Kreisen der „Solidarnosc“ heißt, als Prüfstein für die Unterstützung angesehen, die die unabhängige Gewerkschaftsbewegung nach wie vor im Volk genießt. Die Regierung hingegen betrachtet eine starke Wahlbeteiligung als Zeichen für die Wiederherstellung ihrer Autorität und als Fortschritt auf dem Weg zu der von ihr zum politischen Ziel erklärten „nationalen Versöhnung“. Bereits vor Monaten hatten Vertreter der „Solidarnosc“ aus dem Untergrund an die Bevölkerung appelliert, den „Wahlen“ fernzubleiben.

### DER KOMMENTAR

## Metall-Töne

PETER GILLIES

Der Bonner Hofgarten ist nicht die Bastille, eine Kaffeebar noch keine Revolution. Dennoch klangen die Reden dort so, als würden die lohnabhängigen Massen - wenn nicht schon am Dienstag, so doch spätestens am Donnerstag - ihre Ketten abwerfen und sich gegen ihre verhassten Unterdrücker erheben. Da wurde der „Klassenkampf von oben“ geübt, ein rechtsbrüchiger „Feudalstaat“, die „Bananenrepublik“, die „Wendepolitik aus Bonn und Bayern“ schlechthin.

Die artifizielle Lärmfaltung vor eigenem, herbeistransportiertem Publikum überdeckt die Wirklichkeit: Die Gewerkschaftsbewegungen reiten mit gezieltem Schwert Attacke und übersehen, daß ihnen die Truppe nicht folgt. Ihre Einzelgewerkschaften sind tiefst gespalten über Ziel und Sinn des Kampfes. Das beobachtend-abwartende Publikum hält ihn mit einer erdrückenden Mehrheit für schädlich. Der kleinste Nenner der Demonstration ist da der politische Kampf gegen eine als mißliebig empfundene Regierung.

„Auf unserer Seite sind Recht und Moral“, meinte der DGB-Vorsitzende Breit auf der Kundgebung. In gleichem Atemzug droht er mit „bundesweiten Solidaritätsstreiks“, die trotz ihres wär-

menden Namens doch nur rechtswidrige Aktionen darstellen. Einmal abgesehen davon, daß eine „Bananenrepublik“, wie der IG-Metall-Vorsitzende Mayr die Bundesrepublik zu bezeichnen beliebt, Demonstrationen nicht zu dulden pflegt - wie sollten sich Regierung, Parlament oder Öffentlichkeit vom sogenannten Marsch auf Bonn beeindruckt fühlen?

Auch der Tarifkampf 1984 muß und wird mit einem Kompromiß enden. Gesucht wird eine Lösung, die es den Gewerkschaften erlaubt, von einem gewissen Einstieg in die Wieviel-auch-immer-Stunden-Woche zu sprechen und den Arbeitgebern Gesichtswahrung bei der Regelarbeitszeit von vierzig Stunden ermöglicht. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (und nicht zuletzt für die Arbeitslosen) zählt vor allem die Kostenbelastung. Auf dem Weg zum Kompromiß mag man sich ein Schritchen nähergekommen sein. Leider muß, so scheint es, das Ritual, das den Aufschwung so schwer belastet, abgewickelt werden.

In Bonn hätte man getwas zur Sache gehört. Sollte sich ein Arbeitsloser in der Hoffnung auf den Hofgarten verirrt haben, es winke ein sicherer Arbeitsplatz für ihn, bleibt er ratlos zurück.

## Druckindustrie: Verhandlungen und neue Streiks

DW. Frankfurt

Knapp zwei Monate nach dem Scheitern der Tarifgespräche in der Druckindustrie wollen Arbeitgeber und die Gewerkschaft heute wieder verhandeln. Bundesverband Druck und IG Druck und Papier einigen sich telefonisch darauf, um 15 Uhr in Bad Soden bei Frankfurt zusammenzutreffen. Verhandelt werden soll über alle drei anstehenden Tarifmatrien: Lohnstruktur, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und verstärkter Rationalisierungsschutz. Nach vier Wochen, vor dem Spitzengespräch in Königstein, hatte die IG Druck und Papier den Versuch unternommen, das Problem der Lohnstruktur herauszulösen. Die Arbeitgeberseite bestand damals auf der Erörterung des „Pakets“. Insofern ist eine neue Situation eingetreten.

Allerdings werden die Voraussetzungen für sachliche Verhandlungen vom Bundesverband Druck als „denkbar schlecht“ bezeichnet. Der Grund: die Ausweitung des Streiks am Montag. „Unter dem Druck von Erzwingsungsstreiks gibt es kein Verhandlungsergebnis“, sagte der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Manfred Beltz Rübelmann.

Mit Streikaufrufen in rund 75 Zeitungs- und Akzidenzdruckereien lag der Schwerpunkt des Arbeitskampfes zu Wochenbeginn in Nordrhein-Westfalen. Der Bundesverband Druck hat bislang auf eine Abweh-rungspause verzichtet. Er begründete diesen Beschluß mit der Zusage der Gewerkschaft, daß es keine Eskalation des Arbeitskampfes geben werde.

## Bedenken gegen Umweltschutz im Grundgesetz

DW. Bonn

Verfassungsrechtler haben gestern bei einer öffentlichen Anhörung der CDU/CSU-Fraktion in Bonn ihre Bedenken gegen die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz geäußert. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, erklärte, es bedürfe im Hinblick auf das geltende Verfassungsrecht „keiner ausdrücklichen Aussage im Grundgesetz“, da der Staat verpflichtet sei, sich um den Umweltschutz zu bemühen. Benda verwies auf das Grundgesetz, das in zahlreichen Zuständigkeitsnormen wesentliche Vorschriften über die Umwelt enthalte. Außerdem habe der Gesetzgeber in vielen dieser Bereiche von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht.

Gravierende Lücken im Umweltschutz konnte auch der Erlanger Professor Walter Leisner nicht ausmachen. Leisner, der die Aufnahme des Umweltschutzes in Landesverfassungen - wie in Baden-Württemberg und Bayern - nicht vergleichbar mit dem Problem der Aufnahme in das Grundgesetz nannte, warnte davor, die Verfassung mit Verfassungsschwächen zu belasten.

SPD und FDP haben sich für die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz ausgesprochen. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Miltner, sagte zum Auftakt der Anhörung, daß in der Unionsfraktion eine „gewisse Skepsis“ gegen eine solche Erweiterung bestehe.



... wie der Name schon sagt.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## US-Banken in Not

Von Claus Dertinger

Die Gerüchte über Liquiditätsschwierigkeiten der vier größten amerikanischen Bank, der Manufacturers Hanover Trust Co., sind, obwohl sofort von der Bankenaufsichtsbehörde und der Bank selbst dementiert, ein unheilvolles Wetterleuchten am internationalen Finanzhimmel. Egal, wo die Gerüchte zuerst aufgetaucht sind und ob sie möglicherweise nur von jemandem gestreut worden sind, der die von ihnen ausgehende Unruhe zu gewinnbringenden geschäftlichen Transaktionen nutzen wollte: Alarmierend ist die Tatsache, daß solche Gerüchte an den internationalen Finanzmärkten auf fruchtbaren Boden fallen.

Selbst vor zwei Jahren, als die mexikanische Schuldenkrise offen ausbrach, war die Nervosität in der Finanzwelt kaum größer als heute. Die beschwörenden Worte der Bankiers und Krisenmanager von Notenbanken und supranationalen Institutionen, daß die lateinamerikanische Schuldenkrise noch lange nicht bewältigt ist, sondern daß akute Probleme mit Umschuldungsoperationen lediglich in die Zukunft verlagert worden sind, dringen wieder ins Bewußtsein. Die Schwierigkeiten – oder mangelnde Bereitschaft – Argentinien, fällige Zinsen zu bezahlen, haben den Anstoß gegeben.

Die Märkte sind skeptisch gegenüber beruhigenden Dementis. Das ist kein Wunder. Wurden nicht auch die Liquiditätsschwierigkeiten der Continental Bank, der achtgrößten der USA, zunächst energisch dementiert? Und doch ist diese Bank nur durch die größte Stützungsaktion in der neueren amerikanischen Bankengeschichte vor dem Kollaps bewahrt worden.

Die stark in Lateinamerika engagierten US-Banken, die gegen Risiken unvergleichlich weniger gepolstert sind als die deutschen, gelten als offene Flanke des westlichen Bankensystems. Man kann nur hoffen, daß die Beteuerungen der US-Währungsbehörden, keine Bank Pleite gehen zu lassen, überzeugend wirken.

Die Situation ist brenzlich wie selten zuvor. Denn Banken leben vom Vertrauen. Schwindet es dahin, wäre eine weltweite Finanzkrise wohl unvermeidlich.

## Geschäft und Apokalypse

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit apokalyptischen Visionen tritt Moskau in diesen Tagen an die Weltöffentlichkeit. Generalsekretär Tschernenko spricht in Botschaften an Länder der Dritten Welt von einem angeblich drohenden Atomkrieg und attackiert die „amerikanischen Imperialisten“. Sein Sprachrohr Leonid Samjatin bestätigt nicht nur, daß der Besuch Genschers in Moskau ein Mißerfolg war, sondern behauptet auch, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen jetzt auf dem tiefsten Stand der Nachkriegszeit angelangt seien.

Tiefster Stand? Da gab es doch 1948 eine Berliner Blockade, als die Amerikaner ernsthaft erwogen, mit einem bewaffneten Konvoi gegen die sowjetische Armee den Zugang zu den Westsektoren der Stadt zu erzwingen. Da gab es 1950 den Korea-Krieg, als man sich in Europa fragte, ob Moskau nicht durch einen Handstreich auch den Westen des Kontinents gleichfalls besetzen könnte. Da gab es Ungarn 1956, dann 1958 das Berlin-Ultimatum Chruschtschows, 1962 die Kuba-Krise, 1968 die Invasion der CSSR und 1979 Afghanistan...

Welcher dieser Tiefpunkte der tiefste war, darüber mögen sich die Historiker streiten. Sicher ist nur: Die heutige internationale Situation ist nicht so dramatisch wie etwa im Herbst 1962, als Sowjets und Amerikaner vor Kuba unmittelbar einander gegenüberstanden. Vielmehr zeigt sich, daß eine im großen und ganzen konsequente amerikanische Politik die Sowjetunion daran hindert, größere internationale Störmanöver erfolgreich durchzuführen.

Der apokalyptische Zorn der Sowjets wirkt umso weniger überzeugend, als gerade in diesen Tagen ein Mitglied des ZK der SED, Otto Reinhold, in Wiesbaden vor der Friedrich-Ebert-Stiftung klagte, daß westliche Boykott-Maßnahmen dazu führten, die Zusammenarbeit im RgW (der Ostblock-Wirtschaftsorganisation) zu intensivieren und zu beschleunigen. „Ist so offenes, schon offizielles Betteln um bessere westliche Geschäfte, so offenes Reden vom Wunsch nach mehr Distanz zu Moskau ganz ohne sowjetisches Einverständnis denkbar? Wenn ja, dann bahnt sich eine bemerkenswerte Entwicklung an. Wenn nein, dann fährt Moskau auf zwei Gleisen, die auseinanderstreben.“

## Tsushima schmerzt

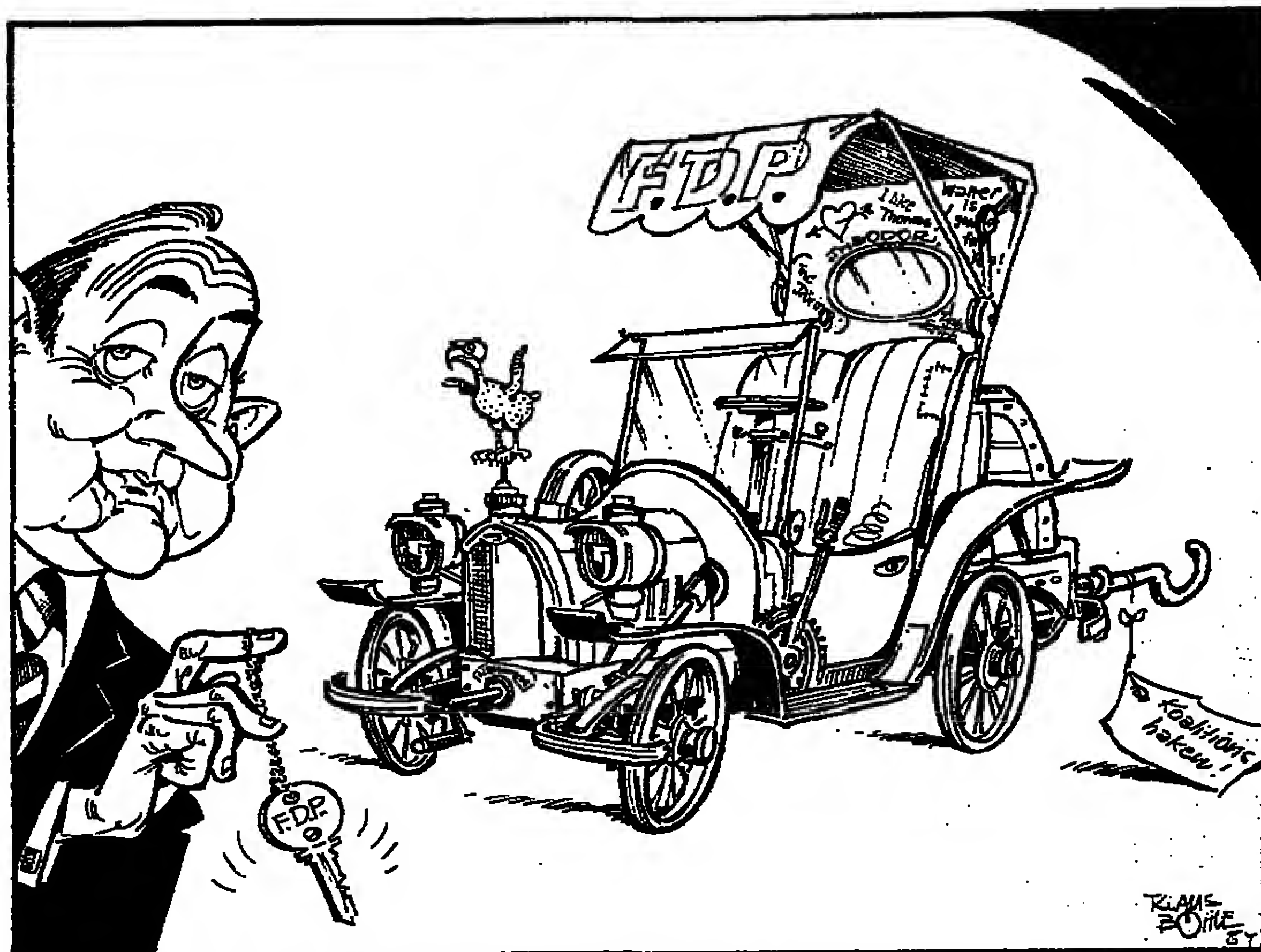
Von Enno v. Loewenstern

In Deutschland ist man gelassener. Bundeskanzler Kohl bemühte sich um Teilnahme an den Erinnerungsfeiern für die Normandie-Landung. Er versteht, daß damals wohl deutsche Soldaten kämpften und starben, daß aber die Niederlage nicht Deutschland traf, sondern ein verbrecherisches Regime. Die Sowjetunion dagegen entblüht sich nicht, zur selben Zeit gegen eine kleine Gedenkfeier in Japan zum 50. Todestag des Großadmirals Grafen Heihachiro Togo zu protestieren.

Dieser Mann hat, damals noch Vizeadmiral Togo, die wohl schwerste seemannische Aufgabe der Kriegsgeschichte glanzvoll bewältigt: auch die Deckung einer Landung, nämlich die des japanischen Heeres 1904 in Korea zum russisch-japanischen Krieg, und die Deckung seines Nachschubs. Zu diesem Zweck aber mußte er nacheinander zwei mindestens gleichstarke Flottenverbände nicht etwa nur schlagen, sondern vollständig vernichten.

Hätte auch nur ein relativ schwacher Verband Waldivostok erreicht und von dort aus den japanischen Nachschub bedroht, hätte Marschall Oyamas Armee sich nicht gegen Kuropatkins Verbände halten können. Togo erfüllte seine Aufgaben mit der Blockade Port Arthurs bzw. der Seeschlacht vor der Shantung-Halbinsel am 10. August 1904 sowie mit der Seeschlacht von Tsushima am 27./28. Mai 1905.

Daß man in Moskau – das die erfolgreichen Feldherren und Flottenführer Rußlands durchaus zu jedem Anlaß ehrt – Japan seine Helden mißgönnt, ist mehr als eine Taktlosigkeit, es ist eine Dummheit. Der Krieg von 1904/5 war ein imperialistisches Unternehmen auf beiden Seiten um das Vorrecht, Chinas reiche mandschurische Provinz auszuplündern. Die Chinesen erinnern oft und verbittert an ihre „ungleichen Verträge“ mit dem Rußland von damals und schmähen die jetzigen Kreml-Machthaber „neue Zaren“. Daß diese gerade jetzt mit so hysterischer Empfindlichkeit (welcher Franzose würde sich über Nelson- oder Waterloo-Feiern aufregen?) jede Erinnerung an Niederlagen des alten Zaren bei seinen Ausgriffen nach Osten zurückweisen, muß Wasser auf die Mühlen des Jangtse gießen.



Würden Sie diesem Gebrauchtwagen einen Mann abnehmen?

ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖLE

## Cauchemar der Koalition

Von Herbert Kremp

Man kann nicht zwei Jahre lang zurücktreten. Hans-Dietrich Genscher wird beim Parteitag in Münster mit großer Mehrheit wiedergewählt werden. Seine Haut wird nicht zerkratzt. Sie ist sehr dünn. Die Partei jedoch ist haarlos. In der FDP beginnt eine Personendiskussion, sondersgleich. Wende ohne Ende. Die Integrationsfigur wird fehlen. Es wird zwanzig Lagerfeuer geben. Die Freien Demokraten sind eine Partei ohne Konzept. Sie lebten von Scheel, dann von Genscher. Lambsdorff bleibt gefährdet. Da hinter findet man nicht viel Kompetenz.

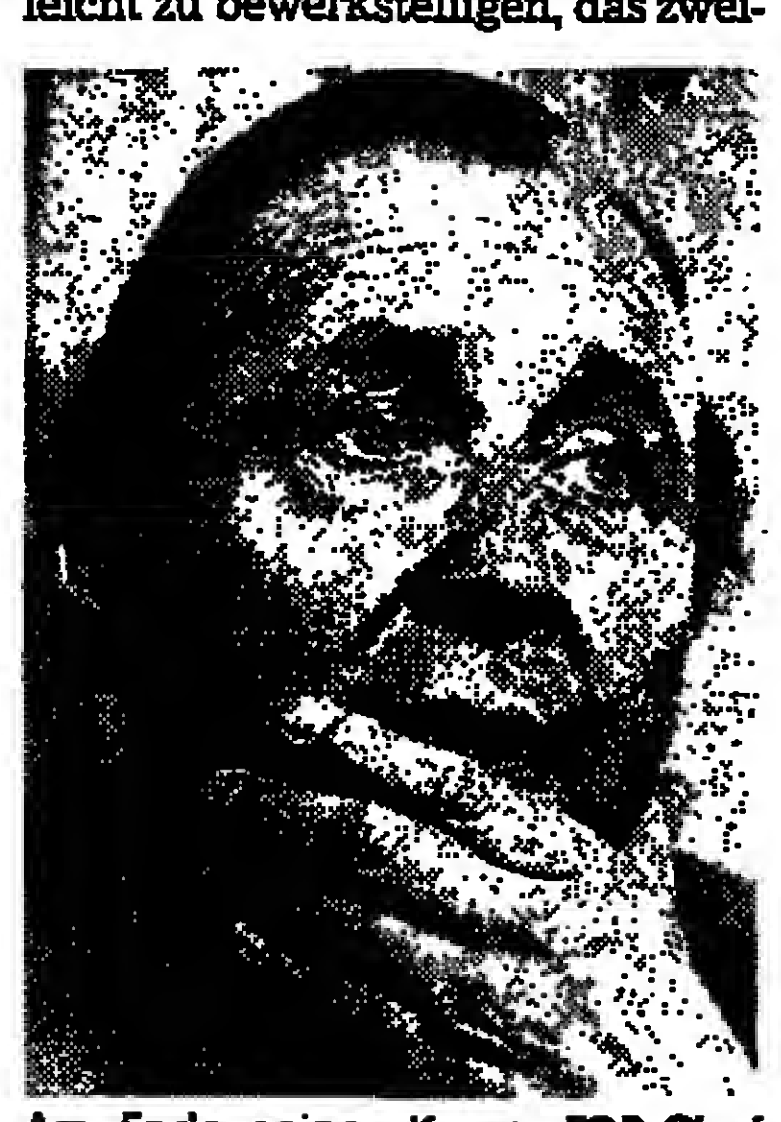
Genscher steht im Licht eines reinen Taktikers. Deshalb gibt es jetzt Stimmen, die ihm ein Spiel unterstellen. Er werde zuschauen, wie „die Jüngeren“, von denen viele einmal viel Aufhebens gemacht wird, miteinander raufen, um sich dann von der allgemeinen Verzweiflung der Partei wieder auf den Schild heben zu lassen. Wer den Politiker kennt, weiß, daß es nicht so kommen wird. Hans-Dietrich Genscher ist ein sensibler Mann, der an der Vorbereitung und am Vollzug des Partnerwechsels schwer gelitten hat. Er nahm vieles auf sich, um das neue Bündnis zu konsolidieren. Der Verfolgung entzog er sich durch immer mehr Reisen im transkontinentalen Schmetterlingsstil. Mit manchen der „Freunde“ redet er nicht mehr. Dabei ist er mit 57 Jahren noch ein junger Politiker. Man hat das Gefühl, er will nicht mehr. Sein Entschluß ist ernstzunehmen.

In Münster, spätestens aber bei den Europawahlen am 17. Juni, wird sich herausstellen, ob die FDP für den Bundeskanzler noch eine operable Größe ist. Daß der Parteiführer an einer relativ unwichtigen Sache wie dem Amnestieplan für Parteipensender scheitern konnte, reduziert das politische Gewicht des unverzichtbaren Koalitionspartners. Genscher fühlte sich durch die Niederlage so tief verletzt, daß er seinen Entschluß, die Dauer des Vorsitzes zu begrenzen, ohne ernsthafte Konsultation in einer Fernsehansprache am 10. Juni zugab. Zum falschen Zeitpunkt und irgendwie stilllos. Um seinen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, entfacht er einen Sturm. Das kann dem schmalen Schiff nicht bekommen. Wenn es kentert, geht aber mehr unter als die FDP. Wie denkt sich der erfahrene Politiker die Zukunft?

Die Freien Demokraten regieren jetzt mit drei angeschlagenen Ministern in Bonn mit Genscher verliert auch als Außenminister an Gewicht. Angesichts der zahlreichen ernststen Schwierigkeiten in der Innen- und Außenpolitik kann der Bundeskanzler mit der Kabinettsreform nicht mehr lange warten. Überzeugende personelle Alternativen haben die Freien Demokraten nicht anzuzeigen. Die Partei, deren Name einst für Persönlichkeitsqualität stand, wirkt von den Wurzeln her ausgedörrt. Sie erinnert an Waldsterben. Die Verluste werden aber auf Konto der ganzen Koalition geschrieben. An Koalitionen wird die Fortuna der Kanzler gemessen. Was sagt, was tut Helmut Kohl? Enttäuschung ist ebenso wie eine Kategorie der Politik wie Empörung.

An guten Ratschlägen wird es nicht fehlen. Einer der bekanntesten aus der Union lautet, man solle künftig auf Ganze gehen, worunter man den Untergang der FDP und den Aufstieg zur absoluten Mehrheit versteht. Das erste ist leicht zu bewerkstelligen, das zweite hingegen wäre ein sagenhafter Zufall. Gibt es bei einer Bundestagswahl noch absolute Mehrheiten? Die Frage ist deshalb berechtigt, weil eine Regierung der Sanierung umstrittene Entscheidungen treffen muß. Als die Union den Mehrheitssieg 1957 einmal erreichte, standen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard auf dem Höhepunkt des wirtschafts- und außenpolitischen Erfolges. Es war Aufstiegszeit. Heute steht der Kanzler im Geröll, er kommt nur schwer voran. Man merkt dies allein schon daran, daß jetzt und in Zukunft aus jedem Tarifkonflikt ein politischer Streik zu wachsen droht.

Wer die Augen vor den Komplikationen nicht verschließt, wird mit den Freien Demokraten vorsichtig umgehen. Was dem Regierungsbündnis gefährlich werden könnte, wäre die ausladende Profilierung einer Partei, die ihre Schwächen nicht mehr anders auszugleichen vermag. In dieser Hinsicht ist von den „Jüngeren“ weniger Gutes zu erwarten als von den „Älteren“, deren Erfahrung zu langweilen scheint. Auf der Höhe seiner Zeit konnte Genscher die Profilierung zurückdrängen. Er schaffte dies durch ein Stück Untätigkeit und durch ruhiges, fast murrendes Zureden. Der Psychotherapeut ist heute am Ende der Kunst. Die Kräfte in der FDP, die das Heil in der Unterscheidung von der Union und dem Kanzler suchen, werden stärker.



Am Ende seiner Kunst: FDP-Chef Genscher. FOTO: JUPP DÄRCHINGER

## Die Golf-Araber sehen ihrem Härtesten entgegen

Teheran hofft auf mehr als einen Sieg über Bagdad / Von Peter M. Ranke

Der Beginn der „endgültigen“ Offensive der iranischen Truppen und Revolutionsgarden in Stärke von einer halben Million Mann gegen Irak ist nun für den Fastenmonat Ramadan Anfang Juni angesagt worden. Kriegführende sind von den islamischen Fastenregeln ausgenommen, ihr Fanatismus und ihre Sterbenslustigkeit sind im Ramadan größer als sonst. Das zeigte schon der Ramadan-Krieg der Ägypter und Syrer gegen Israel 1973.

Ziel der Iraner ist die Blockade der Hafenstadt Basra und die Sperrung der dorthin führenden Straßen, womit der irakische Nachschub über Kuwait getroffen wäre. Bricht die irakische Front zusammen, womit westliche Militärexperten nach der neuen, massiven sowjetischen Militärhilfe kaum rechnen, liegen auch die südlichen Ölfelder in Reichweite der Iraner. Abgeschnitten von irakischen arabischen Golf-Verbündeten und ohne Exportmöglichkeit für das südliche Öl kann das sozialistische Baath-Regime von Präsident Saddam Hussein nicht überleben, rechnen die Ayatollahs in Teheran.

Teheran braucht jetzt einen Erfolg im Landkrieg gegen Irak, um die arabischen Öl-Staaten des Golfs von weiteren Hilfsaktionen für die bedrängten, aber ungeliebten „Brüder“ in Bagdad abzuhalten. Dazu wären etwa die Überlassung von Flugplätzen oder die elektronische Führungshilfe bei irakischen Angriffen gegen die Ölpier von Kharg zu rechnen. Es liegt also nicht im Interesse Irans, sich durch weitere Luftangriffe auf Tanker vor Kuwait und Saudi-Arabien neue Feinde auf den Hals zu laden und auch noch die Amerikaner mit ihrer Flottenmacht herauszufordern.

Die syrischen Verbündeten trafen daher letzte Woche in Teheran auf Zustimmung, als sie vor der Ausweitung des Golfkrieges warnten. Die iranischen Militärs können ohnehin darauf verweisen, daß nicht sie, sondern Irak die ersten Schläge gegen die Ölverladung

und die Tankerwege im Golf führten. Außerdem haben Kuwait und Saudi-Arabien deutliche Signale nach Teheran gesandt, daß sie nicht für Irak in den Golfkrieg ziehen wollen, vor allem nicht mit den Amerikanern zusammen.

Saudi-Arabien bekommt zwar neue Waffen von den USA wie Stinger-Flugabwehrraketen, weicht aber jeder Konfrontation mit Iran aus. Geraden beschworend wurde in Riad betont, saudische Kampfpanzer hätten nach Angriffen auf Tanker keine iranischen „Phantoms“ verfolgt oder abgewehrt. Dabei ist die saudische Luftwaffe mit ihren jetzt 42 supermodernen amerikanischen F-15 und anderen Maschinen den noch siebzig Kampfmaschinen der Iraner überlegen, jedenfalls auf dem Papier.

Eines der schwerwiegendsten Fehltritte Washingtons ist es, in den Saudis zuverlässige militärische Verbündete zu sehen. Die Saudis werden niemals etwas tun, was auch nur im geringsten die

## IM GESPRÄCH Jerzy Urban

### Sich selber verleugnen

Von Joachim G. Görlich

Die Funktion des Regierungssprechers führte in Polen Ex-Parteichef Edward Gierek ein. Urban-Vorgänger W. Janurek kam wie sein Chef aus Oberschlesien. Der heutige Regierungssprecher hat mit seinem Vorgänger nur den journalistischen Beruf gemeinsam. Im Gegensatz zu Jerzy Urban war Janurek bedeutungslos. Galionsfigur und KP-Funktionär. Urban, der an der Weichsel eine Zentralfigur von internationalem Interesse ist, ist parteilos. Während des letzten Krieges lebte er in konträren Lagern: der heute 50jährige Urban vertritt in der UdSSR, Janurek trug den Waffenrock der deutschen Luftwaffe.

Der heutige Regierungssprecher stammt aus Lodz, wo Deutsch zu den Umgangssprachen der guten Gesellschaft gehörte. Der Journalist mit Ministerstatus entstammt einer angesehenen wohlhabenden jüdischen Familie, der des Optikers Urbach. In einer geschmacklosen und antisemitischen Selbstdarstellung über seine Herkunft in der satirischen Zeitschrift „Szpilki“ (22. März 1981) schrieb Urban: „Ich fühle mich zu keinem Prozentsatz Jude... Ich habe keine Bindung zu diesen Leuten.“ Schon seine Eltern hätten sich wie er als Atheisten empfunden; jüdisch hätten nur die Großeltern gesprochen. Dieses seltsame Credo läßt gelegentliche antisemitische Witze und Äußerungen des Jerzy Urban verstehen, ebenso die Tatsache, daß er sämtliche „antizionistischen“ Säuberungen Nachkriegspolens ohne Schaden überstand. Er ist damit ein Unikum in der Macht-hierarchie Polens.

Urban studierte an der Warschauer Universität und startete darauf eine erfolgreiche journalistische Karriere. Er gehörte zum Redaktionsstab der bekannten Studentenzeitung „Po prostu“, die unter seiner Mitarbeit von einer faden Propagandapostille zu einer mutigen und liberalen Publikation heranwuchs. Sie lautete das „Taufwetter“ und den „Polnischen Oktober“ 1956 mit dem „eigenen polnischen Weg zum Sozialismus“ ein. Sie forderte ein Überdenken der Politik gegenüber Bonn.

Urban blieb dieser Zeitung bis zu ihrem Verbot in 1957 treu. Fast alle



Jude und Antisemit: Polens Regierungssprecher Urban. FOTO: AP

Redakteure und freien Mitarbeiter verschwanden in der Versenkung oder gingen in den Westen. Später tauchte Urban als Chef des Ressorts Innenpolitik der KP-Wochenzeitung „Polityka“ auf. Dorthin holte ihn Chefredakteur Dr. Mieczyslaw F. Rakowski, damals „Partei-Liberaler“. Die „Polityka“ hat noch heute einige tüchtige Redakteure jüdischer Provenienz, sozusagen als liberale Oase. Urban wurde gleichzeitig Kolumnist in den satirischen „Szpilki“, im anspruchsvollen Boulevardwochenblatt „Kulisy“ und in der Kattowitzer Illustrierten „Panorama“. Seine oft durchaus geschliffenen Kolumnen erschienen auch unter dem Pseudonym Jerzy Kiblic, heute Jan Rem. Urban schreibt eher der Zyniker, der sich nahezu agitatorisch mit Kritikern im In- und Ausland auseinandersetzt.

Kurz vor der Ernennung General Jaruzelskis zum Staatschef verließ Urban den inzwischen verbotenen Journalistenverband. Er schlug sich abwärts auf die Seite der „Realpolitik“. Sein Chef Rakowski, inzwischen Vizepremier, verhalf ihm zum Eintritt ins Jaruzelski-Kabinett, dessen Politik er seit August 1981 verkauft.

Von Urban, der verheiratet ist und ein Kind hat, weiß man, daß sein Hobby das Gesellschaftsleben ist. Er liebt die Kultur und die Macht.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Genscher: Abgangs-Angst: „Ich schätze viele Zeitungen.“  
Frankfurter  
Neue Presse  
6. April

Genscher suchte also eine Möglichkeit, die Kritik, die ihn erwartet, durch eine rechtzeitige Ankündigung seines Rückzugs einzudämmen. Bei einem Parteivorsitzenden, der nur noch zwei Jahre amtierend will und zu dem eine glaubwürdige Alternative noch nicht existiert, wird der Kongreß etwas milder gestimmt sein.

BADISCHE ZEITUNG

Das Alter des FDP-Vorsitzenden ist wohl das einzige Argument, das bisher niemand in der Partei und in den Medien für einen Abtritt Hans-Dietrich Genschers ins Feld geführt hat. Franz Josef Strauß (68) und Willy Brandt (70) können über diese Begründung des 57jährigen wohl nur altersweise lächeln, und selbst vom jüngsten in der Runde, vom CDU-Vorsitzenden Kohl, trennen Genscher lediglich drei Jährchen. (Freiburg)

RHEINISCHE POST

Wer weiß, ob bis dahin das schon oft gehörte Totenglockchen für die FDP tatsächlich läutet, oder ob die abgetandene Partei, wie schon so oft, wieder Bo-

den unter die Füße bekommt? Und wer weiß, ob die Partei einen Nachfolger findet, oder ob sie Genscher nicht mehr, sich noch einmal zur Verfügung zu stellen? (Düsseldorf)

Röln: Stadt-Anzeiger

Er machte auch, Politiker, der er ist, gleich deutlich, auf wen der Wechsel nicht zulaufen soll: nämlich auf diejenigen, die seit längerem schon in der ersten Reihe stehen. Die Frau oder der Mann freilich, die 1987 die Partei in den Wahlkampf führen könnten, hat Genscher offensichtlich auch noch nicht.

Neue Presse

Nunmehr aber, da der FDP-Chef vor dem Abtritt steht und sich der neue Mann erst noch profilieren muß, dürfen Strauß und Kohl kaum zu verstärkter Rücksichtnahme bereit sein. So könnte die FDP durchaus erst am Anfang ihres langen Weges zur politischen Bedeutungslosigkeit stehen. (Hannover)

Nordwest-Zeitung

Wenn die FDP diese Chance begreift, kann sie sich zur Bundestagswahl 1987 als politische Kraft präsentieren, die mit frischem Wind die abgetandene Parteiendynastie durchwühlend umwirbelt. (Oldenburg)



# Europa – Im Wahlkampf hat es das Trio schwer

„Was haben wir falsch gemacht?“ Die Spitzenkandidaten für die Europawahl ziehen Bilanz über fünf Jahre Straßburg.

Von ULRICH LÜKE

Eigentlich variieren sie alle das selbe Thema. „Das Wesentliche“, sagt Martin Bangemann, der Fraktionschef der Liberalen im Europäischen Parlament, „ist, daß wir gut sind und niemand weiß es.“ Katharina Focke, die sozialdemokratische Spitzenkandidatin, bekennet: „Wir haben viel im Vorhinein gearbeitet. Die Information muß besser werden.“ Und Egon Klepsch, der christdemokratische Vizepräsident des Straßburger Parlaments, findet: „Wir haben die Frage der Öffentlichkeitsarbeit unterschätzt.“

Drei Wochen vor den zweiten europäischen Direktwahlen ziehen alle Parteien Bilanz. Weit entfernt davon, enttäuscht über die ersten fünf Jahre direkt gewähltes Parlament zu sein, hat die Zeit doch Wunden hinterlassen. Je nach Tagesform werden sie unterschiedlich spürbar bei den drei deutschen Spitzenkandidaten, am wenigsten bei Katharina Focke, am stärksten bei Martin Bangemann.

Die Sozialdemokratin, die den zuweilen chaotischen Straßburger Parlamentsalltag in den ersten zwei Jahren als „sehr frustrierend“ empfunden hat, urteilt heute über den Betrieb im Palais de l'Europe: „Seelisch ist das toll.“ Aber zur Spitzenkandidatur hat sie sich vor allem überreden lassen aus Verpflichtung gegenüber anderen: „Ich mache das für meine jüngeren Sozialdemokraten, die ich besonders liebe.“ Für Heidemarie Wiczorek-Zeul und Beate Weber, für Gerd Walter oder Gerhard Schmid beispielsweise.



Am 17. Juni wählt Europa sein neues Parlament für Straßburg. FOTO: SVEN SIMON

Egon Klepsch, Spitzenkandidat der Christdemokraten, gibt es nicht gerne zu. Aber es ist wohl so: „Die Wahlniederlage von 1982 hat Narben hinterlassen. 1979 verhalf er gemeinsam mit Martin Bangemann Simone Veil zum Präsidentenamt, doch im Gegenzug ließ ihn die französische Liberale (wenn auch nicht sie allein) im Stich. 1982 hielt die bürgerliche Mehrheit nicht. Anstelle von Klepsch nahm der Sozialist Piet Dankert im Präsidentenstuhl Platz.“

Und Martin Bangemann hadert am Ende der Wahlperiode vor allem mit den Medien: „Mir ist das zu dumm geworden“, herrscht der „Dicke“, der in diesen Tagen nur so durch Europa hetzt, eine Journalistin an: „Bleiben Sie mir mit Ihrer ganzen Redaktion vom Leibe.“

Bangemanns Ausbruch ist verständlich. Fünf Jahre haben sie gerackert, haben die Kommission in manchen Fällen das Furchtliche geleistet, haben den Ministerrat verklagt, weil er untätig blieb – doch die Öffentlichkeit hat's kaum registriert. Wie aus einem Munde klagen Ban-

gemann und Klepsch: „Im Wahlkampf müssen Sie erst mal zwei Stunden Volkshochschule machen.“ Dann kommt der „Aha“-Effekt und die stereotype Bemerkung: „Warum haben wir davon bisher nichts erfahren?“ Genauso stereotyp wie die Journalistenfrage, die Bangemann in diesen Tagen schon zehnmals gehört haben will: „Was können Sie denn machen, Sie haben doch keine Kompetenzen!“

Wenn es auch Anzeichen der Besserung gibt, die Grundstimmung ist weit verbreitet: Viele Abgeordnete von Straßburg fühlen sich im Stich gelassen. Vom Ministerrat und von der EG-Kommission, von den Parlamenten und Parteien zu Hause und eben von der Öffentlichkeit. Das schafft Verbitterung, aber das schweigt auch zusammen: Katharina Focke bringt es auf die Formel: „Hier in Straßburg geht's sehr viel lebenswürdiger und menschlicher zu als in Bonn.“ Ausnahmen – siehe oben – bestätigen die Regel.

Das „Wir“-Gefühl der Abgeordneten hat auch gute sachliche Gründe. Das Europaparlament hat in den vergangenen fünf Jahren für fast alle Probleme der Gemeinschaft Lösungsmöglichkeiten gefunden. Mal weniger überzeugend, wie in der Agrarpolitik, mal überzeugender wie in der Haushaltspolitik. Gewiß: „Wir haben zu lange gebraucht, um unsere Kinderkrankheiten zu überwinden“, räumt Katharina Focke ein. „Aber schließlich haben wir den Übergang vom Altherrenklub zu einem Parlament doch noch geschafft.“

Was nicht leicht war, galt es doch Abgeordnete aus 58 Parteien, die sich in sieben Fraktionen sammelten und ebenso viele Sprachen benutzten, zu geordneter Arbeit zu bringen. 434 Abgeordnete, von denen die Hälfte europäische und/oder parlamentarische

Regional- und Sozialpolitik, hin zu einer europäischen Entwicklungshilfe und zu einer europäischen Strukturpolitik. Die Haushaltskontrollen sparten dem Steuerzahler ein Vielfaches dessen, was das Parlament kostet – das sind 1,67 Mark pro Jahr, rund ein Drittel der Kosten des Deutschen Bundestages und ein Sechstel der Kosten des amerikanischen Repräsentantenhauses. Kein Präsident des Ministerrates kann es sich heute mehr leisten, in Straßburg nicht Rechenschaft zu geben, kein Kommissar, der Aussprüche fernzublenden.

Apropos Kommission: Übereinstimmend bewerten die deutschen Spitzenkandidaten es heute als einen Fehler des Parlaments, die Kommission nicht frühzeitig genug entlastet zu haben. „Wir haben unsere Macht nicht so ausgespielt, wie wir es hätten tun können und tun sollen“, sagt Egon Klepsch. Für Katharina Focke wäre die unbefriedigende Formulierung der Pläne zur EG-Reform der Anlaß für das Mißtrauensvotum gewesen. Egon Klepsch und Martin Bangemann sehen heute im Haushaltsgebaren der Kommission noch triftigere Gründe für die Abwahl, scheuten davor aber so kurz vor den Wahlen zurück aus Furcht, der Bürger würde die Parlamentarier zum Sündenbock stempeln.

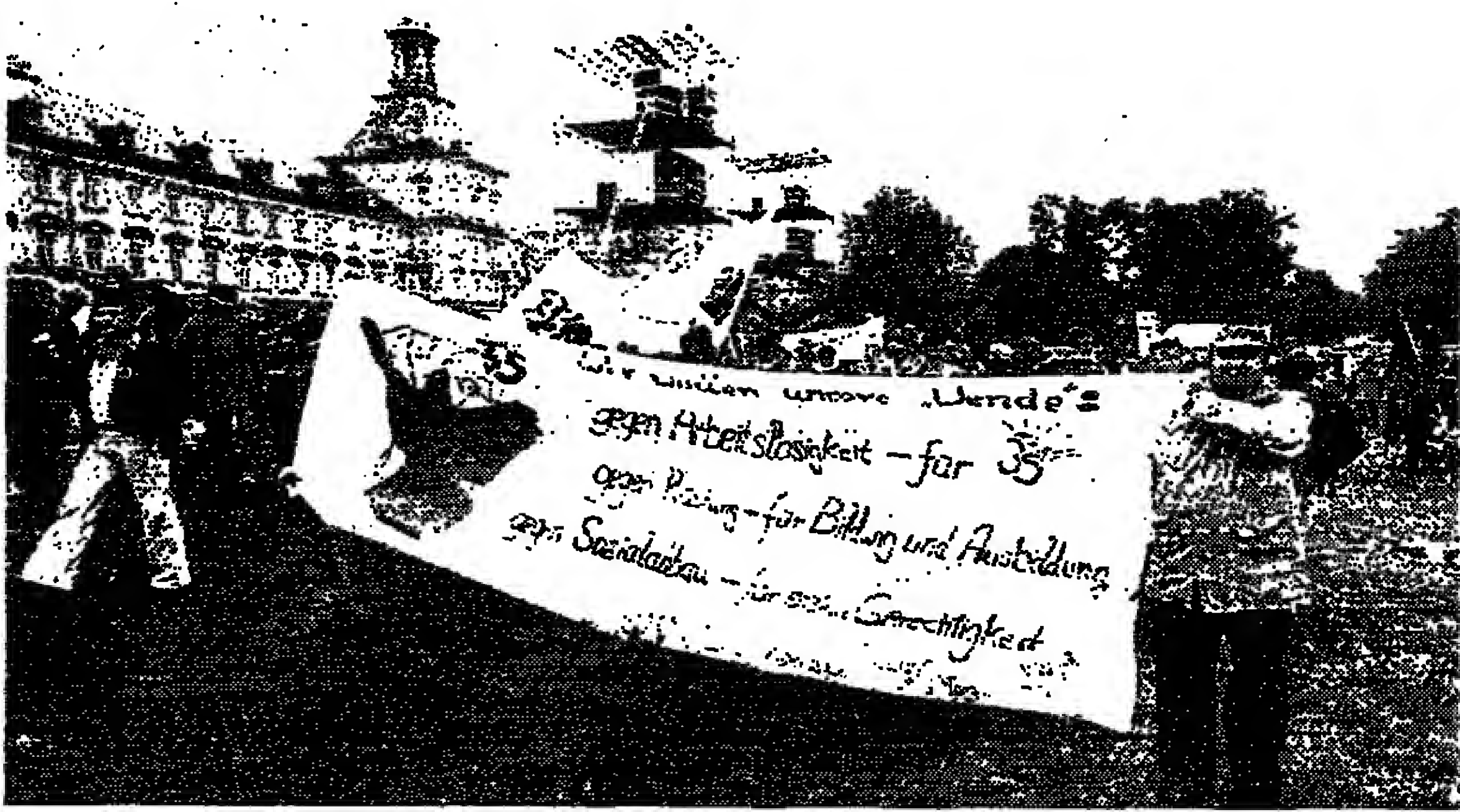
Dennoch: „Das real existierende Europa ist im Moment Mist“, sagt Katharina Focke ihren Wählern. Klepsch und Bangemann sparen auch nicht mit Kritik, und alle sind bemüht, dem Wähler den Unterschied zwischen „denen in Brüssel“, den Bremsern, und „uns in Straßburg“ deutlich zu machen. Verwechslung nicht ausgeschlossen, sondern eher wahrscheinlich. Und das fürchten alle für den Wahltag. Die Sorge ist berechtigt: denn 56 Prozent der Deutschen sehen sich außerstande, ein Urteil über Straßburg abzugeben.

Weil uns die Konzentration auf die großen Themen nicht gelungen ist (Klepsch), sind die wesentlichen Dinge eben untergegangen: der Plan für eine politische Union Europas etwa oder der Plan für den wirtschaftlichen Aufschwung der Gemeinschaft.

Und darüber ist auch verlorengegangen, daß die Abgeordneten von Straßburg nun keineswegs ein Herz und eine Seele sind. Katharina Focke hält den Verfassungsplan für ein Produkt des Elfenbeinturms, einzelne Bestimmungen sogar für „baren Unsinn“. Bangemann und Klepsch, zwischen denen in der ersten Wahlperiode kaum programmatische Unterschiede auszumachen waren, widersetzten sich den sozialdemokratischen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Katharina Focke sagt: „Europa ist kein Thema, die Arbeitslosigkeit ist das Thema, und damit die Frage, was tut die Gemeinschaft dagegen?“ Bangemann und Klepsch widersprechen dem nicht, fragen aber: „Wie denn?“ und schieben damit institutionelle Fragen in den Vordergrund. Von Pessimismus sind sie alle, drei Wochen vor der Wahl, nicht befallen. Katharina Focke nennt sich einen „realistischen Idealisten“, Bangemann und Klepsch sind überzeugt, daß es mit Straßburg weiter aufwärts gehen werde: „Denn nur hier wird im Gemeinschaftsinteresse entschieden“ (Klepsch). Und dennoch mischt sich dieser Optimismus immer wieder mit Skepsis. Worte statt Taten. Déjà vu.

Beispielhaft in Martin Bangemanns Reaktion auf Mitterrands Ankündigung, die Parlamentsforderung nach der politischen Union Europas zu unterstützen: „Warum geht Mitterrand nicht erst einmal zu seinem Premier Mauroy und sagt: Mein lieber Pierre, morgen erleichtert du die Grenzkontrollen und nächsten Monat schaffst du sie ab!“

Der lange Weg zu mehr europäischer Macht führte über viele einzelne Stationen, aber meist bergauf. Mit Ablehnungen oder Änderungen der EG-Haushalte brachten die Abgeordneten die Gemeinschaft auf den Weg, weg von der Agrarlastigkeit, hin zur



Proteste im Hofgarten sind für die Bonner ein vertrautes Bild: Diesmal waren es die Metalller.

FOTO: WERNER SCHÜRING

## Beim Marsch auf Bonn Musik von der „Brennenden Ruhr“

Sie kamen in Sonderzügen, Bussen und Privatautos zur Großdemonstration nach Bonn – und sie wurden nass. Bei strömendem Regen erlebte der Kampf für die 35-Stunden-Woche gestern einen politischen Höhepunkt.

Von WALTER H. RUEB

Nach um die Mittagszeit war gestern die Zahl von Polizisten, Getränke- und Wurstverkäufern auf der Bonner Hofgartenwiese erheblich größer als jene der Demonstranten. „Findet die Großdemonstration nicht statt?“ erkundigte sich ein Bonner am eigens eingerichteten Bürgertelefon.

Natürlich fand die Großdemonstration gegen die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, an mittelbar Betroffenen des Metallarbeiterstreiks kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zu bezahlen, statt. Bei der IG Metall und anderen Gewerkschaften wollte man schließlich nicht CDU-Generalsekretär Heiner Geißler recht geben, der gesagt hatte, die deutschen Gewerkschaften seien zahllos geworden.

Sie waren sogar entschlossen, in der Bundeshauptstadt hart zuzubellen. In 3000 Bussen, 70 Sonderzügen und 20 000 Fkws wollten IG Metall und andere Gewerkschaften des DGB „Für Recht und Arbeit – Gegen Aussperrung und Rechtsbruch“ demonstrieren. Die vielfach beobachtete Lustlosigkeit zahlreicher Metallarbeiter am Kampf für die 35-Stunden-Woche aber zeigte sich auch gestern: aus Darmstadt, einem der mitgliederstärksten Bezirke der IG Metall, liefen in Bonn-Beuel am frühen Morgen leere Sonderzüge ein. „Dem ersten entstieg vier, dem dritten zwei, dem vierten 77 Demonstranten“, gab Bundesbahn-Polizeioberinspektor und Einsatzleiter Franz Austen an. „Der zweite Sonderzug war sogar völlig leer.“

Peter Korytowski, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Darmstadt, hatte es geahnt. 33 000 Metallarbeiter befinden sich in Hessen bisher im Streik, 26 000 davon allein im Bezirk Darmstadt, sagte er am Abend vor der Demonstration. „Rüsselsheim mit den Opel-Werken gehört dazu. Wir hatten jedoch nur geringe Möglichkeiten, die im Streik befindlichen Mitglieder für den Marsch nach Bonn zu mobilisieren. Normalerweise wird der Kontakt zu den Mitgliedern am Arbeitsplatz hergestellt. Das ist jetzt unmöglich. Zudem sind etwa 4000 im Ausstand Befindliche als Streikposten eingesetzt. Das geht vor.“

Am Samstag war die IG Metall in Darmstadt schließlich noch das Opfer des Druckerstreiks geworden: Eine

Anzeige in der größten Darmstädter Zeitung, in der zum Marsch nach Bonn aufgerufen werden sollte, erreichte die streikenden Metallarbeiter nicht, weil die Zeitung nur mit einer Notausgabe herauskam.

Dennoch spricht man in der IG Metall weiterhin von Schulterschluß und Solidarität. Korytowski: „Am Beginn der zweiten Streikwoche sind wir überzeugt davon, daß das Tabu der 40-Stunden-Woche gebrochen wird. Die Arbeitgeber werden noch in dieser Woche erfahren, daß sie sich verrechnet haben. Die am Mittwoch beginnende Aussperrung wird mit einem Solidaritätsstreik aller Gewerkschaften im DGB beantwortet.“

Demagogie und Pathos sind sicher nicht die Hauptwaffen der Metallarbeiter, doch scheuen sie die verbale Auseinandersetzung keineswegs. „Die Arbeitgeber erzielen laufend Produktionssteigerungen“, klagt Günter Volk, Lackierer und Betriebsratsvorsitzender im Bensheimer Siemens-Werk. „Dennoch schicken sie sich an, mit Robotern immer mehr Menschen zu ersetzen.“

### Manch hartes Wort auf dem Weg nach Bonn

Im Bensheimer Siemens-Werk werden Dentalzeugnisse hergestellt. Bisher befindet sich die Belegschaft nicht im Ausstand. Auf dem Weg von Darmstadt nach Bonn aber fällt im Gespräch mit einem halben Dutzend Belegschaftsmitgliedern manch hartes Wort gegen den Arbeitgeber: Die Belegschaft sei in den letzten Jahren von 1700 auf 1350 Beschäftigte abgebaut worden, und erst die Verweigerung von Überstunden habe zur Aufstockung der Belegschaft geführt.

Die halbe Lackiererei hat sich morgens um fünf Uhr in Bensheim mit einem Bus auf den Weg nach Darmstadt gemacht: Heinrich Mühlum, Rolf Pfeifer und Ferdinand Kraud. Sie sind stolz auf das zahlenmäßig starke Aufgebot und verteidigen ihre streikenden Kollegen, die sich offenbar nicht zum „Marsch auf Bonn“ entschließen konnten. „Am ersten Wochentag findet die Registrierung der Streikenden statt“, sagen die Bensheimer und verschweigen zwei Tatsachen: daß sie selbst für den freigegebenen Tag kein Geld erhalten oder ihn erst nacharbeiten müssen, daß andererseits alle streikenden Metallarbeiter von ihrer Gewerkschaft verpflichtet wurden, an der Großkundgebung in Bonn teilzunehmen.

In Bonn helfen schließlich niedersächsische Metallarbeiter dem Häuflein von Demonstranten aus dem hessischen Streikgebiet aus der Verlegenheit: Mit rund 800 Personen ist der Sonderzug aus Hannover besetzt.

Der um 9.20 Uhr in den Bahnhof dort. Fahnen flattern aus den heruntergelassenen Fenstern, Beifall empfängt die Neunkömmlinge. Die DGB-Funktionäre mit roten Helmen und Megaphonen bekommen Arbeit: Es gilt den ersten Menschenstrom des Tages in die richtigen Bahnen zu lenken. Polizisten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes stellen schon nach wenigen Minuten das Zählen ein. Hannover macht dem Spott neutraler Beobachter ein Ende und läßt die Verkäufer von Getränken, Kaffee und Würsten erstmals rotieren. Und gegenüber dem Bahnhof greifen die Musiker der Duisburger Band „Brennende Ruhr“ in die Saiten ihrer Instrumente, derweil flinke Hände auf ihrem fahrbaren Podium noch schnell rote Bänderolen anbringen. Aus 100 Meter Entfernung kann jeder lesen: Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands.

Hinter den zuletzt gekommenen Gewerkschaftlern aus Hannover, die seit 5.12 Uhr unterwegs sind, formiert sich der erste Zug in Richtung Rhein und Hofgarten. Die Ordnung aber haben einige Probleme: Zahlreiche Niedersachsen sind im Bahnhofsbuffet verschwunden, wo ein winziger Plastikbecher Kaffee zwei Mark kostet. Delegationsleiter Dieter Dicke aber streitet sich mit den Bundesbahnbeamten. Es geht um die Abfahrt am Abend und um eine im Zug liegengelassene Tasche. „Nichts zu machen“, wird er beschieden. „Die Sonderzüge werden auf allen Bahnhöfen bis Neuss abgestellt. Wo der Zug aus Hannover hingeschoben wurde, ist im Moment unbekannt.“

Angesichts des Rahmenprogramms auf der Hofgartenwiese, das den Teilnehmern der Kundgebung das stundenlange Warten verkürzen sollte, bekommt eine Aussage von Peter Korytowski eine besondere Bedeutung. „Im Kampf um die 35-Stunden-Woche feiert die Arbeiterkultur mit Musik, Theater, Turnverein und anderem ihre Wiedergeburt“, hatte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Darmstadt gesagt. In Wirklichkeit aber war das Gebotene dürrig – so dürrig, daß viele der Demonstranten mitmusizierten und fleißig pfliffen.

Das Wetter verbesserte ihre Laune nicht gerade: Sonnenbäder wie im Herbst 1983 bei ähnlichen Veranstaltungen waren nicht möglich, und die Feuchtigkeit verhinderte auch ein Schläpfchen auf dem wieder aufgepöppelten Rasen. Nur vor einen der vielen von der Stadt aufgestellten Müllschuttlern ergatterte, konnte sich ohne Angst vor nasser Hose niederlassen. Das Ergebnis klang prompt aus dem Bürgertelefon: „Jetzt machen die aus unserer Stadt schon wieder einen Saustall.“

## „Wir haben das Gesicht verloren“

An der FDP-Basis bleibt es unruhig. Ein Beispiel dafür sind die Liberalen in München.

Von PETER SCHMALZ

Ihr stehen Tränen in den Augen. Nach nur zwei Jahren legt Cornelia Schmalz-Jacobsen den Vorsitz der Münchner FDP nieder und rechnet mit einem anklagenden Satz über den Zustand der Partei: „Wir haben Wahlen verloren, wir haben Mitglieder verloren – und wir haben, was viel schlimmer ist, unser Selbstbewußtsein und zum Teil wohl auch unser Gesicht verloren.“ In die stumme Beklommenheit der 211 Anwesenden fügt sie noch einige Worte hinzu: „Und in unserem Stadtverband haben wir den fairen Umgang miteinander verlernt.“

Im Schwabinger Bräu gerät die liberale Stadtversammlung zwischen Amnestiegesetz und Bundesparteitag zur Nabelschau einer geschlagenen Basis. Die prominenten Mitglieder sind körperlich abwesend, aber sie lasten wie das schlechte Gewissen im Raum. Hans Engelhard, zwölf Jahre Chef dieser Münchner FDP, ist auf „wichtigeren Minister-Terminen“ unterwegs. Aber auch er ist gemeint, als Frau Schmalz-Jacobsen den Plan eines Amnestiegesetzes als die Todsünde der Liberalen bezeichnet.

Auch die streitbare Hildegard Hamm-Brücher fehlt, die in einem schier unlöslichen Konflikt mit ihrem einstigen politischen Zögling Manfred Brunner liegt, der mittlerweile zum bayerischen Landesvorsitzenden aufgestiegen ist. Aber auch sie ist im Geiste anwesend, als Frau Schmalz-Jacobsen über die Darstellungsart mancher Liberaler meint: „Schlagzeilen tun dem Selbstbewußtsein gut, ob sie immer das richtige politische Mittel sind, wage ich zu bezweifeln.“

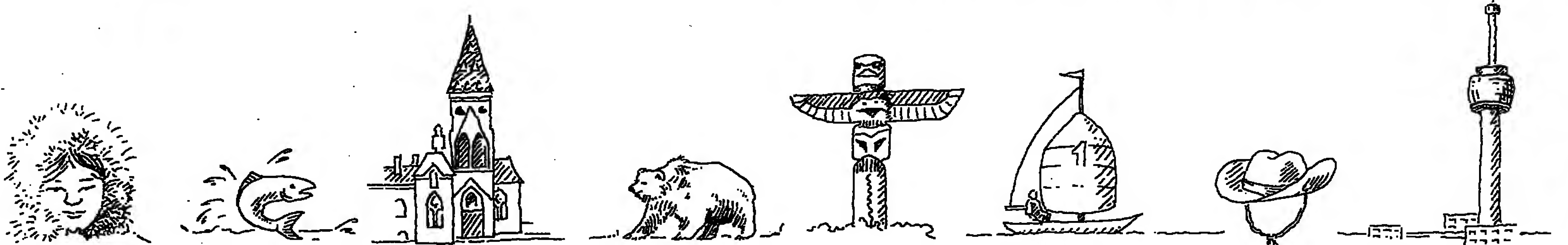
Vom tausendsten Mitglied träumte der Stadtverband zu sozial-liberalen Zeiten, doch mit der Wende setzte die Erosion ein: 982 waren es vor zwei Jahren, 789 sind es heute. Und mit wenigen Ausnahmen sind sie sich einig in der Ablehnung des von ihrem Justizminister gutgeheißenen Amnestiegesetzes, ihnen hat der junge Landeschef Brunner aus der Seele gesprochen: „Ich wäre davon ausgegangen, daß ein liberaler Justizminister von vornherein sein Veto einlegt.“

Doch unklar scheint der Mehrzahl von ihnen noch der Weg zu sein, wie sich eine Partei ohne Spenden operativ über der Fünf-Prozent-Hürde halten soll. An den Mitgliederbeiträgen könnte sie nachgerade verhungern; und die Zahlungsmoral wird zudem ausgesprochen liberal gehandhabt, weshalb knapp 800 Mitglieder gut 38 000 Mark Beitragsrückstände haben. Der Umstand läßt den Schatzmeister mit einem Anflug von Ironie bemerken: „Wer schon gegen Spenden ist, der soll wenigstens selbst etwas tun.“

Aber weniger das Geld als der Stil im internen Umgang belastet das Innenleben dieser Partei. Der Zwist um den richtigen politischen Weg hat einen Riß erzeugt, dessen Schaden noch nicht abzuschätzen ist. Die Anhänger der alten Koalition haben, sofern sie nicht ohnehin das Parteibuch zurückgegeben haben, einen Zirkel unter dem Zeichen „ALP“ gegründet, was heißen soll: „Alternative Liberale Politik“. Frau Hamm-Brücher wurde dort gesehen, auch Ursel Redepennig, einst der Star der FDP-Fraktion im bayerischen Landtag.

Die ALP-Separatisten haben an diesem Abend keine Mehrheit. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Gerhard Zeck, der eindringlich für Ausgleich und gegen innerparteilichen Zank plädiert, wird der neue Vorsitzende, sein forscher Gegenkandidat und ALP-Anhänger bekommt nicht einmal ein Drittel der gültigen Stimmen.

## Wir bringen Sie in beinahe jeden Winkel Kanadas.



Bei anderen Airlines ist das anders. Die fliegen Sie oft nur in zwei oder drei Großstädte. Nicht so Air Canada. Denn keiner hat so viele Anschlüsse in Kanada zu bieten wie wir.

In 30 kanadische und 10 US-Städte. Mit uns landen Sie also da, wo Sie eigentlich hinwollen. Sie finden sicher auch keine andere Airline, die so oft nach Kanada fliegt: bis 25x die Woche.

Schließlich sind wir nicht umsonst die Nummer 1 in und nach Kanada. Wo es bei uns lang geht, zeigen Ihnen auch unsere kanadische Gastfreundschaft und der Intercontinental-Service

über dem Atlantik. Wenn Sie also in Kanada nicht irgendwie und irgendwo ankommen wollen, gehen Sie am besten gleich in Ihr IATA-Reisebüro. Oder zu uns. In: Berlin, Hamburg, Hannover, Düs-

seldorf, Frankfurt oder München. Natürlich erreichen Sie uns auch telefonisch unter der Nummer 0611/25 01 31. Air Canada. Flüge, die wie im Flug vergehen.





# Das Herbstgedicht von Paul Verlaine in einer Sommernacht

marschall Gerd von Rundstedt, war Rommel der Meinung gewesen, ein Landungsunternehmen der Alliierten sei nur direkt am Strand zurückzuschlagen. Aber auch er beging einen Fehler: Er glaubte seinem eigenen Nachrichtendienst nicht.

dem Gedicht „Das Herbstlied“ von Paul Verlaine. Die deutsche Abwehr hatte durch Agenten in der französischen Widerstandsbewegung die Bedeutung dieser Durchsagen erschlüsselt, die jeweils nach dem Abendnachrichten in französischsprachigen Dienst der Londoner BBC gesendet wurden. Abwehrchef Admiral Wilhelm Canaris hatte seinen Offizieren in den Teilstellen in Frankreich eingeschärft, grundsätzlich alle verschlüsselten Durchsagen für die französische Widerstandsbewegung abzuhören und aufzuzeichnen, um diese beiden entscheidenden Geheimtatsachen nicht zu versäumen.

Paul Verlaines melancholische Lyrik war nicht die einzige zutreffende Information über die bevorstehende Invasion, die der deutschen Führung vorlag; auch mehrere Agentenmeldungen — unter zahlreichen anderen, die alle möglichen Daten für den Beginn des Unternehmens „Overlord“ nannten und in der Regel vom englischen Geheimdienst in Umlauf gesetzt worden waren — waren richtig. Doch Hitler hatte angesichts der äußerst widersprüchlichen Prognosen über den Zeitpunkt und den Ort der Invasion, die er von den konkurrierenden Nachrichtendienststellen der SS und der Wehrmacht erhielt, kurz und bündig erklärt, die seien von den Alliierten ausgestreute Nachrichten zur Verwirrung. „Ich lasse das gar nicht erst nach Paris weitergeben. Man muß es einfach aufhalten. Unsere Stäbe werden dadurch nur nervös.“

## Die Realität nahm das Kriegsspiel vorweg

Nervosität herrschte denn auch nicht in den deutschen Stäben in der Normandie, als der 5. Juni sich dem Ende zuneigte. Für den nächsten Tag waren die Kommandeure der wichtigsten Verbände von Generaloberst Friedrich Dolmann, dem Oberbefehlshaber der 7. Armee, zu einem Kriegsspiel nach Rennes befohlen worden. Thema: Abwehr einer Invasion in Verbindung mit Luftlandungen. Die erste Stunde dieses schicksalhaften 6. Juni 1944 war noch nicht vergangen, als die hirtige Realität das Kriegsspiel vorwegnahm. Einer der deutschen Offiziere, für die die Invasion nicht am frühen Morgen, sondern sofort nach Mitternacht begann, war der damals 32jährige Oberstleutnant Hans von Luck. Kommandeure eines Panzergrenadierregiments in der 21. Panzerdivision. Er lebte heute als Kaufmann in Hamburg, und hat dem Verfasser geschildert, was er in jener Nacht erlebte:

„Etwa um Mitternacht war ich noch auf meinem Gefechtsstand außerhalb von Caen, als ich das Dröhnen von alliierten Bomben hörte. Ich nahm zunächst an, sie wären auf dem Weg zu Angriffen in Frankreich oder im Reichsgebiet, bis die Bombenabwürfe begannen und ich von unseren vorderen Einheiten die Meldung bekam, es seien Luftlandungen mit Fallschirmjägern und Lastenseglern im Gange. Ich beehrte bei der Division sofort die Erlaubnis zum Nachtangriff, die mir jedoch mit dem Hinweis verweigert wurde, die Division dürfe nur mit Genehmigung der Armee beziehungsweise des Führerhauptquartiers eingesetzt werden. Daraufhin entschloß ich mich ohne

**Die kleine Kanalbrücke von Rouville: Englische Fallschirmjäger waren schon in der Nacht der Invasion an diesem strategisch wichtigen Punkt gelandet. Das Café an der Ecke war das erste Haus auf französischem Boden, das die alliierten Truppen 1944 besetzten.**  
FOTO: DIE WELT

**Ergebnis zu einem begrenzten Nachschub, bei dem wir einige Soldaten der 6. britischen Luftlanddivision und zusätzlich noch falsch abgesprungene Fallschirmjäger gefangen nahmen. Aus den Verhören erfuhren wir, daß die gesamte 6. Airborne Division insbesondere die beiden Brücken über die Orne und den Caen-Kanal, die als Pegasus-Brücke berühmt geworden ist, zu erobern und zu halten hatte und daß dieser Operation in den Morgenstunden eine Landung an der Küste folgen würde. Ich meldete das sofort an die Division weiter...“**

lagen andere Panzerverbände, die uns hätten unterstützen können, so weit entfernt, daß sie uns im Lauf des 6. Juni nicht hätten helfen können, wobei solche Bewegungen angesichts der völligen Luftüberlegenheit der Alliierten am Tage ohnehin sehr erschwert gewesen wären“.

Hans von Luck, der das Ende des Krieges im Kampf gegen die Rote Armee in der Nähe Berlins erlebte und fünf Jahre in sowjetischer Gefangenschaft verbrachte, beurteilt die damaligen Chancen der Verteidiger skeptisch, die Invasion zurückzuschlagen: „Wenn die von Rommel geleiteten Panzergruppen gebildet worden wären, so wäre eine von ihnen zweifellos bei Caen stationiert worden und hätte sicherlich Teilerfolge erzielen können – wenn sie noch in den Nachtstunden, also vor der eigentlichen Landung, zum Einsatz gekommen wäre. Diese Einheiten hätten zur Küste vorstoßen und die dortige Infanterie ganz wesentlich verstärken können. Für die Alliierten wäre die Landung sehr viel schwieriger und auch verlustreicher geworden. Ob sie allerdings angesichts der Überlegenheit an Menschen und Material hätte verhindert werden können, bezweifle ich – bei aller Tapferkeit unserer Soldaten.“

## Die Entscheidung fiel viel zu spät

Das Gelände um die Pegasus-Brücke war das erste Terrain, das die Streitmacht Eisenbowers nach dem Beginn des Unternehmens „Overlord“ eroberte – durch den waghalsigen Einsatz einer englischen Kampfgruppe unter der Führung des Majors John Howard. Der Besitz der beiden Brücken war für die Angelsen eine überaus wichtige Voraussetzung, um die Deutschen an der raschen Zuführung von Verstärkungen zu hindern. Hans von Luck: „In den ersten beiden Tagen gelang es den Engländern, etwas weiter vorzudringen – besonders, nachdem die 51. schottische Division, die ich schon aus dem Afrika-

Feldzug kannte, eingesetzt wurde. Dann haben wir jedoch durch tägliche Gegenangriffe den Brückenkopf so eng halten können, wie er war, bis der Großangriff Montgomerys vom 18. Juli begann.“

„Haben Sie die Invasion Anfang Juni erwartet, oder war Ihnen sogar bekannt, daß die BBC die Verläumdungen gesendet hätte, und daß der deutschen Abwehr deren Bedeutung klar war?“

„Nein. Wir haben zwar mit einer Landung der Alliierten in Westfrankreich gerechnet, aber nicht in der Normandie.“

Mit der massiven Materialersatz, der die gesamte Invasion kennzeichnete, zerstörten die Alliierten am „D-Day“ und in den Tagen danach die Eisenbahn- und Straßenbrücken über die Seine durch Angriffe der 9. US-Luftflotte. Damit sollte die Verlegung der 15. Armee aus dem Raum am Pas de Calais in die Normandie verhindert werden. General Eisenhower und seine Befehlshaber hätten freilich Hitlers Entschlossenheit überschätzt. Die dringlichste Entscheidung – über den Einsatz der beiden kampfstärksten 12. SS-Panzerdivision und der Panzer-Lehrdivision – wurde im Berchtesgaden's Hauptquartier Hitlers erst am Nachmittag des 6. Juni getroffen – mit dem Befehl, „das Gegner im Brückenkopf noch 6,6 abends vernichtet wird“.

Es war längst zu spät. Die beiden Panzerdivisionen konnten die Nacht vom 6. zum 7. Juni nicht mehr für den Vormarsch in das Invasionsgebiet nutzen und wurden am Tage von den alliierten Bomben so massiv angegriffen, daß sie hohe Verluste an Menschen und Material erlitten. Von einer Verlegung der 15. Armee in die Normandie war in Hitters Hauptquartier überhaupt nicht die Rede gewesen.

**Am Mittwoch in der WELT:** Feldmarschall Erwin Rommel hatte schon in Afrika erdört: „Das ist der Anfang vom Ende. Erst Stalingrad, dann Afrika, und schließlich werden die Alliierten in Italien oder Frankreich landen.“

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Papst Johannes Paul II. hat den Rektor der neuen päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, Professor Marian Jaworski, zum Apostolischen Administrator für die Erdiözese Lemberg, die heute in der UdSSR liegt, im Range eines Bischofs ernannt. Mit der Wahl von Jaworski wollte der Papst sicherlich nicht nur den kirchenrechtlichen Anspruch Polens auf diese heute fast ganz zur UdSSR gehörende Erdiözese aufrecht erhalten, sondern ebenso mit der Person Jaworski Akzente setzen. Jaworski ist in der Erdiözese geboren und trat 1945 ins Lemberger Priesterseminar ein. Es fand nach der Ausweisung Jaworski später in Kalwarja Zebrzydowska bei Krakau eine neue Heilbe. Jaworski wurde vom letzten Erzbischof von Krakau, Eugeniusz Baziak, 1950 zum Priester geweiht.

Danach war er Professor der Theologie in Warschau, Lublin und Krakau und wird jetzt ins ostpolnische Lubaczow umgesiedelt. Er wird jedoch weiterhin als Sekretär der Kommission Wissenschaft der polnischen Bischofskonferenz amtierend. Unter direktem Einfluß der Administratur in Lubaczow stehen heute 35 Pfargemeinden der seit 1412 bestehenden Erzdiözese Lemberg, die sich heute noch auf polnischem Hoheitsgebiet befinden.

Polnische katholische Kreise verweisen darauf, daß Jaworski als einer der gelehrtesten und kühnsten Köpfe der polnischen Bischofskonferenz gilt. Er sollte seinerzeit als Nachfolger von Karol Wojtyła, dem heutigen Papst, Krakauer Kardinalerzbischof werden. „Jaworskis Ernennung zum Bischof war eigentlich schon längst fälliger“, heißt es aus Rom.

## Wieder ein Sieg der KP Frankreichs

**AFF. Part**

Die kommunistische Partei Frankreichs hat am Wochenende zum zweiten Mal binnen einer Woche bei Gemeinderatswahlen den Sieg davongetragen und die Serie der bisherigen Wahlniederlagen gestoppt. Der kommunistische Bürgermeister und Kandidat der Linksunion in der Stadt Houilles im Westen von Paris wurde im zweiten Wahlgang mit 50,79 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Der gaullistische Kandidat erhielt 49,21 Prozent der Stimmen. Bürgermeister Eugene Seleskovich, der im ersten Wahlgang hinter dem Oppositionskandidaten lag (45 gegen 48 Prozent der Stimmen), hat seinen Sieg insbesondere den „Grünen“ zu verdanken, die im ersten Wahlgang 6 Prozent der Stimmen verbuchen konnten.

Eine Woche zuvor hatten die Wähler in der lothringischen Stadt Thionville den kommunistischen Bürgermeister ebenfalls in seinem Amt bestätigt. Die KPF hat sich bei der gegenwärtigen Krise in der Stahlindustrie zum Sprachrohr der von Massenentlassungen bedrohten Arbeiter gemacht und den Stahlplan der Regierung scharf verurteilt.

Der Auftrieb für die KPF, die bei Nachwahlen bisher zehn Städte mit mehr als 30 000 Einwohner an die liberal-konservative Opposition verloren hat, wurde bei einer gestern von der konservativen Zeitung „Le Figaro“ veröffentlichten Meinungsumfrage bestätigt.

**DIE WELT** (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar \$45.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, New York, N.Y. 10017.

[illegible]







## Einigung in Paris über Hubschrauberprojekt

Gipfel: Hernu und Wörner unterzeichnen Abkommen

A. GRAF KAGENECK, Paris  
Das seit Jahren zwischen Industriellen und militärischen Stäben beider Länder vorbereitete Abkommen über den Bau eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers für die 90er Jahre ist von den beiden Verteidigungsministern Hernu und Wörner am Montagmorgen in Paris unterzeichnet worden.

Es ist das erste große gemeinsame Rüstungsvorhaben beider Länder seit dem Bau des Erdkampfs- und Schulflugzeuges „Alpha-Jet“ und dem Scheitern eines Planes zum Bau eines deutsch-französischen Kampfpanzers.

Beide Regierungen messen der Vereinbarung großen Symbolwert für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf rüstungstechnischem und bündnispolitischem Gebiet bei und sehen in ihm einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer selbstständigen europäischen Verteidigung. Der Unterzeichnungsakt war auch Höhepunkt des 43. deutsch-französischen Gipfels, der am Nachmittag mit einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl im Elysee-Palais begonnen hatte.

Mit dem Abkommen geben sich die Streitkräfte beider Länder ein modernes, schnell bewegliches, wetter- und tageslichtunabhängiges Mittel zur Bekämpfung sowohl feindlicher Hubschrauber wie vor allem feindlicher Panzerkräfte in die Hand. Der Bedarf beider Armeen wird vorerst

mit 527 Hubschraubern angegeben, davon 212 für die Bundeswehr, lieferbar bis Ende 1992 und 315 für das französische Heer, das schon ein Jahr früher beliefert werden soll. 75 Exemplare will die französische Armee in einer Anti-Hubschrauber-Version haben, da sie der Ansicht ist, daß Panzerabwehrhubschrauber auch gegen feindliche Abwehr aus der Luft geschützt werden müssen.

Frankreich will mit dem neuen Helikopter vor allem seine in Aufstellung begriffene „schnelle Eingreifstreitkraft“ (FAR) ausstatten, die mit vier aeromobilen Divisionen in Ost-Frankreich als strategische Reserve der NATO stationiert wird.

Das Projekt drohte bis zuletzt an zwei Hindernissen zu scheitern: dem Wunsch der Deutschen, ein amerikanisches Nachtsichtgerät zum Einbau zu bringen, das dann wegen seines hohen Preises eliminiert wurde.

Auch die ursprünglichen finanziellen Forderungen des deutschen Partners der gemeinsamen Rüstungsholding Aero Spaciale, MBB, in Höhe von 900 Millionen DM für die Entwicklungskosten drohten zeitweilig das Projekt zum Scheitern zu bringen. Aber nach hartem Verhandeln vom Bonner Verteidigungsministerium konnten diese Kosten auf 475 Millionen heruntergedrückt werden.

Hinter den Bemühungen der Hardthöhe stand die begründete Befürchtung, daß das Projekt bei solchen Kosten von den zuständigen Parliamentsausschüssen nicht genehmigt worden wäre.

## Ägypten profitiert vom Krieg am Golf

Mehr Waffen für Bagdad und mehr Geld für Sinai-Öl

PETER M. RANKE, Kairo  
Unter den 30 bis 35 Frachtlern, die jetzt wieder täglich vor dem jordanischen Hafen Aqaba auf Entladung warten, sind auch zwei ägyptische. Fast alle anderen Schiffe sind aus dem Ostblock. Sie bringen Waffen und Nachschub für den Golfkrieg.

Tag und Nacht rollen die Güter auf schweren Lkw von Aqaba nach Bagdad und an die irakische Front. Auch die Ägypter schicken über diesen Weg oder über Kuwait Waffen nach Irak. „Wir wissen, daß die Sowjets den Hahn für Irak groß aufgedreht haben. Da können wir natürlich nicht mithalten“, sagt ein ägyptischer Wirtschaftsexperte.

Ägyptens Rüstungsindustrie und die Armee haben im letzten Jahr rund eine Milliarde Dollar an den Waffenlieferungen für Irak verdient. Bezahlt wird in bar von Saudi-Arabien und Kuwait, denn die Bagdader Kriegskasse ist leer. Und geliefert wird aus Kairo alles: vom Maschinengewehr bis zum nachgebauten Sowjetpanzer T-55 aus Rumänien oder Sam-7-Raketen gegen Tiefflieger.

Ägypten ist über die Waffenlieferungen indirekt am Golfkrieg beteiligt, so wie Jordanien. Da sich die Armee von 400 000 Mann mitten in der Umrüstung auf westliche Waffensysteme befindet und bisher schon 650 amerikanische M-60-Panzer eingetroffen sind, kann die Armee ausgetauschte sowjetische Waffen in Mengen abgeben und gegen Öl-Dollar an Irak liefern. Die eigene Rüstungsindustrie liefert vor allem Munition.

„Wir sind über den Krieg am Persischen Golf zwar besorgt“, erklärt ein ägyptischer Diplomat, „aber das ist jetzt vor allem ein Öl-Krieg. Und Öl haben wir genug.“ Natürlich hofft Kairo nicht nur auf weitere Rüstungsverkäufe an Irak, sondern auch auf das Steigen der Ölpreise infolge der Luftangriffe auf die Supertanker im Golf. Ägypten will 1985 täglich eine Million Barrel Öl fördern. Zur Zeit sind es rund 750 000 Barrel, von denen aber bei dem hohen Eigenbedarf nur ein Drittel für den Export zur Verfügung stehen.

Durch den Ausbau der Pipeline Suez-Mittelmeer soll die Kapazität von jetzt acht Millionen Tonnen jährlich auf zwanzig Millionen Tonnen bis 1986 gesteigert werden. Dabei kommt Ägypten auch den irakischen Plänen für einen gesteigerten Rohöl-Export entgegen. Denn so kann irakisches Öl, das über eine neue Pipeline durch Saudi-Arabien schon nächstes Jahr zur Ölpier von Yanbu am Roten Meer gepumpt werden soll, leichter das Mittelmeer erreichen.

Eine weitere Pipeline ist bis nach Aqaba geplant. Aqaba liegt fünf Kilometer vom israelischen Hafen Eilat entfernt, von dort führt eine Pipeline in die Nähe von Aschdod zum Mittelmeer. Wenn die fünf Kilometer „politisch“ überbrückt werden, kann irakisches Öl zum Mittelmeer fließen, und die Tanker sparen Zeit und Suezkanal-Gebühren. Angeblich will Washington Gespräche über dieses Projekt zwischen Israel und Jordanien vermitteln. (SAD)

## Personalien

### PRÄSIDENTIALAMT

Mit der Verleihung der neugeschaffenen Sportplakette des Bundespräsidenten an 15 der ältesten deutschen Sportvereine verabschiedete sich Bundespräsident Karl Carstens am dem Bundestag des Deutschen Sportbundes in Bad Homburg am Ende seiner Amtszeit als Schirmherr des deutschen Sports. Die Auszeichnung, die auch symbolisch für die über 4000 Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte, die über 100 Jahre alt sind, stellt nach den Worten des Bundespräsidenten eine Würdigung des Breitensportes dar.

### AUSZEICHNUNGEN

Dem Ordinarius für Netzwerktheorie und Schaltungsdesign der TU München, Professor Dr.-Ing. Rudolf Saal, wurde anlässlich des hundertjährigen Bestehens des Institute of Electrical and Electronics Engineers (IEEE), New York, die IEEE Centennial Medal verliehen. Saal, derzeitiger Vizepräsident der Circuits and Systems Society, erhielt die Auszeichnung für seine außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Schaltungssynthese.

Der Berliner Politikwissenschaftler Professor Richard Löwenthal erhält den Waldemar-von-Knoerger-Preis 1984. Die Auszeichnung ist nach dem langjährigen bayerischen SPD-Landes- und ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Waldemar von Knoerger benannt und wird von der Georg-von-Vollmar-Akademie vergeben.

Der Bremer Pastor Ulrich Finckh ist von der Humanistischen Union in München mit dem Fritz-Bauer-Preis ausgezeichnet worden. Damit soll seine Arbeit in der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt werden. Der Preis wird am 23. Juni im Bremer Rathaus übergeben. Die Humanistische Union hat den Preis 1968 in Erinnerung an ihren Mitbegründer Fritz Bauer gestiftet, einen sozial engagierten Juristen, der lange als Generalstaatsanwalt in Hessen tätig war.

### KIRCHE

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle ist von Papst Johannes Paul II. in einer Privataudienz empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit übergab Kiechle dem Papst einen Grußschein über die Lieferung eines Traktors und anderer landwirtschaftlicher Geräte, die für ein Entwicklungsprojekt in der Dritten Welt verwendet werden sollen.

### VERANSTALTUNG

Die Stadt Friedrichshafen hat den Luftfahrtpionier Claude Dornier anlässlich seines 100. Geburtstags gewürdigt. Bis zum 17. Juni zeigt das Städtische Bodensee-Museum in Friedrichshafen die Ausstellung „Hundert Jahre Claude Dornier“.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Bild der geteilten Nation

„Lügt bald der Deutsche Vaterland vor sich, wenn er nicht nach Kibel“  
WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Artikel von Prof. Diwald sollte Anlaß zu einer breiten Aussprache über das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn sein. Hier sollten nicht nur Experten und Zeitgeschichtler mitsprechen. Diwald ist nach meiner Meinung darin recht zu geben, daß die meisten bisherigen Konzeptionswürfe nicht der Aufgabe entsprechen, auch der „Geschichte der geteilten Nation“ gerecht zu werden.

Nicht zu folgen vermag ich Diwald in seiner Meinung, daß 1945 und nachher alles auf Zerstörung und Zerrückung Deutschlands auswar. Dafür gab es zwar Pläne. Dem aber steht zur Zeit des Sieges der Alliierten bereits entgegen Art. 1 des Londoner Abkommens von 1944, die Berliner Erklärung der Besatzungsmächte vom 5. 6. 1945, sogar die Feststellung in Potsdam vom 17. 7. 1945, insbesondere sein Art. 7, den die Ostverträge von August und November 1970 bestätigen, ja sogar die Erklärung von Gromyko zum Moskauer Vertrag vom 29. 7. 1970 (wie überhaupt die sowjetische Haltung zu den deutschen Frage ambivalent und von den jeweiligen Möglichkeiten eigener Expansion bestimmt ist), die fortwährend Verantwortlichkeiten der vier Mächte, die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt bekräftigt fort-

dauernde Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Deutschland als Ganzes und die Verpflichtungen des Grundgesetzes (was Kohl noch in der Regierungserklärung vom 4. 5. 1983 als die Deutschlandpolitik bestimmenden Faktoren bezeichnete).

Nicht zu folgen vermag ich auch der Kritik Diwalds dahingehend, als seien Jahrzehnte des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland nicht eine durchaus zu würdigen Leistung für die Freiheit für Deutschland und Europa. Adenauers Haltung in der deutschen Frage ist nicht ein Beispiel tiefer Erniedrigung, sondern zähen Ringens um berechtigte deutsche Interessen. McCloy hat einmal deutschen Parlamentariern plastisch geschildert, wie Adenauer ständig jedem – übrigens durch politische Fehlurteile bedingt – Druck auswich, auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu verzichten.

Ein guter Anwalt der deutschen Sache sollte vorhandene gesamtdeutsche und freiheitlich-europäische Argumente und Fundamente weder verschleiern noch preisgeben, sondern ausbauen und bekanntmachen. Dies müßte dem Besucher allerdings auch im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ plastisch vorgeführt werden, damit er die Verpflichtung dazu aus diesem Hause mitnimmt.

Dr. Herbert Czaja, MdB

### Realitäten des Streiks

„Stuttgarter Joch“, WELT vom 23. Mai

Sehr geehrte Redaktion,  
wenn der SPD-Vorsitzende Brandt den Vorsitzenden der IG Druck, Ferlemann, ausdrücklich gegen Kritik an dessen skandalösen Zensurbekanntnissen auf dem SPD-Parteitag in Schutz nimmt, ist für mich nur noch eine Schlussfolgerung möglich: Brandt hat sich – nach seinem defacto-Austritt aus dem westlichen Bündnis (bei anhaltenden Lippenbekenntnissen) – nunmehr auch vom demokratischen Rechtsstaat verabschiedet!

Mit freundlichen Grüßen  
W. Kurth,  
Magstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,  
eine CDU-Landesregierung – hier die Baden-Württemberg – wird in ihrer Rechtspolitik ungläubig, wenn sie es, vermutlich aus Opportunismus, zuläßt, daß in Verbindung mit dem Druckstreifen in Stuttgart-Möhringen radikalisierte Minderheiten das Grundgesetz mit Füßen treten und schwere Rechtsbrüche gegenüber der persönlichen Integrität von Mitbürgern begehen können, ohne daß die Polizei eingreift.

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. J.-R. Groth,  
Gschwend

Sehr geehrte Damen und Herren,  
über die Darstellung der IG-Metall Funktionen von friedlichen Streikaktionen der IG-Metall kann ich nur sagen, daß die Wirklichkeit etwas anderes aussagt.

Die Gewerkschaften protestieren gegen die Aussparungen der Unternehmerverbände, doch ihre Aussparung soll hingegenommen werden. Mehr noch – sie sei als Streikrecht anzusehen.

Arbeitswillige wurden, als sie am Mittwoch, dem 23. Mai 1984, zum erstenmal in dieser Woche das Werk betreten durften, beim Passieren der „Streikpostengasse“ beschimpft. Mir wurde gedroht: „Komm du nur wieder in die Firma, wenn wir auch wieder da sind, dann sollst du sehen, was passiert.“ Ein anderer Streikposten stellte, als ich an ihm vorbeiging, war, mir ein Bein, so daß ich fast stürzte. Ein Mitglied dieser „Gassenmannschaft“ kackelte: „Den hätten sie erschießen sollen.“ In der Mitte der „Gasse“ stellte sich mir einer in den Weg, damit ich ihn wegschieben sollte. Ausweichung war nicht möglich, die „Gasse“ war nur knapp einen Meter breit aber fünfzehn Meter lang.

Mit freundlichen Grüßen  
W. Wenzel,  
Flörsheim

## Reagan vor herben Stunden in der alten Heimat

Protestwelle in Irland vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten / Befürchtungen der Regierung in Dublin

FRITZ WIRTH, London  
Ein geruchsam, sentimentaler Familien trip auf den Spuren Reagan'scher Ahnen sollte es werden und zugleich ein sanfter Start zu den Höhen des bevorstehenden Wirtschaftsgipfels – so war der Irlandtrip des amerikanischen Präsidenten vom 1. bis zum 4. Juni ursprünglich geplant. Doch inzwischen hat diese Reise in die Vergangenheit unversehens schille Akzente erhalten.

Eine irische Protestlobby hat sich auf die Fährte des amerikanischen Präsidenten gesetzt. Sie will ihm ein paar herbe Stunden in der alten Heimat bescheren. Dieser Protest startete zuerst bei der politischen Linken des Landes, der „Workers Party“, und schien zunächst nichts weiter zu sein als die Reaktion politischer Minderheiten, die solche Anlässe nutzen, sich in die Schlagzeilen zu bringen.

Politisch relevant wurde der Protest jedoch, als weite Teile der irischen Labour Party sich ihm anschlossen, die zur Stunde als Koalitionspartner der „Fine Gael“-Partei in der Regierungverantwortung steht. Die Partei verabschiedete auf ihrem kürzlichen Parteitag eine Ent-

schließung, die ihren Parteichef und stellvertretenden irischen Premierminister Spring festlegte, bei seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten offiziell gegen die amerikanische Politik in Mittelamerika und gegen die Nachrüstung in Europa zu protestieren.

Die irische Anti-Nuklearbewegung CND schloß sich behende dem Protest an. Ihre Vizepräsidentin Ruth FitzGerald forderte die Regierung auf, zu verhindern, daß der amerikanische Präsident jenes Spezialzubehör mit im Reisegepäck führt, das es ihm erlauben könnte, von irischem Boden aus einen Befehl zum Nukleareinsatz irgendwo in der Welt zu geben. Der Präsident der irischen Sektion von „Amnesty International“, Sean MacBride, warf dem amerikanischen Präsidenten Verletzung von Menschenrechten vor und nannte den Einsatz amerikanischer Kriegsschiffe im Libanonkonflikt, die Invasion Grenadas und die Vernichtung von Häfen in Nicaragua „Akte des internationalen Terrorismus“.

Diese Protestbewegung fand bald auch ein Echo im katholischen Klerus Irlands, der stark in der Missions-

arbeit in Mittelamerika engagiert ist. So hat sich der Bischof von Galway, Eamon Casey, von der Pflicht befreien lassen, dem amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Galway vorgestellt zu werden. Zugleich haben 75 Jesuiten-Priester den Klerus aufgerufen, allen öffentlichen Funktionen im Zusammenhang mit dem Präsidentenbesuch fernzubleiben. In einer Reihe irischer Kirchen wurden für die Dauer des Besuchs Nachtwachen für den Frieden angesetzt. Zwei Ehrendoktoren der Universität Galway haben ihre Dokortitel an die Universität zurückgegeben, weil diese Ronald Reagan die Ehrendoktorwürde verlieht.

Inzwischen haben fünf Abgeordnete des irischen Unterhauses, des „Dail“, und sechs Senatoren dem irischen Senat angekündigt, daß sie der Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Abgeordneten beider Häuser des irischen Parlaments am 4. Juni fernbleiben werden. Der irische Premierminister Garret FitzGerald stoppte ein mögliches Ausbreiten der Protestwelle in der eigenen Partei mit der Zusicherung, daß er die Bedenken irischer Bürger gegen die

Mittelamerika-Politik der amerikanischen Regierung dem Präsidenten vortragen werde.

Die Regierung FitzGerald ist über diese Protestwelle besorgt, weil sie fürchtet, daß sie amerikanischen politischen „goodwill“ für Irland beeinträchtigen könnte. Sie erwartet von Ronald Reagan vor allem öffentliche Unterstützung für die kürzlich von ihr vorgelegte neue Initiative zur Lösung des Ulster-Konflikts im Irland Forum. Außerdem befürchtet sie, daß die bisher betont freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern leiden könnten. Es gibt in den Vereinigten Staaten über 40 Millionen Bürger irischer Abstammung, die dankbar sind, in Amerika eine neue Heimat gefunden zu haben und die durch anti-amerikanische Demonstrationen in ihrer alten Heimat peinlich berührt würden.

Die USA sind nach Großbritannien Irlands zweitwichtigster Handelspartner. Außerdem gibt es 350 amerikanische Firmen in Irland, die eine Gesamtinvestition von 4,8 Milliarden Dollar repräsentieren und 37 000 Iren Arbeitsplätze verschafft haben.

## Im Umweltschutz gehen wir voran:

### Jetzt müssen alle Europäer mitmachen.

Der Mensch ohne Natur, der Mensch in Beton. Ohne Bäume. Ohne Wald. Eine grauvolle Vorstellung.

Der deutsche Wald ist nicht nur eine Sache für das deutsche Gemüt. Wir brauchen die Natur. Wir müssen unseren Wald gesundmachen.

Die SPD hat dem Waldsterben jahrelang zugesehen. Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt.

Die Vorschriften für Industrieabgase wurden drastisch verschärft. Bleifreies Benzin wird ab 1.1.1986 eingeführt. Aber unsere Umweltprobleme lösen wir nicht allein an unseren Schornsteinen, nicht allein an unseren Autos. Unsere Nachbarn müssen mitziehen.

Wer ja sagt zum Umweltschutz, muß auch ja zu Europa sagen. Wählen Sie Europa. Wählen Sie CDU.



CDU

Aufwärts mit Deutschland.  
Mit uns für Europa.

## Verzicht ist kein Alibi

Der Verzicht auf eine Feierstunde im Deutschen Bundestag signalisiert einen nationalen Notstand: Europa wählen sind kein Alibi für erlahmenden Freiheitswillen und erfolglose Deutschlandpolitik.

Die Berliner Arbeiter des 17. Juni haben sich rückhaltlos für Deutschland und die Freiheit eingesetzt. Berlin bleibt exemplarisch für die Freiheit in Europa.

Prof. Volrad Denekes  
Stellvertretender Vorsitzender der  
Vereinigung ehemaliger Mitglieder  
des Deutschen Bundestages, Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mit Befremden las ich Ihre Nachricht, die ich mir auf Seite 1 gewünscht hätte, daß im Bundestag keine Gedenkstunde zum Tag der deutschen Einheit gehalten wird!  
Gerade zu den Europawahlen stünde es der Bundesregierung gut an, wenn sie die deutsche Geschichte nicht verleugnen würde. Wie kann man als Lehrer, allein auf weiter Flur, den Kindern Geschichtsbewußtsein vermitteln, wenn es hochdotierte Politiker vorziehen, jene Tage werbewirksam vor den Wählern zu bringen, anstatt das deutsche Volk, das sowieso immer lethargischer wird, mit der jüngeren Geschichte vertraut zu machen?

B. Lünig,  
Samerberg

Der Ältestenrat im Deutschen Bundestag hat beschlossen, in diesem Jahr die Gedenkstunde zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni ausfallen zu lassen. Dieser Beschluß wird mit den Wahlen zum Europäischen Parlament begründet.

Stellt allein schon dieser Wahltermin einen Anschlag Westeuropas auf den Tag der deutschen Einheit mit seinem völkerrechtsbegründeten Anspruch dar, so muß das beschlossene Ausfallen der Gedenkstunde zugunsten einer in freier Selbstbestimmung herzustellenden Einheit Deutschlands des deutschen Parlamentes am 17.

Juni 1984 jedem die politische Abkehr von unserem Grundgesetz unlegbar verdeutlichen. Damit könnte zu keiner Zeit und an keinem Ort mehr der Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes an das Wiedervereinigungsgebot erinnern, da das Rechtswerk wie sein Gebot außer Kraft wären.

Solange unser Grundgesetz jedoch das staatliche Leben der Bundesrepublik Deutschland ordnet, ist die Prämissen „vor Gott und den Menschen, die staatliche und nationale Einheit des deutschen Volkes zu wahren“.

Hochachtungsvoll  
Manfred Flöckinger,  
Berlin 31

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

### Wort des Tages

„Es gibt keinen, der nicht in irgend etwas der Lehrer des andern sein könnte, und jeder, der andere übertrifft, wird selbst noch von jemandem übertriften werden. Von jedem Nutzen zu ziehen verstehen, ist ein nützliches Wissen. Der Weise schätzt alle, weil er in jedem das Gute erkennt und weiß, wieviel dazu gehört, eine Sache gut zu machen. Der Dumme verachtet alle, weil er das Gute nicht kennt und das Schlechtere erwählt.“

Plutarch (Griechen; span. Moralphilosoph (1602-1698))



## El Salvador schickt keinen Militärattaché

AP, Bonn

El Salvador hat offensichtlich nicht die Absicht, in seiner Bonner Botschaft den Posten eines Militärattachés einzurichten. Dies ist dem Bonner Auswärtigen Amt signalisiert worden. Ein Sprecher sagte gestern, es liege kein Antrag der salvadorianischen Regierung auf Einrichtung eines Militärattaché-Stabes vor. Noch in der vergangenen Woche hatte es geheissen, die Regierung in El Salvador wolle Nicolas Carranza zum Militärattaché in der Bundeshauptstadt benennen. Er ist als bisheriger Chef der Zollpolizei des Landes rechtsextremistischer Aktivitäten verdächtigt worden. Es hieß, er habe bei den Aktivitäten der sogenannten Todesschwadronen in El Salvador eine führende Rolle gespielt. Gerüchten zufolge hatte der neue salvadorianische Präsident Napoleon Duarte die Absicht, Carranza als Militärattaché nach Bonn zu schicken. Das Auswärtige Amt: „Personen sind für die Botschaft nicht benannt worden.“

## Ärger über die Grüne Fraktion

dpa, Bonn

Die Stimmhaltung der Grünen bei der Verabschiedung der Sacharow-Resolution am vergangenen Freitag im Bundestag ist bei Teilen der Grünen-Basis auf Verwunderung gestoßen. Der Abgeordnete Milan Horacek berichtete gestern in Bonn von einer Reihe empörter Anrufer, die sich dagegen gewandt hätten, daß die Fraktion der Sacharow-Resolution nicht zugestimmt hatte. Horacek begründete die Stimmhaltung der Grünen damit, daß diese Resolution „zu diplomatisch“ gewesen sei. Dagegen hätten die Grünen einen eigenen Antrag eingebracht, der „deutlicher, klarer und schärfer“ gewesen sei.

Die Verwunderung, die sich in den zahlreichen Telefonaten deutlich dargestellt habe, sei offensichtlich auf eine unzureichende Berichterstattung über den eigenen Antrag zurückzuführen. Damit konnte Horacek allerdings nicht ganz verdecken, daß viele Anrufer nicht nur ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben, sondern zugleich Empörung verdeutlicht hatten.

## Italiens Gewerkschaften zeigen viel Augenmaß

„Arbeitnehmer könnten Lohnminderung hinnehmen“

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Mit großer Aufmerksamkeit, aber offenbar ohne die Absicht, in absehbarer Zeit eine ähnliche Konfrontation wie in der Bundesrepublik zu provozieren, verfolgt die italienische Gewerkschaftsbewegung die deutsche Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung. Alle drei großen Gewerkschaften des Landes kennen sich zwar zum „strategischen Ziel“ der 35-Stunden-Woche auf europäischer Ebene, weisen jedoch auf die „besondere Lage“ Italiens hin, die nur eine „artikulierte“ Reduzierung der Wochen-Arbeitszeit zulasse.

Die kommunistisch-sozialistische Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) als die größte Gewerkschaft des Landes hält jeden Versuch zur generellen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zum jetzigen Zeitpunkt für unangebracht. Sie plädiert für Teillösungen, die auf die Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie Rücksicht nehmen müßten. Ein CGIL-Sprecher erklärte gegenüber der WELT, bei den nächsten Tarifverhandlungen müsse geprüft werden, wo und in welchem Ausmaß eine Arbeitszeitverkürzung ohne wirtschaftlichen Schaden möglich sei.

Eine ähnliche Position hat die sozialistische geführte Unione Italiana del Lavoro (UIL) bezogen, in der neben sozialistischen auch sozialdemokratische und republikanische Arbeitnehmer vertreten sind. Verbandssekretär Silvano Veronesi legte einen Bericht vor, in dem es heißt: „Die Arbeitszeitverkürzung kann und darf nicht unterschiedslos und gleichzeitig in allen Sektoren verwirklicht werden. Nur parallel zur Produktivitätssteigerung kann sie ohne Kompromittierung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Produktionssystems realisiert werden.“

Den in gewisser Hinsicht radikalsten Standpunkt nimmt die christdemokratische Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL) ein. Auf einer Funktionärstagung in Sorent setzte sich in dieser Gewerkschaft die Überzeugung durch, daß mit der sofortigen Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden der Hebel zur Entwicklung der Beschäftigungspolitik angesetzt werden müsse. Um den gewünschten Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

zu haben, müsse man schlagartig und landesweit handeln. Allerdings räumt die CISL im Gegensatz zu den anderen beiden Gewerkschaften ein, daß die Kosten für die Arbeitszeitverkürzung vom Arbeitnehmer mitgetragen werden müßten.

Mario Colombo, einer der Funktionäre, die die Tagung von Sorent leiteten, erklärte dieser Tage: „Die Entwicklung der Wirtschaft und der neuen Technologien tendiert zur Reduzierung der Arbeitsplätze, besonders in der Industrie. Der grundlegende Unterschied zu den Erfahrungen früherer Jahre besteht darin, daß seinerzeit mehr Investitionen mehr Beschäftigung bedeuteten, heute dagegen das Verhältnis umgekehrt ist: Mehr Investitionen = bedeutend weniger Beschäftigung“ – durch mehr Automation.

Dieser Tendenz ist nach Ansicht der CISL nur durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu begegnen. Eine schrittweise oder nur auf gewisse Sektoren beschränkte Reduzierung habe keinen Sinn, da dadurch, wenn überhaupt, viel zu wenig Arbeitsplätze frei würden.

Was die Kosten für die generelle und sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche angeht, erklärte Colombo: „In erster Linie muß die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen mit einer intensiveren Nutzung der Industrieanlagen und mit einer Steigerung der Produktivität... Außerdem sagen wir nicht, wie die deutschen Gewerkschaften: 35 Stunden, aber 40 bezahlt, sondern wir treten dafür ein, daß die Finanzierungskosten für diese Operation durch eine Vereinbarung zwischen Betrieben, Staat und Arbeitnehmern von allen drei Partnern mitgetragen werden.“ Die Arbeitnehmer könnten jedenfalls eine gewisse Lohnminderung hinnehmen.

Der ganze Komplex der Arbeitszeitverkürzung ist innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch keineswegs ausdiskutiert. Gewerkschaftsthema Nummer eins in Italien bleibt vorläufig die „Scala Mobile“, die gleitende Lohnskala, deren von der Regierung verfügte Verlangsamung tiefgehende innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten provoziert hat.

## Paris nimmt Abstand von den Sandinisten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung teilt nicht amerikanische Auffassungen, wonach das sandinistische Regime in Nicaragua vor dem Zusammenbruch stehe und nur noch einen kleinen Teil des Landes um die Hauptstadt Managua kontrolliere. Statt dessen liegen in Paris Informationen vor, wonach die gegnerischen „Contras“ untereinander über das weitere Vorgehen nicht einig sind. Der amerikanische Geheimdienst CIA soll Druck auf den im Süden operierenden Chef der revolutionär demokratischen Aktion (ARDE), Eden Pastora, ausgeübt haben, sich mit der im Norden von Honduras aus kämpfenden nationaldemokratischen Bewegung (MDN) zu einer Zangenbewegung gegen Managua zusammenzutun, was Pastora aber aus „ethischen Gründen“ ablehnt. In dieser Lage hat Präsident Mitterrand seinen Sonderberater für lateinamerikanische Angelegenheiten, Régis Debray, vor einiger Zeit nach Managua entsandt. Debray hat der Junta eindringlich nahegelegt, die Guerrilla-Bewegung im benachbarten El Salvador nicht weiter zu unterstützen und dadurch den USA einen der Hauptgründe zur Unterstützung der „Contras“ zu nehmen. Andernfalls sehe Frankreich sich gezwungen, seine politische und materielle Unterstützung für das sandinistische Regime zurückzuziehen. Ferner hat Debray auf die Notwendigkeit von Wahlen hingewiesen, die die Sandinisten für November versprochen haben, ohne sehr viel Liebe dafür verspüren zu lassen.

In Paris ist sowohl die Regierung wie die Sozialistische Partei inzwischen deutlich von den Sandinisten abgerückt. Man wirft ihnen einen „Hang zum Totalitarismus“ und Unterdrückung der Opposition vor, die mit den Spielregeln der Demokratie nur wenig zu tun hätten. Eine Fortsetzung dieses Kurses werde, so die Sozialistische Partei in Paris, unvermeidlich zu einer Annäherung an Kuba und damit Moskau führen. Im Einvernehmen mit der Sozialistischen Internationale (SI) hat Paris Managua Thema Nummer eins in Italien bleibt vorläufig die „Scala Mobile“, die gleitende Lohnskala, deren von der Regierung verfügte Verlangsamung tiefgehende innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten provoziert hat.

## Botha wirbt in Europa für seine neue Politik

Wieder mehr Einfluß für den Westen im südlichen Afrika

MANFRED NEUBER, Kapstadt

Mit verhaltener Genugtuung tritt P.W. Botha als erster Ministerpräsident seit der internationalen Ächtung Südafrikas wegen seiner Apartheid-Politik in dieser Woche eine ausgedehnte Europareise an. Am Kap herrscht gute Hoffnung, daß in der westlichen Welt der Reformkurs im Inneren und der Entspannungsprozeß im südlichen Afrika anerkannt und zu einer Änderung in der Haltung gegenüber Pretoria führen werden. Auf dasselbe Ziel richten sich jetzt verstärkte Bemühungen der Vereinigten Staaten.

Ohne das „konstruktive Engagement“ der US-Regierung wären die überraschenden Entwicklungen der letzten Monate nicht möglich gewesen: Südafrikas Vereinbarungen mit Angola über die Truppenentflechtung, seine Abkommen mit Mosambik über Sicherheit und Zusammenarbeit so wie erste Kontakte zwischen den verfeindeten Kräften Namibias. Der amerikanische Unterhändler Crocker sondiert gerade in Afrika, ob die Unabhängigkeit für das frühere Deutsch-Südwest in absehbarer Zeit erreicht werden kann.

Die Voraussetzungen dafür haben sich verbessert. Durch das Erstarken der pro-westlichen Widerstandsbewegung Sawimbi in Angola, wodurch die namibische Swapo-Guerrilla im Nachbarland gelähmt ist, und die Fühlungen in Lusaka zwecks einer Verhandlungslösung fällt es Südafrika leichter, bisher eherne Positionen zu überprüfen.

Wie inoffiziell verlautet, ist der vollständige Abzug der Kubaner aus Angola vor Namibias Unabhängigkeit möglicherweise nicht mehr unverzichtbare Voraussetzung – sofern ein fester Zeitplan für ihren Abzug fixiert wird.

Namibia wird bei den Gesprächen Bothas in Bonn, London und in anderen Hauptstädten Westeuropas eine vorrangige Rolle spielen. Südafrika ist der militärischen Opfer in Namibia und der finanziellen Bürde von jährlich rund 2,8 Mrd. DM überdrüssig. Seine Regierung wünscht eine baldige Lösung. Sie schiebt aber nicht nach einem leichten Abgang, sondern sie nimmt die Verpflichtung ernst, durch freie und faire Wahlen das Selbstbestimmungsrecht der Bevöl-

kerung in Namibia zu gewährleisten. Das erfordert auch das legitime Sicherheitsinteresse Südafrikas.

Der Weg des Ministerpräsidenten nach Westeuropa führt über Lissabon. Als ehemalige Kolonialmacht in Angola und Mosambik hat Portugal hinter den Kulissen zu den Abmachungen mit Pretoria beigetragen. Aber erst die Einladung von Bundeskanzler Kohl öffnete die Tür aus der Isolation. Für Premierministerin Thatcher bestand danach kein triftiger Grund, den ehemaligen Commonwealth-Partner abzuweisen. London dürfte freilich die lautstärksten Proteste der Apartheid-Gegner erleben, zumal die radikale Opposition Südafrikas dort ihr Hauptquartier im Exil hat.

Uneingeschränkte Unterstützung für die Initiative in Europa versichert die liberale Opposition in Pretoria. Ihr bisheriger Führer und außenpolitischer Sprecher, Colin Eglin, sagte der WELT: „Dadurch können Mißverständnisse auf beiden Seiten ausgeräumt werden“. Die Europäer sollten zur Kenntnis nehmen, welche Veränderungen in Südafrika in Gang gekommen seien, und die Regierungspartei müsse sich eingestehen, daß nicht alle Kritiker der Apartheid als Feinde Südafrikas zu verteufeln seien.

Aufgeklärte Politiker im Buren-Lager widersprechen nicht länger den englisch sprechenden Liberalen, die zwei politische Legenden Südafrikas für überholt erachten: Die Wächterfunktion für den Westen an der Kap-Route (die Sowjets hätten es anderswo leichter, die Ölfuhr zu unterbrechen) und die vorgebliche kommunistische Einkreisung Südafrikas (vielmehr läuft das Roll-Back vom Kap mit Erfolg).

Aus Enttäuschung über den Ostblock, der nur den Afrikanern fremde Ideologie und Waffen liefert, setzte in den vergangenen Monaten ein Umdenken in den Nachbarstaaten Südafrikas ein. Dem Westen bietet sich vielleicht eine einmalige Chance, wenn er zum gemeinsamen Handeln mit Südafrika bereit ist. Günstigster Ausgangspunkt im Moment ist Namibia, das mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine lebensfähige Demokratie werden könnte.

## Plant der RIAS künftig auch Fernsehen?

dpa, Berlin

Der Berliner Hörfunksender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) soll möglicherweise auch ein Fernsehprogramm erhalten. Diese Überlegungen würden zur Zeit in Berlin, Bonn und Washington angestellt, sagte der Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Lothar Loebe, gestern in einer Anhörung zum Kabelpilotprojekt vor dem Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Gespräche sollen, wie es in Berlin hieß, gegenwärtig von „hochrangigen Persönlichkeiten“ geführt werden.

Der RIAS lehnte eine Stellungnahme zu diesen Spekulationen gestern ab. Nach den Worten des Vorsitzenden des RIAS-Aufsichtsgremiums, Patrick E. Nieburg, sind offiziell entsprechende Gespräche nicht geführt worden. Der RIAS steht unter amerikanischer Aufsicht, seine beiden Hörfunkprogramme werden von deutschen Mitarbeitern produziert. Der nach dem Kriegsende gegründete Sender soll unter anderem auch zur Information der Bevölkerung in der „DDR“ beitragen.

## Aktive Sterbehilfe scharf verurteilt

KNA, Lourdes

Gegen jede Form der aktiven Sterbehilfe hat sich Generalstabsarzt Hans-Joachim Linde ausgesprochen. Weder die ärztliche Ethik noch die christliche Moral ließen dies zu, betonte Linde gestern in einem Gottesdienst von deutschen und Schweizer Soldaten bei der internationalen Militärwallfahrt nach Lourdes.

„Krankheit bedeutet keine Herabsetzung der menschlichen Würde“, betonte Linde, der als Vertreter von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner an dieser Soldatenwallfahrt teilgenommen hatte. Es sei das sozial-ethische Ziel der Medizin, die Würde des menschlichen Lebens zu wahren. Weder ein Arzt noch ein Angehöriger hätten das Recht, über den Tod eines anderen Menschen zu entscheiden. „Jeder Mensch, mag er noch so krank sein, ist dennoch ein Mensch mit Würde“, unterstrich der Generalstabsarzt in dem Gottesdienst in Lourdes.



FRIEDRICH DRAEGER

LEITER DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERKAUF

STIFTUNG WARENTEST, BERLIN

„Die rund 500.000 „test“-Abonnenten haben wir zum größten Teil durch Direktwerbung gewonnen!“

Gibt es ein überzeugenderes Argument dafür, wie wichtig und erfolgreich Direktwerbung sein kann? Das hat sicherlich nicht nur für diese Branche Gültigkeit. Denn es gibt eigentlich keinen Bereich, für den Direktwerbung nicht geeignet wäre. Kaum ein anderes Werbeinstrument hat so persönliche Töne, ist so genau und aktuell zu dirigieren. Und der Erfolg (oder manchmal auch Mißerfolg) ist schnell und ziemlich genau meßbar. Also auch oder gerade für kleinere Unternehmen ist Direktwerbung ein gutes und vor allem effektives Instrument.

Übrigens: Mehr als zwei Drittel der geschäftlichen Empfänger haben mindestens schon einmal aufgrund einer Werbesendung etwas angefordert, bestellt oder gekauft. Das war ein Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der Deutschen Bundespost. Post – Partner für Direktwerbung.



## Spannungen zwischen Shultz und Genscher?

DW, Bonn/Washington

Mit Nachdruck hat das Auswärtige Amt gestern Berichte aus Washington dementiert, nach denen es zwischen den Außenministern Shultz und Genscher im Vorfeld der NATO-Konferenz zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt einer neuen Erklärung der NATO gekommen sein soll. Mit dieser Erklärung werden die Außenminister der NATO-Staaten auf ihrer Frühjahrstagung, die heute in Washington zusammenkommt, der Sowjetunion erneut die westliche Bereitschaft zu Dialog, Abrüstung und Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen und ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Raketenverhandlungen ohne Vorbedingungen wiederholen.

Erstaunen hat deshalb die Nachricht aus Washington ausgelöst, deutsche Änderungswünsche hätten Außenminister Shultz zu einem Brief an Genscher veranlaßt. Angeblich habe sich Genscher, dem es vor kurzem bei seiner Reise nach Moskau nicht gelungen war, eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zu erreichen, um eine positivere Würdigung seiner Leistungen zur Zeit der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren bemüht. Dies soll von dem Amerikaner strikt abgelehnt worden sein.

## DLF erinnert an seinen Auftrag

DW, Köln

Rundfunkrat und Verwaltungsrat des Deutschlandfunks haben sich in Bonn gegen Überlegungen ausgesprochen, dem Sender die Fremdsprachenprogramme abzunehmen und künftig nur noch die auch in Köln beheimatete Deutsche Welle in Fremdsprachen senden zu lassen. „Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat sind mit dem Intendanten der Auffassung, daß sich der gesetzliche Programmauftrag des DLF auf Gesamtdeutschland und Europa richtet mit der Folge, daß er Sendungen in Deutsch und in Fremdsprachen veranstaltet“, heißt es in einem Beschluß. Mit dieser Formulierung wollen die Gremien des DLF auf den konkreten Auftrag des Deutschlandfunks hinweisen, der sich von dem Kurzwellensender DW unterscheidet. Der Intendant wurde in seinen Bemühungen unterstützt, die Versorgungsmöglichkeiten des DLF durch Nutzung von UKW-Sendern und Beteiligung am Satellitenrundfunk zu verbessern. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle halten die DLF-Räte vor allem im rundfunktechnischen Bereich für denkbar. Vor allem Politiker der Koalitionsparteien hatten erwogen, beide Anstalten zusammenzulegen oder Teile der Informationsprogramme zusammenzuführen.

## Sharon: USA ordneten Israels Rückzug an

Bestätigung früherer Waffenexporte Jerusalems an Iran

AP/RS, New York/Bonn

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon hat im amerikanischen Fernsehprogramm behauptet, daß die israelischen Streitkräfte 1982 ihren Vormarsch in Libanon nur auf massiven Druck Washingtons gestoppt hätten. Wenn die israelische Armee „nur noch ein paar Stunden mehr Zeit“ gehabt hätte, wäre es ihnen gelungen, die syrischen Streitkräfte in Libanon in der Nähe der libanesisch-syrischen Grenze abzuschneiden. In dem WNBC-TV-Interview meinte Sharon, damit wären die Syrer zum Rückzug aus Libanon gezwungen worden. Wenn die Vereinigten Staaten Israel nicht zum Halt gezwungen hätten, dann wäre der weitere Vormarsch „ein echter Rückschlag für die Sowjets“ gewesen. „Libanon könnte ein unabhängiges Land unter einer zentralen Regierung sein, ein Teil der Freien Welt“, sagte Sharon.

Sharon wollte keine Angaben darüber machen, welcher amerikanische Politiker Jerusalem zum Stopp des Vormarsches gezwungen hatte. Er wollte nur sagen, die Anweisung sei „von der amerikanischen Regierung“ an den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Begin ergangen, der daraufhin nachts um 4.00 Uhr eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen habe, auf der das Ende der Offensive beschlossen wurde.

Sharon deutete in dem Interview an, daß er es zugelassen hätte, daß die

palestinensischen Gegner von PLO-Chef Yassir Arafat diesen getötet hätten, als Arafat mit seinen Kämpfern nach israelischer Einkreisung in Beirut eingeschlossen war. Der israelische Politiker gab den USA und Frankreich die Schuld, daß Arafat aus Beirut abziehen konnte. Es sei ein Fehler gewesen, den PLO-Chef entkommen zu lassen, denn „solange er sich herumtreibt, ist kaum zu erwarten, daß es mit dem Frieden vorangeht“.

Bei anderer Gelegenheit erklärte Sharon, gegenwärtig Minister ohne Geschäftsbereich und schärfster Rivale von Premierminister Shamir in der regierenden Herut-Partei, Israel habe nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges zunächst Waffen an Teheran verkauft. Die Rüstungsexporte seien mittlerweile jedoch eingestellt worden. Diese Äußerungen Sharons haben in Israel für Aufregung gesorgt. Bisher ist von offiziellen Stellen stets Stillschweigen über Art und Umfang von Waffenlieferungen an andere Staaten gewahrt worden. Dies gilt insbesondere für politisch so umstrittene Exporte wie nach Iran. Sharon hat mit seiner Erklärung erstmals bestätigt, daß Israel Waffen an Teheran geliefert hatte. Führende israelische Politiker warfen Sharon nach Bekanntwerden seiner Äußerungen in den Vereinigten Staaten vor, er stelle seine persönlichen Ambitionen über das nationale Interesse.

## DGB-Chef Breit droht

Fortsetzung von Seite 1

wie vorab: „Auch wenn der Schritt in kleinen Portionen gegangen wird, ist es der falsche Weg“.

In vergangenen Tarifrunden hatten sich Unternehmer im Südwesten kompromissbereiter gezeigt als die Führung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln. Einige der Arbeitgebervertreter sind nach Gewerkschaftermeinung anscheinend jetzt auch bereit, über den vom Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann eingebrachten Vorschlag nachzudenken, die Kosten des Arbeitgeber-Angebots - 3,3 Prozent mehr Lohn, Tarifrente mit 75 Prozent des letzten Monatsbruttogehalts von 58 Jahren an und zusätzliche Freizeit für flexible, betriebsgerechte Arbeitszeitgestaltung (die kostenneutral sein sollte) - zu akzeptieren und diese Summe von 4,8 Prozent mehr Einkommen dann „anders aufzuteilen“. Wenn dann noch das Inkrafttreten des „Einstiegs“ in die Wochenarbeitszeitverkürzung (von Einführung der 35-Stunden-Woche auf einen Schlag

ist schon lange nicht mehr die Rede) zeitlich hinausgeschoben werde, müsse ein Kompromiß möglich sein. Falsch sei in jedem Fall die Vermutung, die Bonner Kundgebung gestern solle nur dazu dienen „Dampf abzulassen“, damit heute oder morgen ein Kompromiß leichter zu vermitteln sei. Genau darauf wiederum setzen Teile des Unternehmerlagers und auch führende Politiker der Regierungsparteien.

Kritik an den Begleitumständen des „Marsches auf Bonn“ der IG Metall äußerte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Karl Müllner. Wenn Meldungen richtig seien, daß die Gewerkschaft die für die Zahlung von Streik-Ausfallgeld nötigen „Streikstempel“ erst in Bussen und Sonderzügen nach Bonn ausbeute, um möglichst viele Metaller zu mobilisieren, so gebe das zu ernster Besorgnis Anlaß. Damit würden die Mitglieder mit dem „goldenen Zügel“ zur Teilnahme an der Kundgebung veranlaßt, was deren Bedeutung herabsetze.

## China sucht Verbündete und Geschäftspartner in Europa

Ministerpräsident Zhao Ziyangs dritte spektakuläre Auslandsreise / Paris erste Station

dpa, Peking

Sechs europäische Hauptstädte stehen auf dem Programm des Besuchs, zu dem der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang heute von Peking aus aufbrechen wird. In Brüssel wird Zhao nicht nur mit der belgischen Regierung, sondern auch mit führenden Politikern der Europäischen Gemeinschaft konferieren. China will mit dieser Visite seines Regierungschefs vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa vertiefen. Zum anderen möchte Peking die europäischen Länder dafür gewinnen, stärker als bisher Front zu machen gegen Hegemoniebestrebungen der Supermächte.

Erste Station Zhao Ziyangs ist die französische Hauptstadt Paris, wo er morgen eintreffen soll. Es folgen Belgien, Schweden, Dänemark, Norwegen und Italien.

Die Bundesrepublik Deutschland fehlt auf dem Programm Zhao Ziyangs. Bonn und Peking hielten eine Visite am Rhein für wenig sinnvoll, weil Bundeskanzler Helmut Kohl ohnehin im Oktober dieses Jahres in die Volksrepublik China reisen wird. Als einziger Peking-Ministerpräsident war im Jahre 1979 Hua Guofeng in Bonn gewesen. Von Huas Reise, die damals Chinas Öffnung zum Ausland symbolisierte, wird heute in Peking nicht mehr gern gesprochen. Hua Guofeng ist längst entmachtet und nahezu zur Unperson gemacht worden.

Es ist die dritte spektakuläre Auslandsreise von Zhao Ziyang (64), dem einstigen Provinzchef aus Süchina, der seit 1980 als Nachfolger Hua Guofengs die Regierungsgeschäfte leitet. Im vergangenen Jahr hatte Zhao elf Länder Afrikas besucht, im Januar dieses Jahres war er in Amerika. Auch seine jetzige Reise soll dazu dienen, Zhao als international be-



Zhao Ziyang (64)  
FOTO: POLY-PRESS

kannten Staatsmann aufzubauen, der eines Tages die Politik des Peking-Spitzenkaders Deng Xiaoping ohne Bruch weiterführen kann.

Premier Zhao Ziyang hat in den vergangenen Tagen gegenüber westeuropäischen Ländern nicht mit verlockenden Angeboten gespart. Sie seien als Partner bei chinesischen Großprojekten im Energie- und Verkehrswesen, in der Eisen- und Stahlindustrie, der Edelmetallverarbeitung

und des Nachrichtenwesens willkommen, meinte der Regierungschef und verwies auf den neuen Fünf-Jahres-Plan, den er zur Zeit ausarbeiten lasse. Er empfahl auch die Kooperation bei der Öffnung vor Chinas Südküste und bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Nigte aber in der Manier eines cleveren „Geschäftsmannes hinzu, Vertragsabschlüsse seien nur bei günstigen Angeboten zu erwarten.

Bisher konzentriert sich die Volksrepublik China bei ihrer Kooperation mit dem westlichen Ausland auf Japan und Amerika. Westeuropa soll künftig der dritte Schwerpunkt sein. Peking will Wirtschaftsfunktionen versprechen sich davon zwei Vorteile: China gerät nicht in Abhängigkeit von Tokio und Washington und kann zum anderen vom Wettbewerb der Industrieländer untereinander profitieren.

Auf politischem Gebiet sieht Peking viel Gemeinsamkeiten mit Europa. China und Westeuropa hätten beide die Verpflichtung, Hegemoniestreben der Supermächte zu bekämpfen, schrieb gestern die Peking-er Außenpolitische Zeitschrift „Ausblick“ und ergänzte: „Ein starkes und geeintes Westeuropa ist ein wichtiger Faktor zur Bewahrung des Weltfriedens.“ Peking sieht in Westeuropa einen Partner, der sich - ebenso wie China - von sowjetischen SS-20-Raketen bedroht fühlt und ihren Abbau fordert.

## Katholiken fordern mehr Hilfe für Alleinerziehende

AP, Bonn

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat zu mehr Verständnis für die eine Million alleinerziehenden Männer und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, die ihre Kinder allein erziehen. Sie sollten vor allem in den katholischen Gemeinden Unterstützung finden, betonte gestern das ZdK in einer Erklärung zur Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder. „Wir sollten alles einsetzen, damit die Mütter und Väter, die die Verantwortung für ein Kind oder für mehrere Kinder allein zu tragen haben, die gesellschaftspolitische Rücksicht und Hilfestellung erfahren, die es ihnen möglich machen, ihre Kinder ohne dauernde Nachteile aufzuziehen“, heißt es in der Erklärung.

Das ZdK würdigte das Engagement Alleinerziehender bei der Betreuung ihrer Kinder. Sie verdienten mehr Respekt, weil sie durch ihren Einsatz Staat und Gesellschaft nicht zusätzlich belasteten. Das ZdK wies daraufhin, daß die Alleinerziehenden zur Zeit einen Anteil von etwa 11 Prozent aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren bilden. Um sie zu entlasten, fordern die Katholiken unter anderem mehr Tagespflegestellen für Familien und Kinderkrippen.

## Grüne: Appell an „DDR“-Bewohner

AP, Stuttgart

Die Grünen haben an „DDR“-Bewohner, die in die Bundesrepublik Deutschland umsiedeln wollen, appelliert, ihren Staat nicht zu verlassen, sondern am Prozeß des „Umdenkens und der Erneuerung“ in der „DDR“ mitzuarbeiten. Den „Stuttgarter Nachrichten“ erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen in Bonn, Dirk Schneider, es sei schlecht, wenn der „DDR“ durch die Ausreise vieler tausender Menschen „unruhige Geister verlorengehen“ und damit auch die Möglichkeit sinke, die Gesellschaft der „DDR“ zu erneuern. Deshalb sei es „nicht gut“, daß jetzt so viele aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland gekommen seien und ihr Land „entvolkert“.

Schneider forderte SED-Chef Honnecker auf, den „DDR“-Bewohnern mehr Freiheit zu gewähren. Nach seinen Worten setzen die Grünen Hoffnungen in den neugewählten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Er verwies auf frühere Äußerungen Weizäckers und meinte, daß das künftige Staatsoberhaupt „in Grunde genommen die bundesrepublikanische Deutschlandpolitik als überholt ansieht und neue Wege anpeilt“. Weizsäcker sei in deutschlandpolitischen Fragen „alles andere als ein kalter Krieger“.

## Zusammenarbeit mit RTL

Bertelsmann verstärkt sein Fernsehengagement

dpa, Luxemburg

Die Bertelsmann AG und Radio Luxemburg haben ihre auf mehrere Jahrzehnte angelegte Zusammenarbeit zur Gestaltung eines deutschen, aus Werbung finanzierten Fernsehprogramms befristet. Nach mehrmonatiger Vorbereitungsphase unterzeichneten der Generaldirektor des luxemburger Privatsenders, Gustav Graas, Bertelsmann-Vorstandsmitglied Manfred Lahnstein und John Jahr jun. für die Bertelsmann-Tochter Gruner+Jahr in Luxemburg einen Vertrag, mit dem sich der zweitgrößte Medienkonzern der Welt mit 40 Prozent an dem deutschsprachigen luxemburger Fernsehen beteiligt, das seit Jahresbeginn im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Teilen Nordrhein-Westfalens empfangen werden kann.

In dem Vertrag werden sowohl das terrestrische Fernsehprogramm „RTL-Plus“ als auch die Pläne für ein bundesweites deutsches Satellitenprogramm erfaßt. Dafür wird nach

den Worten Lahnsteins von Frühjahr 1986 an ein Kanal des französischen Fernseh-Satelliten TDF 1 zur Verfügung stehen. Zu diesem Zeitpunkt soll dann das zur Zeit fünfstündige Programm auf sechs Stunden täglich und am Wochenende auf acht Stunden ausgeweitet werden.

Bei der Vertragsunterzeichnung sagte Lahnstein, angesichts solch europäischer Zusammenarbeit „relativieren sich nationale Kategorien“. Lahnstein hob auch hervor, daß Bertelsmann mit seiner Klage gegen den Ausschuß aus dem deutschen Satelliten-Konsortium keineswegs eine Beteiligung an dem Europäischen Fernmeldesatelliten ECS erzwingen wolle. Die Klage zielt lediglich darauf, eine Unrechtmäßigkeit des Ausschlusses feststellen zu lassen.

Über die Kosten des langfristigen Bertelsmann-Engagements in Luxemburg machte Lahnstein keine Angaben. Er sprach von einer „auf Jahrzehnte“ angelegte Zusammenarbeit mit RTL.

COMMERZBANK

## 25 Jahre Privatkunden-Kredite.

# Wir geben Ihnen einen größeren finanziellen Spielraum.

In 25 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit mit unseren Privatkunden im Kreditgeschäft haben wir unsere Leistungen wesentlich verbessert:

	1959	1984
Höchstsumme	2000 DM	50 000 DM
Laufzeit	bis 24 Monate	bis 72 Monate
Kreditzusage	nach mehreren Tagen	sofort möglich
Verwendung	zweckgebunden	nach Ihrer Wahl
Rückzahlung	nur in Monatsraten	individuell nach Vereinbarung oder in Raten
Risikovorsorge	keine	Sicherheit bei Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Tod

Kommen Sie zur Commerzbank und sprechen Sie mit einem unserer Kundenberater über die Vorteile eines größeren finanziellen Spielraumes.

Commerzbank.  
Die Bank an Ihrer Seite.



## Optimismus verfrüht

dos. - Der Optimismus, den die in der vergangenen Woche erfolgte Paraphierung des Ems-Dollart-Vertrags auslöst, ist zwar verständlich, ganz sicher aber nur zum Teil gerechtfertigt. Verständlich deshalb, weil nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen die holländische Seite endlich eine Art Vorab-Zustimmung zum Bau des Dollart-Hafens vor Emden gab, nur teilweise gerechtfertigt, weil der paraphierte Vertragstext nicht gleichbedeutend ist mit der Ratifizierung. Nach wie vor nämlich fehlt das erforderliche Votum des niederländischen Parlaments. Und Beobachter in Den Haag melden ernste Zweifel an, ob die Willenserklärung der Regierung in absehbarer Zeit vom Parlament nachvollzogen wird. Die Front gegen das Projekt steht unverändert fest. Anschauliches Beispiel für die Einschätzung waren die Protestaktionen am Wochenende in Emden.

Tatsächlich äußern sich auch Befürworter des Dollart-Hafens immer zurückhaltender zur Notwendigkeit des 1,3-Milliarden-DM-Projekts. Die zahlreichen Zugeständnisse der deutschen Seite haben von dem ursprünglichen Dollart-Konzept nurmehr wenig übriggelassen.

Fräglich ist zudem, ob die in den vergangenen Jahren verzeichneten Umschlagseinbußen des Emden-Hafens jemals wieder kompensiert werden können. Die Entwicklung in anderen deutschen Häfen spricht eher dagegen. Bleiben also die Impulse, die von den eigentlichen Baumaßnahmen ausgehen. Rund 1000 Arbeitskräfte würden in der strukturschwachen Region über Jahre hinweg beschäftigt. Dies aber darf allenfalls als Nebeneffekt des Neubaus betrachtet werden.

## Ausgeklinkt

Mk. - Warnungen von Experten sollten in der EG-Agrarpolitik angesichts der eklatanten Fehlentwicklungen rechtzeitig ernst genommen werden. So weist der Fruchthof Bremen darauf hin, daß die Maßnahmen der Gemeinschaft, die am 1. Juni in Kraft treten, zum einen dazu führen, daß noch größere Mengen Obst und Gemüse „aus dem Markt genommen“ werden müssen, was die EG-Kasse entsprechend belastet wird. 1982/83 seien bereits 1,5 Millionen Tonnen Obst und Gemüse interveniert, und wohl zum größten Teil vernichtet worden. Zum anderen werde die Zufuhr frischer Früchte aus Nicht-EG-Ländern weiter erschwert. Sie dürfe in rund fünf bis sechs Jahren „völlig zum Erliegen kommen“. Auch diese Vorstellung muß schrecken. Wohin wollen die EG-Staaten noch exportieren, wenn sie ihre Einfuhren einschränken? Sollte auch noch der Zollsatz für hochtechnologische Produkte kommen, dann hätte sich die EG bald vollständig aus der Wirtschaftsgemeinschaft ausgeklinkt.

## Zimmermanns Dilemma

Von HEINZ HECK

Als Innenminister Friedrich Zimmermann im letzten Sommer - übrigens ohne jede Abstimmung mit den übrigen Ressorts - für 1986 die Einführung des umweltfreundlichen Autos ankündigte, hat er den dritten Schritt vor dem ersten getan. Spätestens seit dem 16. Mai, als die EG-Kommission ihre Vorschläge an den Ministerrat beschloß, mußte es unser Umweltminister auch wissen.

Denn die zwingende Einführung abgasarmer Autos ist im nationalen Alleingang nicht möglich. Das verbietet geltendes EG-Recht. Hätte das Innenministerium sich vor dem Ministerium der Wirtschaftsgüter, etwa dem Wirtschaftsministerium, beraten, so wäre dies auch kein Geheimnis geblieben.

Angesichts der unterschiedlichen Interessenlage in der EG konnte die Entscheidung der Kommission Mitte Mai gar nicht anders ausfallen, als sie ausgefallen ist. Sie bedeutet im Kern, daß die Mitgliedstaaten in zwei Schritten bis 1995 amerikanische Abgaswerte und außerdem 1989 bleibendes Benzin einführen müssen.

Sicher: Ohne deutschen Druck wäre es vielleicht nicht einmal zu so - aus deutscher Sicht jedenfalls - bescheidenen Anmoderungen gekommen. Außerdem: Der deutschen Autoindustrie hätte unter Wettbewerbsgesichtspunkten nichts Besseres als die möglichst rasche verbindliche Einführung amerikanischer Abgaswerte widerfahren können.

Nur: Die Verhältnisse, die sind nicht so. Denn für einstimmige Beschlüsse in der Gemeinschaft braucht man Bundesgenossen, sogar ziemlich viele. Voll auf deutscher Seite war nur Dänemark, als Autoproduzent bekanntlich nicht der gefürchtetste Konkurrent am Weltmarkt. Großbritannien ließ Skepsis gegen die Einführung von Katalysatoren auch auf höchster politischer Ebene erkennen. Wußte Zimmermann das nicht?

Der Hauptwiderstand kommt aber aus Frankreich und Italien. Beide Länder wären mit ihrem hohen Anteil kleinerer Fahrzeuge (die von der erforderlichen Umstellung überdurchschnittlich belastet werden) besonders benachteiligt, zumal da sie ohnehin um ihre Marktanteile in der EG kämpfen müssen. Den amerikanischen Markt aber schon weitgehend aufgegeben haben. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage der zum Teil statischen Auto- und Mineralölindustrie in beiden Ländern nicht dazu angelegt, rasch die gewaltigen Investitionen zu verknäueln. Die deutsche

Autoindustrie mit prominenter Präsenz auf dem amerikanischen Markt verfügt hingegen über Katalysatorteknik, die sie aus dem Stand in die Lage versetzt hätte, mit Wettbewerbsvorteilen den Franzosen und Italienern das Leben schwer zu machen. Wie man in dieser Konstellation auch nur einen Moment von einstimmigem EG-Zuspruch träumen kann, bleibt in der Tat Zimmermanns Geheimnis.

Seine einzige Chance war, daß Brüssel einen deutschen - allerdings nicht verbindlichen - Alleingang toleriert. Das hat ihm die Kommission jetzt (der Ministerrat beschloß ist nicht vor Jahresende zu erwarten) mit dem selbstverständlichen anmodernden Hinweis zugestanden, daß die Hersteller bei der Inanspruchnahme des EG-Rechts (mit weniger scharfen Grenzwerten) nicht behindert werden dürfen.

Das heißt im Klartext: Umweltschutzwert und abgasarme Autos können auf Jahre hinaus nebeneinander antreten und um die Käufer werben. Angesichts der Aufgeschlossenheit in der deutschen Bevölkerung für diese Frage, die Zimmermann sich vorsorglich noch einmal durch eine Meinungsumfrage hat bestätigen lassen (über 90 Prozent für abgasarme Autos), brauchte ihm bei diesem edlen Wettstreit nicht bange zu sein.

Dazu hätte er aber in einem zweiten Schritt mit den Finanzministern aus Bund und Ländern zum Beispiel über steuerliche Anreize reden - und sich einigen - müssen, bevor er in einem dritten Schritt mit seiner publikumswirksamen Ankündigung an die Öffentlichkeit gegangen wäre. Dies erst recht, als Steuerbefreiungen und -ermäßigungen aus zahlreichen Gründen nur wenig Spielraum für Anreize lassen. So hat zum Beispiel eine Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes keine Chance, die der Mineralölsteuer könnte zum Panschen anregen. Auch dürfen nur die nachweisbaren Mehrkosten ausgeglichen werden, da andernfalls die betroffene Konkurrenz gegen die Wettbewerbsbenachteiligung klagen würde.

Was bleibt zu tun, nachdem bereits ohne Not Porzellan zertrümmert wurde, wie der Auftragseingang in der Autoindustrie zeigt? Zimmermann, der sich in seiner Anfangszeit als Umweltminister durch umsichtigen und entschlossenen Handeln wohlwollend von seinem Vorgänger unterschieden hat, sollte so rasch wie möglich die Kurve zu seiner alten Linie finden und Schüsse aus der Hüfte künftig unterlassen.

FINANZPOLITIK / Stoltenberg: Der anhaltende Streik gefährdet die Erholung

## Staatsanteil kann bei konsequenter Ausgabendisziplin verringert werden

HARALD POSNY, München

Die mehrheitlich mit einem negativen Akzent versehenen Wirtschaftsdaten des Monats März sind nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg „möglichst rasch zu einem Zeichen der schmerzhaften Folgen zu werden, die ein lang anhaltender Streik für die Fortsetzung des Aufschwungs haben würde“. Auf der Mitgliederversammlung des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen bezeichnete er die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den Aufruf zum Streik für ihre Durchsetzung einen „gefährlichen Irrtum“.

Flexible, der individuellen Lage der Unternehmen angepaßte Wochenarbeitszeiten ohne vollen Lohnausgleich könnten dagegen durchaus ein diskutabler Ansatz und ein gangbarer Weg zum Kompromiß im anhaltenden Tarifstreik sein. Der anhaltende Streik gefährdet die wirtschaftliche Erholung. Stoltenberg hob in diesem Zusammenhang hervor, daß eine Reihe von Gewerkschaften im Gegensatz zur IG Metall und zur IG Druck und Papier in den letzten Wochen maßvolle Tarifverträge abgeschlossen hätten.

Bis gegen Ende dieser Legislaturperiode hält es Stoltenberg für möglich, „bei Fortsetzung einer ganz konsequenten Ausgabendisziplin“ den Staatsanteil von 50 Prozent (1982) auf etwa 45 Prozent zurückzuführen. Dazu müsse jedoch auch die Neuverschuldung der öffentlichen Hand erheblich abgesenkt werden. Vor dem Hintergrund hier und dort wieder auflebender Ausgabenwünsche und der gegenwärtigen Debatte über die Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs sagte Stoltenberg, diese dürften die Gesundung des Staats-

haushalts nicht gefährden.

Stoltenberg, der sich ausdrücklich zum Dreisäulenkonzept von staatlicher, privater und betrieblicher Altersversorgung bekannte, äußerte sich nicht zur Frage der steuerlichen Begünstigung von privaten Aufwendungen für Lebensversicherungen und zu den Steuervorteilen, sieht man von dem letzten Satz seiner Rede ab, die Bundesregierung werde bei ordnungspolitischen Regelungen, die den Geschäftskreis der Lebensversicherungen betreffen, deren gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung immer die gebührende Beachtung schenken. Stoltenberg war damit nicht direkt auf Äußerungen des Vorsitzenden des Verbandes der Lebensversicherer, Professor Robert Schwebler, eingegangen, der es als „entscheidende Voraussetzung für eine Entlastung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung“ bezeichnet hatte, „daß die Politik die private Vorsorge als Ergänzung der Grundversorgung ernst nimmt und ermutigt“. Damit könne langfristiges Investitionskapital gebildet werden.

Die Versicherer erwarteten, daß ihre früher schon vorgestellte Vermögensbildungsphase in der zweiten Ausbaustufe des novellierten Vermögensbildungsgesetzes berücksichtigt werde. Sie soll über einen eigenen Deckungsstock die angesammelten Mittel ausschließlich der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung stellen und wäre besonders geeignet, kleine und mittelständische Betriebe mit Risikokapital auszustatten.

Zu den notwendigen staatlichen Signalen zur Stärkung von Vorsorgebewußtsein und Eigeninitiative gehören nach den Worten Schweblers auch anregende steuerrechtliche Maßnahmen. Eine Signalwirkung bleibe aus, wenn die für die Vorsorgeaufwendungen zur Verfügung stehenden Höchstbeträge weitestgehend durch Beiträge zu den Pflichtversicherungen in Anspruch genommen würden.

Auch das derzeit nur geringe Wachstum der Direktversicherung als Form der betrieblichen Altersversorgung führt Schwebler auf den im allgemeinen ausgeschöpften Höchstbetrag von 2400 DM jährlich zurück.

Die steuerliche Förderung von Lebensversicherungsbeiträgen halten die Versicherer nicht für „Vergünstigungen oder gar für Subventionen im Sinne des Haushaltsrechts, sondern als Verwirklichung des Grundsatzes, daß sich die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu richten hat“.

GRUNDEIGENTÜMER

## Bonn sollte Wohnungsbau nicht mehr direkt fördern

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Wohnungsbau dürfe nicht länger als Instrument der Konjunkturpolitik mißbraucht werden. Die Wohnungsmärkte seien, so der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer vor der Presse in Bonn, vielfach gesättigt, zum großen Teil übersättigt. Eindeutige Belege seien der Preisverfall und Mietsenkungen in zahlreichen Regionen. Daher plädiert der Präsident des Verbandes, Theodor Paul, für ein Umdenken in der Wohnungspolitik.

Der Bund solle sich unverzüglich aus der direkten öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus zurückziehen. Er solle sich darauf beschränken, langfristig gültige ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu setzen, die den Bürgern verlässliche Entscheidungsgrundlagen für Investitionen im Wohnungsbau bieten. „Soziale Marktwirtschaft, jüngst noch auf dem Parteitag der CDU in Stuttgart beschworen, darf in der Wohnungspolitik nicht zum reinen Schlagwort verkümmern“, schreibt der Verband.

Bei übersättigten Märkten sei es das Gebot der Stunde, der Wohnungsbestandspolitik eine größere Aufmerksamkeit zu widmen als der Neubaupolitik. Der Stadt- und Dorfneubau müsse der Energieeinsparung künftiger Gebäude größere Bedeutung zu. So könne auch in der Bauwirtschaft ein angemessenes Beschäftigungsniveau aufrechterhalten werden. Paul fordert, die öffentliche Förderung des sozialen Mietwoh-

nungsbaus auf der Grundlage des Kostenmietprinzips unverzüglich einzustellen, um weitere Fehlinvestitionen von Steuergeldern in Milliardenhöhe zu vermeiden.

Darüber hinaus sollte der Bestand an Sozialmietwohnungen schrittweise in die freien Wohnungsmärkte überführt werden. Dadurch zurückfließende öffentliche Mittel könnten für eine gezielte Absicherung sozialschwacher Mieter auf der Grundlage des Wohngeldgesetzes eingesetzt werden.

Überdies plädierte Paul für ein „vernünftiges Mietrecht“. Wenn das Angebot an Wohnungen die Nachfrage übersteigt, brauchen weder Mieter noch Vermieter den Staat als Vormund bei der Vertragsgestaltung.

In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Zwangsversteigerungen von Häusern oder Eigentumswohnungen sprunghaft nach oben geschneit. Daher fordert Paul jetzt ein staatliches Hilfsprogramm von Bund und Ländern, um in wirtschaftlichen Krisen den Erhalt des Eigentums zu sichern. Es bedürfe einer Hilfe zur Selbsthilfe, die auf den einzelnen Fall bezogen, zeitlich begrenzt und rückzahlbar ausgestaltet werden sollte.

Nachdem 1983 der durchschnittliche Mietpreisanstieg mit 5,3 Prozent deutlich über der Erhöhung der Lebenshaltungskosten gelegen hatte, registriert der Verband in diesem Jahr wieder eine Abflachung. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat lag im März bei 3,8 Prozent.

## AUF EIN WORT



Investitionsbereitschaft heißt Risikobereitschaft. Die dazu nötige Zuversicht wird den Unternehmen heute wahrlich nicht leichtgemacht.

Hans Graf von der Goltz, Vorstandsvorsitzender der Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg. FOTO: DIE WELT

## Großhandel setzt mehr um

VWD, Wiesbaden  
Der Großhandel in der Bundesrepublik setzte im April rund 64 Milliarden Mark, das waren rund drei Milliarden Mark oder nominal fünf Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat, besagen vorläufige Ergebnisse des statistischen Bundesamtes. Real ergab sich eine Zunahme von einem Prozent.

Bei Rohstoffen und Halbwerten betrug der Umsatz rund 33 Milliarden Mark (nominal: plus drei, real: minus zwei Prozent), bei Fertigwaren wurde mit einem Umsatz von rund 32 Milliarden Mark das Ergebnis des Vorjahresmonats um nominal acht und real vier Prozent übertroffen.

In den ersten vier Monaten setzte der Großhandel rund 258 Milliarden Mark um, das bedeutet Steigerungen von nominal sieben und real drei Prozent.

VERSCHULDUNGSKRISE

## Warnke: Bedrohung wird noch viele Jahre andauern

HEINZ HECK, Bonn

Die Verschuldungskrise der Dritten Welt ist „eindeutig ein langfristiges Problem“, mit dem „wir noch über viele Jahre zu leben haben“. Das erklärte Entwicklungsminister Jürgen Warnke gestern vor dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Er rechnet weiterhin mit krisenhaften Zuspitzungen und kurzfristigen Umschuldungsaktionen.

Damit bleibe für alle Beteiligten - Entwicklungsländer, internationale Organisationen (vor allem IWF), private Geschäftsbanken und Industrieländer - „die Gefahr bestehen, daß es einer weltweiten Wirtschaftskrise kommt. Auslöser könnten Staatsbankrotte in der Dritten Welt oder Bankenzusammenbrüche bei uns sein“. Eine Weltwirtschaftskrise heute würde die der zwanziger und dreißiger Jahre in den Schatten stellen.

PROGNOS

## Deutsche Produktion wird 1985 langsamer steigen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von „reichlich drei Prozent“ gegenüber dem Vorjahr sagt die Baseler Prognos AG der Bundesrepublik für 1984 voraus. Von dem damit erreichten Niveau aus würden jedoch Nachfrage und Produktion dann 1985, im dritten Jahr des Aufschwungs, voraussichtlich nach und nach etwas langsamer steigen. Aus heutiger Sicht dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum im nächsten Jahr bei etwa 2,5 Prozent liegen.

Eine ähnliche Entwicklung erwartet Prognos in der jüngsten Konjunkturvorhersage auch für die Weltwirtschaft. Im laufenden Jahr dürfte sich der Aufschwung weltweit fortsetzen.

Dabei werde aus europäischer Sicht die Ausfuhr als treibende Kraft noch an Bedeutung gewinnen. Für das kommende Jahr spreche aber alles für ein allmähliches Abflauen. So dürfte in den Vereinigten Staa-

ten die Konjunktur, bedingt durch das Abklingen fiskalischer Impulse und durch das Bestreben der Notenbank, den beschleunigten Preisanstieg einzudämmen, an Schwung verlieren. Das dämpfe den Exportzuwachs der europäischen Länder.

Italien und Frankreich könnten zwar dann in der Lage sein, ihren vorerst noch notwendigen Restriktionskurs zu lockern. Die Bundesrepublik und Großbritannien würden die monetären Bremsen auch aus binnwirtschaftlichen Gründen eher anziehen müssen, freilich nicht in einem Maße wie Anfang der achtziger Jahre.

Die wirtschaftlichen Bedingungen in den Industrieländern hätten zu besseren Exportmöglichkeiten der Dritten Welt geführt. Für eine Reihe dieser Staaten habe sich damit der Zwang verringert, die Importe weiter einschränken zu müssen, um mit den Schuldenproblemen fertig zu werden.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Appell von Franke

Hamburg (AP) - Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, hat einen dringenden Appell an alle Betriebe gerichtet, „über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden“. In einem Interview der „Welt am Sonntag“ äußerte Franke die Auffassung, daß dies im eigenen Interesse der Betriebe liege. Gegen Ende des Jahrzehnts bereits wird die Zahl der Schulabgänger deutlich zurückgehen, so daß es wieder schwer werden wird, Fachkräfte zu bekommen, fügte er hinzu. Präsident Franke bezifferte die Zahl der jungen Menschen, die in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen, auf 715 000 bis 735 000. Dies sei die bisher größte Nachfrage nach Lehrstellen.

### Produktionsrekord

Tokio (VWD) - Die japanische Produktion an Video-Recordern erreichte im April mit 2,283 Millionen Stück ein neues Rekordniveau. Nach Angaben des Herstellerverbandes wurde das des Vorjahresmonats um 58 Prozent übertroffen. Die Auslieferungen übertrafen das Vorjahresergebnis mit 2,087 Millionen DM um 46 Prozent. Davon gingen 1,663 Millionen Geräte in den Export. In den ersten vier Monaten war die Produktion mit 7,87 Millionen Geräten um 60 Prozent größer als zur gleichen Vorjahreszeit. Auch die Produktion von Farbfernsehgeräten erreichte im April mit 1,329 Millionen einen neuen Monatshöchststand. Zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um 24 Prozent. Von den 1,216 Millionen ausgelieferten Geräten gingen 487 000 in den Export.

### Neuer Präsident

Bonn (dpa/VWD) - Karl Schneider (56) Vorstandsmittglied der Süddeutschen Zucker AG Mannheim, wurde zum Präsidenten des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, dem Bonner Spitzenverband der Deutschen Lebensmittelwirtschaft, gewählt. Sein Stellvertreter wurde Klaus Schröder (48), Geschäftsführer der Maizena GmbH (Hamburg).

### Wachstumsbranche

München (dpa/VWD) - Die Umweltindustrie zählte weiterhin zu den Wachstumsbranchen, erklärte die Münchner Messgesellschaft nach Abschluß der 7. Internationalen

Fachmesse für Entsorgung IFAT 84. Zu der Fachmesse, auf der 805 Aussteller aus 19 Staaten ihre Produkte für die Bereiche Abwasser, Abfall, Stadtreinigung sowie Straßenbetriebs- und Winterdienst gezeigt hatten, waren 39 000 Fachbesucher aus 71 Ländern gekommen. Drei Viertel der Messebesucher äußerten für die nahe Zukunft konkrete Investitionsabsichten.

### Ölexport gesunken?

Manama (VWD) - Entgegen der iranischen Darstellung mußte das Land aufgrund der zuspitzenden Lage in der Golfregion in den vergangenen Tagen eine deutliche Einbuße bei seinen Ölexporten hinnehmen. In arabischen Industriekreisen wird die derzeitige Exportmenge auf etwa 1,2 Millionen Barrel je Tag geschätzt gegenüber noch 1,8 Millionen in den ersten Monaten. Seit dem 21. Mai hätten nur noch fünf Tanker auf der Insel Kharg Rohöl aufgenommen gegenüber 28 bis 30 Schiffen Anfang Mai.

### Konsortialkredit für China

Tokio (VWD) - Ein internationales Konsortium von sieben Banken hat mit Carveston Co in Hongkong den Vertrag über einen syndizierten Kredit von 160 Mill. HK-Dollar unterzeichnet, der von der chinesischen Provinz Guangdong garantiert wird. Er soll zur Finanzierung eines Geschäftsaufbaus und Ausstellungsraums in der Stadt Guangzhou verwendet werden. Der Kredit hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird mit 0,75 Prozent über der Prime Rate in Hongkong verzinst. Dem Konsortium gehören Fuji Bank, Lloyds Bank International, Canadian Imperial Bank of Commerce, Bank Indosuez, Hongkong und Shanghai Banking Corp., Orion Royal Pacific und Hang Seng Bank an.

### Leistungsbilanz-Defizit

Wiesbaden (VWD) - Mit einem Fehlbetrag von 0,4 Milliarden Mark schloß im April die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ab. Im März dieses Jahres hatte sich ein Aktivsaldo von 1,9 Milliarden Mark und im entsprechenden Vorjahresmonat eine ausgeglichene Bilanz (revidiert) ergeben. Die Handelsbilanz weist einen Überschuß von 2,555 Milliarden Mark aus gegenüber 4,335 Milliarden Mark im Vormonat und 2,7 Milliarden Mark (revidiert) im April 1983.

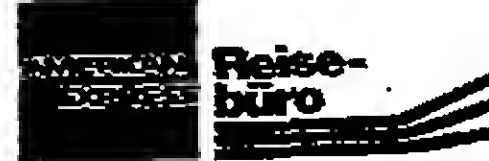
Mit TWA nach & durch die USA.

# Jetzt gibt's New York im Sonderangebot.

Auf dieses Angebot werden Sie fliegen:  
mit dem Holiday Tarif von TWA bequem und preiswert nach New York. Und mit American Express gibt's die aufregende Stadt dann im Sonderangebot. Z.B. 2 Tage Midford Plaza incl. Stadtrundfahrt ab 200 Mark. Oder 4 Tage mit vielen Extras und zweitägiger Busreise zu den Niagarafällen ab 931 Mark (Preise ohne Flug). Mehr erfahren Sie in Ihrem American Express Reisebüro.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen

TWA, die  
IÖNY  
Fluglinie





Amway GmbH  
Abt. Information  
Landsberger Straße 67  
8034 Germering



## WIENERWALD / Vergangenheit scheint bewältigt

## Wieder neue Zuversicht

nerwald positives Zeichen sieht Kesten darin, daß die Kundschaft in diesen schwierigen Monaten die Restaurants nicht gemieden hat. Nach einem anfänglichen Umsatzeinbruch im ersten Halbjahr 1983, der aber branchentypisch gewesen sei, habe sich die Geschäftslage bis zum Jahresende so weit gebessert, daß im vierten Quartal wieder ein Umsatzplus erzielt werden konnte. Insgesamt verbliebe aber noch ein Minus von 9 Prozent (vergleichbar gemacht) auf 195 Mill. DM in den eigenen Restaurants. Die Kärntner mit 180 Millionen nahmen dabei den ersten Platz ein. 1983 Mill. DM an,

Zufrieden zeigte sich Kersten damit, daß der Betriebsverlust 1983 auf 6 Mill. DM einschließlich einer Zuführung von 15 Mill. DM zu den Pensionsrückstellungen eingedämmt werden konnte. Den steuerlichen Verlustvortrag bezifferte er auf 27 Mill. DM. Nach Verrechnung mit dem Stammkapital von 28 Mill. DM verfügt die Wierwalf GmbH darüber ein Netto-Eigenkapital von 9,3 Mill. DM bei einer Bilanzsumme von 99,6 Mill. Zu Buche steht ein Umlaufvermögen von 37,5 Mill. DM und ein Anlagevermögen von 23,36 Mill. DM. Das Fremdkapital gab er mit 41,6 Mill. DM an.

Schon für das laufende Geschäftsjahr erwartet Kersten ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Dies sei schon alleine dadurch zu erreichen, daß in nächster Zeit 20 weitere Restaurants („hartnäckige Verlustträger“) geschlossen werden. Zuversichtlich stimme außerdem die äußerst positive Umsatzentwicklung in den ersten vier Monaten 1984 mit Zuwachsraten von 4,5 Prozent.

A black and white photograph of a large, modern building complex with multiple wings and glass facades, situated behind a line of trees. In the foreground, there is a large, open, grassy area, possibly a sports field or park, with some trees and a path visible.



## FINANZANZEIGEN



## Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVSEITE		DM	PASSIVSEITE		DM
Langfristige Ausleihungen	14 799 478 117,02		Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferverpflichtungen)	14 189 599 530,73	
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	24 162 619,56		Aufgenommene langfristige Darlehen	473 205 667,41	
Wertpapiere	10 020 529,02		Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	98 873 212,99	
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Schecks	13 465 309,51		Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	537 321 285,85	
Kurz- und mittelfristige Forderungen	503 019 385,61		Durchlaufende Kredite	76 726 068,68	
Eigene Schuldverschreibungen	129 366 182,73		Rückstellungen	42 720 511,81	
Zinsen für langfristige Ausleihungen	300 918 890,60		Sonstige Verbindlichkeiten	937 730,43	
Durchlaufende Kredite	76 726 068,68		Rechnungsabgrenzungsposten	86 556 097,08	
Beteiligungen	586 501,00		Sonderposten mit Rücklageanteil	413 000,00	
Grundstücke und Gebäude	7 436 384,93		Grundkapital	44 000 000,00	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 433 500,00		Offene Rücklagen	298 300 000,00	
Sonstige Vermögensgegenstände	631 329,83		Bilanzgewinn	18 664 969,51	
Rechnungsabgrenzungsposten	73 256,00				
	15 867 318 074,49			15 867 318 074,49	

## Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983

AUFWENDUNGEN		DM	ERTRÄGE		DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	1 060 016 241,93		Zinsen von Hypotheken- und Kommundarlehnen	1 075 855 588,36	
Andere Zinsen	25 622 070,30		Andere Zinsen	132 516 984,57	
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	35 043 559,79		Einmalige Erträge aus dem Darlehensgeschäft	62 789 523,94	
Abschreibungen und Wertberichtigungen	32 660 482,04		Sonstige Erträge	2 164 830,67	
Personalaufwendungen	20 416 172,62				
Steuern	52 211 632,53				
Sonstige Aufwendungen	10 134 437,13				
Einstellung in offene Rücklagen	18 600 000,00				
Jahresüberschuß nach Rücklagenzuführung	18 622 331,20				
	1 273 326 927,54			1 273 326 927,54	

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehene Jahresabschluß wurde am 16. Mai 1984 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung am 9. Mai 1984 beschloß für das Geschäftsjahr 1983 die Ausschüttung einer Dividende von DM 10,-, eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,- (Wertpapier-Kenn-Nr. 807.800) und die weitere Dotierung der Rücklagen mit 7,65 Mio. DM.

**AUFSICHTSRAT:** Dr. Wolfgang Röller (Vorsitzender), Dr. Wolfgang Leeb (stellv. Vorsitzender), Dr. Heinz Gerhardt, Dr. Friedrich Gieske, Dr. Alfred Hietzel, Peter Hoffmeister, Hans-Joachim Kraus, Werner Rotermund, Dr. Wilhelm Scheider, Waltraud Scherer, Dr. Louis Störck, Prof. Dr. Friedrich Thomée, Dr. Hans-Otto Wieschermann, Dr. Gard Wolburg, Eberhard Zeiger.

**VORSTAND:** Dr. Claus Bingold, Rudolf Fabian, Dr. Rainer Jackle, Paul-Ernst Penndorf, Hermann Schmitt.

Frankfurt am Main - Bremen, im Mai 1984

DER VORSTAND

## CASSELLA AG

## Zusammengefaßter Jahresabschluß 1983

Aktiva		Passiva		Gewinn- und Verlustrechnung	
	TDM		TDM		TDM
Sachanlagen	92.171	Grundkapital	34.100	Umsatzerlöse	460.171
Beteiligungen	25.513	Rücklagen	60.760	Gesamtleistung	469.187
Lang- und mittelfristige Forderungen	3.882	Sonderp. m. Rücklageanteil	10.205	Materialeinsatz	181.799
Vorräte	91.324	Rückstellungen	85.485	Beteiligungserträge	3.669
Kurzfristige Forderungen	83.884	Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	72.336	Sonstige Erträge	13.517
Flüssige Mittel	3.873	Kurzfristige Verbindlichkeiten	33.371	Personalaufwendungen	138.432
		Bilanzgewinn	3.449	Abschreibungen	35.663
				Zinsaufwand	5.610
				Steuern	5.383
				Zuweisg. zu Sonderposten	922
				Sonstige Aufwendungen	118.126
				Jahresüberschuß	4.238
				Gewinnvortrag	11
				Einstellung in Rücklagen	800
				Bilanzgewinn	3.449

Der Jahresabschluß der Cassella AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erhalten.

Der Jahresabschluß wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Hauptversammlung der Cassella AG vom 28. Mai 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 10% zu verteilen. Die Ausschüttung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 29 über die im Bundesanzeiger Nr. 101 vom 29. Mai 1984 genannten Zahlstellen.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung“ eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Cassella Aktiengesellschaft - Frankfurt am Main 61

### Bogen-erneuerung

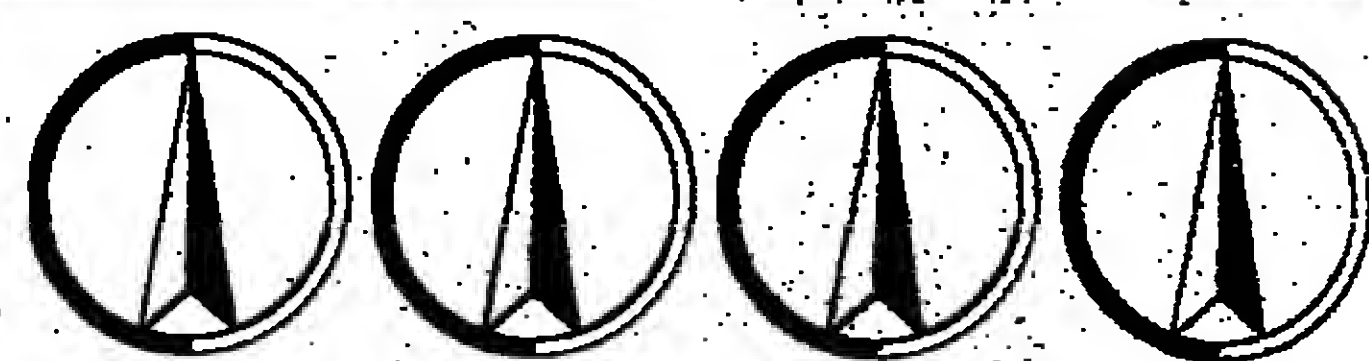
Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinebogen ausgegeben:

- 5% Hypotheken-Pfandbriefe Emission 62 A/O - 241 016 -
- 5,5% Kommunal-Schuldverschreibungen Emission 66 A/O - 241 310 -
- 6% Hypotheken-Pfandbriefe Emission 114 M/N - 241 047 -

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und antineutrischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Frankfurt am Main - Bremen, im Mai 1984

DER VORSTAND



## Kurs auf die Zukunft

Ein international anerkanntes Unternehmen stellt Navigationssysteme, Kreiselgeräte und Stabilisierungen für die Schifffahrt her. Der Entwicklungsbereich sucht eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter als Dipl.-Ing. TU für die Abteilung Technische Systemanalyse. Diese Tätigkeit ist ausbaufähig. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 2. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

## Beiersdorf AG

## BDF ●●●●●

Wertpapier-Kennnummer: 520 000

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch eingeladen zu der

## Ordentlichen Hauptversammlung

am Dienstag, dem 26. Juni 1984, um 10.30 Uhr, im Großen Saal des Hotel Atlantic, Hamburg 1, An der Alster 73.

## Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Geschäfts- und Konzerngeschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
2. Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1983.
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Neuwahl des Aufsichtsrats.
5. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlussfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 15. Mai 1984 veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen. Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bei folgenden Banken:

Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Hamburg.  
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg.  
Marcard & Co., Hamburg.  
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg.

Hamburg, den 10. Mai 1984

Der Vorstand

## INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

- Inter Amerikanische Entwicklungsbank - Washington, D. C.

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1969 - WKN 453 635 -

## Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom. DM 10.000.000 - Teilschuldverschreibungen am 1. August 1984 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernkreise:

28901 - 36390  
40881 - 64304  
93340 - 93343  
97231 - 97232 zu je DM 1.000,-

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. August 1984 an gegen Einreichung der Wertpapiere bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken zum Nennbetrag eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft  
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft  
Dresdner Bank Aktiengesellschaft  
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft  
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt  
Bankhaus H. Aufhäuser  
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft  
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft  
Joh. Benning, Gossler & Co.  
Berliner Bank Aktiengesellschaft  
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft  
Berliner Handels- und Frankfurter Bank  
Bankhaus Gebrüder Bethmann  
Commerzbank Aktiengesellschaft  
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft  
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -  
Deutsch-Südamerikanische Bank Aktiengesellschaft  
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank  
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien  
Merck, Finck & Co.  
B. Metzler seel. Sohn & Co.  
Sal. Oppenheim jr. & Co.  
Schroder, Münchmeyer, Hengst & Co.  
Trinkaus & Burkhart  
Vereins- Westbank Aktiengesellschaft  
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.  
Westdeutsche Landesbank Girozentrale  
Westfälische Bank Aktiengesellschaft

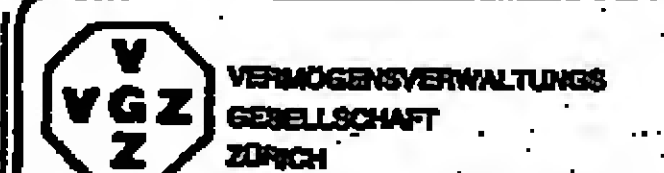
Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Juli 1984.

Die am 1. August 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise 1 - 28900, 64305 - 71850, 87365 - 93339 und 97233 - 100000 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Washington, im Mai 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK



Nutzen auch Sie die Informationen der

„Gnomon“ von Zürich

durch ein Probeabonnement (3 Monate nur DM 70,-) der seit 25 Jahren erscheinenden

Briefe an Kapitalanleger

VZG, Schulhausstr. 55, 8027 Zürich.

**SCHWARZ**

21. Mai 84, Donnerstag 17. 04.00 17.21.37

In Berlin rufen Sie: (030) 553 20 96

**Wand- u. Park-Laternen**

gemalt und romantisch

Automatic für alle Tore

funkgest. Schutz u. verdienter Komfort

Schmiedegitter u. Tore

Sicher, sicher u. von bleibendem Wert

VZA Schmiedehäuben

Schornsteinhauben von oben bis unten

Bitte Prospekt anfordern!

„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben“

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungskrankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrads, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131

PSA Köln/Stadtparkasse München



Veronica Carstens, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten, Schirmkennin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

regrades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131

PSA Köln/Stadtparkasse München

### MISEREOR

„Die Menschen haben gelernt, zu schwimmen wie die Fische und zu fliegen wie die Vögel, aber wie Brüder zusammenzuleben haben sie nicht gelernt.“

M. L. King

„Schaffe Recht dem Bedrückten und Armen“

150.000 Pfund in Deutschland

400.000 Pfund in der Schweiz

100.000 Pfund in Österreich

100.000 Pfund in Italien

100.000 Pfund in Frankreich

100.000 Pfund in England

100.000 Pfund in Spanien

100.000 Pfund in Portugal

100.000 Pfund in Griechenland

100.000 Pfund in Belgien

100.000 Pfund in den Niederlanden

100.000 Pfund in Dänemark

100.000 Pfund in Schweden

100.000 Pfund in Norwegen

100.000 Pfund in Finnland

100.000 Pfund in Island

100.000 Pfund in Lichtenstein

100.000 Pfund in Monaco

100.000 Pfund in San Marino

100.000 Pfund in Vatikan

100.000 Pfund in Andorra

100.000 Pfund in Liechtenstein

100.000 Pfund in Luxemburg

100.000 Pfund in Malta

100.000 Pfund in Zypern

100.000 Pfund in Griechenland

100.000 Pfund in Bulgarien

100.000 Pfund in Rumänien

100.000 Pfund in Serbien

100.000 Pfund in Albanien

100.000 Pfund in Bosnien

100.000 Pfund in Kroatien

100.000 Pfund in Slowenien

100.000 Pfund in Ungarn

100.000 Pfund in Tschechien

100.000 Pfund in Österreich

100.000 Pfund in Deutschland

100.000 Pfund in Frankreich

100.000 Pfund in Italien

100.000 Pfund in Spanien

100.000 Pfund in Portugal

100.000 Pfund in Griechenland

100.000 Pfund in Belgien

100.000 Pfund in den Niederlanden

100.000 Pfund in Dänemark

100.000 Pfund in Schweden

100.000 Pfund in Norwegen

100.000 Pfund in Finnland

100.000 Pfund in Island

100.000 Pfund in Lichtenstein

100.000 Pfund in Monaco

100.000 Pfund in San Marino

100.000 Pfund in Vatikan

100.000 Pfund in Andorra

100.000 Pfund in Liechtenstein

100.000 Pfund in Luxemburg

100.000 Pfund in Malta

100.000 Pfund in Zypern

### 555 Versicherungskaufleute gesucht, die jetzt etwas für ihren beruflichen Erfolg tun wollen!

Mehr verkaufen im Inneendienst!

So führt man jüngere Mitarbeiter!

Vertreter wirksamer informieren!

Nach dem Schaden ist man klüger!

Tariffdifferenzierung in der Kfz-Versicherung!

Fuktuation vermeiden!

Heute lädt Sie der Gabler Verlag zum Gratis-Lese-Test ein.

Überzeugen Sie sich kostenlos 2 Monate lang, daß Sie mit dem „Versicherungskaufmann“ Ihr berufliches Fachwissen auf dem aktuellen Stand halten und auch Ihre berufliche Entwicklung selbst aktiv in die Hand nehmen.

Schicken Sie uns Ihren Test-Coupon - es lohnt sich für Sie!

### TEST-COUPON

Ja, Ihre Einladung zum Gratis-Lese-Test nehme ich gerne an.

Senden Sie mir bitte kostenlos die nächsten drei Ausgaben des „Versicherungskaufmann“ zum Kennzeichen:

Wenn ich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt der zweiten Ausgabe (Datum der Absendung) mitteile, daß ich keine weitere Bestellung wünsche, ist für mich alles erledigt, ich schulde Ihnen keinen Pfennig.

Wenn Sie nichts von mir hören, erhalte ich den „Versicherungskaufmann“ zum Jahresabonnement auf DM 72,- für 12 Ausgaben frei Haus.

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Versicherung innerhalb einer Woche widerrufen kann!

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH Postfach 1546, 6200 Wiesbaden 1

### GABLER



## NACHRICHTEN

**Samaranch nach Moskau**  
Moskau (dpa) - Das sowjetische Nationale Olympische Komitee (NOK) hat bestätigt, daß Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) am Mittwoch nach Moskau kommt. Der IOC-Präsident will in Moskau über die Nichtteilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen in Los Angeles sprechen.

## Essen legt Protest ein

**Gelsenkirchen (dpa)** - Rot-Weiß Essen, Absteiger der Zweiten Fußball-Liga, legte Protest gegen die Wertung des 0:5 bei Schalke 04 ein. Ab der 55. Minute unglücklicherweise der Schalke Fans das Spielfeld und verletzten auch den Torwart Hallmann, worauf die Essener mit zehn Mann zu Ende spielen mußten.

## Radprofi gedopt

**Cava de Tirreni (sid)** - Dem portugiesischen Radprofi Acacio da Silva (23) ist der Gebrauch einer verbotenen Doping-Substanz nachgewiesen worden. Das Ergebnis der ersten Kontrolle nach den Internationalen Schweizer Meisterschaften am 6. Mai in Zürich wurde durch die von da Silva geforderte zweite Untersuchung bestätigt.

## Meyfarth über 1,94 m

**Madrid (dpa)** - Die LG Bayer 04 Leverkusen gewann in Madrid zum vierten Mal in Folge den Europacup der Leichtathletinnen für Vereinsmannschaften. Leverkusen siegte mit 168 Punkten vor Turin (153) und London (135). Für die beste Leistung sorgte Ulrike Meyfarth, die mit 1,94 m im Hochsprung eine neue deutsche Jahresbestleistung aufstellte.

## ZAHLEN

**TENNIS**  
17. World-Team-Cup in Düsseldorf. Finale: USA - CSSR 2:1. Einzel: McEnroe - Lendl 6:3, 6:2. Arias - Smid 6:4, 6:7. 4:6. Doppel: McEnroe/Fleming - Lendl/Smid 6:1, 6:2.

**REITEN**  
55. Deutsches Spring-Derby in Hamburg: 1. Simon (Österreich) auf Gladstone 0 Fehler/51,78 Sekunden, 2. Broome (England) Queensways Royal 0/53,08, 3. Smith (England) Shingling Example 0/54,99, 4. Peters (Deutschland) Wega 4/50,85.

**GEWINNQUOTEN**  
5 aus 45: 10, 14, 15, 21, 28, 43. Zusatzspiel: 41. - Elferwette: 2, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 0, 2. - Rennquintett: Rennen A: 11, 14, 4. - Rennen B: 35, 30, 28. (Ohne Gewähr).

## STANDPUNKT / Eine Strecke mit Charakter

Saukalt war's, und sonst gar nichts", sagte Toni Mang, der frühere Motorrad-Weltmeister. Die Frage war, was es denn nun war bei seiner Fahrt über den neuen Nürburgring. Der 25-jährige Franzose Thierry Rapicault stellte das Motorrad für immer an den Boxen ab. "Ich habe Angst, ich fahre nicht weiter."

Einschätzungen prominenter Motorrad-Rennfahrer nach der Fahrt über den neuen, 4,5 Kilometer langen Kurs in der Eifel? "Gegen raubes Wetter ist man hier oben eben machtlos", sagt Martin Wimmer, der deutsche Weltklasse-Fahrer und Sprecher der Grand-Prix-Spezialisten. Und Rapicault hätte wohl auch andernorts das Motorrad in die Ecke gestellt. Die Angst vor dem schnellen Fahren plagt ihn nämlich schon länger.

Wie haben nun wirklich die besten Motorrad-Rennfahrer der Welt den neuen Ring angenommen? Wie sieht es nach dem Großen Preis von Deutschland mit der Sicherheit aus? Im Rennen der Halbliter-Klasse stürzte der Allgäuer Reinhold Roth bei einer superschnellen Aufholjagd. Roth danach zur WELT: "Die Geschwindigkeit war optimal, aber ich beschleunigte radikal. Da stellte sich das Motorrad quer, und ich flog im hohen Bogen mit einer Luftrolle über

den Lenker, während die Maschine ein Stück allein weiterfuhr." Passiert ist dem Mann nichts, weil es auf dem neuen Ring überaus breite Auslaufzonen gibt. Was wäre aber gewesen, wenn Roth auf die von den Formel-1-Fahrern gewünschten angeschrägten Randsteine geraten wäre? "Da hebt man nämlich ab wie ein Flugzeug, denn diese Dinger katapultieren dich wie eine Rampe in die Luft," sagt Manfred Herweh, und er ist sich damit mit fast allen Motorrad-Rennfahrern einig, die am Wochenende in der Eifel ihrer Arbeit nachgingen.

Ansonsten? Hubert Arbold aus Dillingen, Europameister und Zündapp-Werksfahrer in der 80-cm-Klasse sagt: "Es ging hervorragend, man kann wunderbar aus den Kurven heraus beschleunigen." Herweh aber meint: "Es fehlen optische Hinweise, um sich Anbremspunkte zu merken." Vorschlag: Um eingedackte Todesstrecken von Wörms keine Schilde am Straßenrand aufzustellen, die zur Gefahrenquelle würden, könnte man es mit über der Strecke aufgehängten Transparenten versuchen.

Reinhold Roth: "Nach dem ersten Training war ich noch etwas skeptisch. Doch nach dem Rennen muß ich sagen: Ich fand meine Anbremspunkte, und ich fand auch problem-

los meine Ideallinie." Der amerikanische Halbliter-Weltmeister Freddie Spencer: "Die Strecke muß doch gut sein, sonst wäre ich doch nicht so schnell gewesen." Martin Wimmer: "Obwohl die Piste mit Hilfe des Computers entworfen wurde, ist es eine Strecke mit Charakter. Der neue Ring ist ein Kurs, der durchaus fordert, der mir aber in seiner Art liegt. Ich halte ihn, aus der Sicht des Motorrad-Rennfahrers, schon jetzt für die schönste Rennstrecke der Welt."

Auch ohne diese Euphorie: Die besten Motorrad-Rennfahrer der Welt haben nach anfänglicher Skepsis den neuen Ring begeistert akzeptiert. Bodenwellen, wie sie Herweh verspürte, bereiten in der schweren Halbliter-Klasse keine Schwierigkeiten. Und daß mit etwa nur 85 Prozent der Höchstgeschwindigkeit gefahren werden kann, liegt ebenso in der Charakteristik der Berg- und Talfahrt wie an den vielen Kurven.

Nachbemerkung: Eine japanische Motorrad-Journalistin schrieb für ihre 800 000 Leser dabei einen begeisterten Fachbericht über den neuen Ring. Warum, so fragte sie am Schluß, sollte es zum nächsten großen Motorrad-Rennen in der Eifel nicht schon einen Charterflug von Tokio nach Köln geben? KLAUS BLUME

## GALOPP / In Iffezheim - 10,1 Millionen Mark an den Wettkassen

## Ordos auf dem Weg nach ganz oben

HARALD SIEMEN, Iffezheim

Seine Durchlaucht, Carl-Friedrich Fürst zu Oettingen-Wallerstein, Präsident des Internationalen Clubs, der die Pferderennen in Baden-Baden veranstaltet, hob nach dem letzten Rennen des Frühjahrs-Meetings am Sonntag ein Glas Sekt und trank auf eine erfolgreiche Veranstaltung. 10,1 Millionen Mark wurden an den fünf Renntagen an den Wettkassen umgesetzt, das sind 9,6 Prozent mehr als im Vorjahr, als die Wetterverhältnisse allerdings wesentlich schlechter waren. "Von einer Trendwende möchte ich deshalb nicht sprechen", formulierte der Adelsmann, "aber die negative Entwicklung scheint doch gestoppt." Dennoch: Auf Deutschlands Nobelpferrenbahn Iffezheim gingen die Uhren wieder einmal anders, denn bei allen anderen Galoppveranstaltungen werden

derzeit wesentlich schlechtere Ergebnisse als 1983 erzielt.

So erfreulich der geschäftliche Teil des Badener Rennfestes ausklingt, so erfreulich war das Ergebnis auch auf sportlichem Sektor. Im Großen Preis der Badischen Wirtschaft (110 500 Mark, 2200 Meter) gab es wieder einen spannenden Endkampf zwischen den derzeit wohl besten deutschen Rennpferden Abary und Ordos. Gestitt Fährhof Abary gewann unter Georg Bockai wie schon vor drei Wochen beim Kölner Gerling-Preis mit einer halben Länge Vorsprung vor Gestüt Zoppenbroichs Derby-Sieger Ordos (Peter Schade). Dritte wurde die französische Stute Aborigine, der englische Hengst Lyphard's Special konnte keine Rolle spielen. Abary, der von Heinz Jentsch trainiert wird, steigerte durch diesen Weg seine Gewinn-

summe auf 523 150 Mark und scheint auf dem Weg nach ganz oben.

Zur gleichen Zeit als Abary und Ordos in Iffezheim ausländische Konkurrenz abbängten, erlitten die mit viel Vertrauen gesattelten Starpferde Orofino und Nandino im Prix Dollar in Paris-Longchamp ihr Waterloo. Nandino kam im Feld der 13 Pferde nur auf Platz 8, Orofino, der Held vergangener Jahre, gar nur auf Rang 10. Orofinos Reiter Peter Alafi wurde zudem wegen Behinderung eines Gegners mit vier Tagen Reitverbot belegt. Es hat fast den Anschein, als ob Orofinos Lorbeer nunmehr, nachdem der Hengst sechs Jahre alt geworden ist, doch allmählich zu welken beginnt. Verkaufspläne dürften nach der schwachen Vorstellung erst einmal in der Schublade verschwinden.

## TENNIS

## McEnroe: Für Lendl keinen Blick

sid, Düsseldorf  
Das Düsseldorf-Millionenspiel mit dem Tennistennis wurde für das USA-Team zu einer Spielerei mit dem Gewinn von 200 000 Dollar. Nachdem die Amerikaner mit ihrem Star John McEnroe in der Vorrunde Deutschland, Spanien und Argentinien jeweils ohne Satzverlust mit 3:0 besiegt, gewannen McEnroe, Jimmy Arias und Peter Fleming als McEnroes Doppelpartner auch das Finale um den 77. World-Team-Cup in Düsseldorf gegen die CSSR.

Zunächst besiegte der Amerikaner Nummer eins der Welttrangliste, mit Ivan Lendl den Zweitbesten der Welt. Überraschend aber konnten die Tschechoslowaken durch Tomas Smid, der Arias keine Chance ließ, ausgleichen. Im Doppel aber hatten die Amerikaner wenig Mühe, den zweiten Punkt zum Gesamtsieg zu machen.

John McEnroe verließ Düsseldorf in Richtung Paris, wo sein gestern die Internationalen Französischen Meisterschaften ausgetragen werden, mit einem Gewinn aus Antrittsgeld (270 000 Mark) und Anteil der Siegpriämie von einer halben Million Mark.

Nach ihrem Spiel gaben sich Lendl und McEnroe zwar die Hand, der Amerikaner aber blickte an seinen Gegner vorbei, denn den Tschechoslowaken mag er nicht besonders. Im Anschluß an seinen Auftritt, den er wegen Nieselerens einmal selbstgefallig unterbrechen wollte, dann aber mit sanftem Druck auf den Platz zurückgeholt wurde, sagte John McEnroe: "Ich sehe durchaus eine Chance, daß ich im nächsten Jahr nach Düsseldorf zurückkomme, denn ich würde hier gut behandelt." Zum Spiel selbst sagte er: "Lendl hat nicht so gut gespielt wie erwartet, aber ich war ja auch gut."

Nach zwei Stürzen im Spiel gegen Lendl meinte der Amerikaner: "Ich bin wohl noch nie so oft hingefallen." Am Ende hatte er trotzdem das größere Stehvermögen und führt nun im Duell mit Lendl 12:3, wobei er die letzten fünf Spiele für sich entscheiden konnte. Seine Siegesserie in offiziellen Turnieren baute er in Düsseldorf auf nunmehr 26 Erfolge in Serie aus.

## NATIONALELF

## Derwall holt Strack und Dremmler

sid/dpa, Bonn  
Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall hat sich entschieden - er hat sein Angebot für die Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich (12. 27. Juni) benannt. Dabei vergab der Bundestrainer die beiden letzten freien Plätze in seinem 20 Spieler umfassenden Kader an zwei wochenlang verletzten Spielern.

Bundestrainer Derwall nominierte den Kölner Gerd Strack, dessen Kopfball-Treffer zum 2:1 über Albanien erst die EM-Teilnahme ermöglichte hatte, und den Münchner Wolfgang Dremmler. Beide hatten nach schweren Verletzungen lange pausieren müssen.

Auf Abruf stehen bereit: Immanuel (Borussia Dortmund), Falkenmeyer (Eintracht Frankfurt), Herget (Bayer 05 Uerdingen), Schäfer (VfB Stuttgart), Mill (Borussia Mönchengladbach) und Milewski (Hamburger SV). Diese sechs Spieler müssen ihre Urlaubsadresse hinterlassen und werden nachträglich berufen, sollte sich beim Vorbereitungstraining oder bei der EM selbst ein Spieler verletzen.

Und so sieht das endgültige Aufgebot des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) aus: Tor: Schumacher (Köln), Burdinski (Bremen), Roleder (Stuttgart). - Abwehr: Briegel (Kaiserslautern), Bruns (Mönchengladbach), Dremmler (München), B. Förster, K. H. Förster (beide Stuttgart), Stielke (Real Madrid), Strack (Köln). - Mittelfeld: Brehme (Kaiserslautern), Buchwald (Stuttgart), Matthäus (Mönchengladbach), Meier (Bremen), Roloff (Hamburg). - Angriff: Allofs (Köln), Bommer (Düsseldorf), Litzbarski (Köln), Rummenigge (München), Völler (Bremen).

Allgemein wurde damit gerechnet, daß Derwall auf jeden Fall den Frankfurter Ralf Falkenmeyer, der durch zuletzt starke Spiele auf sich aufmerksam gemacht hatte, ins Frankreich-Aufgebot rufen würde. Da der junge Mann (22 Jahre) aber mit seinem Verein noch die beiden Entscheidungsspiele um den Verbleib in der Bundesliga gegen den MSV Duisburg bestreiten muß, entschied sich Derwall gegen das Talent. Der Kräfteverschleiß so kurz vor der Endrunde sei bestimmt zu groß, vermutete der Bundestrainer.

## REITEN

## Nun träumt Simon von der Medaille

dpa, Hamburg  
Als Hugo Simon in strömendem Regen seine Ehrenrunde beendet hatte, durchkürst bis auf die Haut, war er wieder der glücklichste Reitersmann der Welt. Zum zweiten Mal hintereinander hatte er mit dem 15-jährigen Hannoveraner Wallach Gladstone, einst Eigentümer des tödlich verunglückten Weltmeisters Hartwig Steenken, im schwersten Parcours der Welt triumphiert und 16 000 Mark gewonnen.

Dennoch: Der kleine Mann mit dem großen Kämpferherzen gilt im Turniersport als der "ewige Zweite". Simon, der seit Anfang der siebziger Jahre nach Streit mit deutschen Funktionären für Österreich startet, war noch nie Olympiasieger, Weltmeister oder Europameister. Das ist sein großer Kummer.

Über zwölf Jahre ist es her, beim 20. Dortmunder Hallen-Turnier war es, da mußte sich Hugo Simon von einem bekannten deutschen Funktionär sagen lassen, er habe mit Fair Lady zwar ein gutes Pferd, aber dazu brauche man auch einen "erfahrenen Mann". Da platzte ihm endgültig der Kragen. Er entdeckte eine Großmutter in Österreich und startet seitdem für dieses Land. Er lebt aber weiterhin in der deutschen Pfalz.

Jetzt aber träumt er um so mehr davon, wenigstens einmal eine olympische Medaille zu gewinnen. Los Angeles ist sein Ziel. In Los Angeles wird er am 3. August 42 Jahre alt. Vier Tage später findet der Preis der Nationen statt. Am 12. August folgt das Einzelspringen. Mit dem achtjährigen Wallach The Freak und mit Gladstone hat er zwei überdurchschnittlich starke Pferde: Gladstone will er im Preis der Nationen einsetzen, falls Österreich startet, den achtjährigen Wallach The Freak im Einzelspringen.

Ursprünglich sollten die Olympischen Spiele in Amerika das Ende seiner Laufbahn sein - "Wenn ich eine Medaille gewinne, höre ich auf" - doch inzwischen hat er es sich wieder anders überlegt: "Warum sollte ich Schluß machen? Ich habe wieder gute Pferde, und mir macht die Reiterei nach wie vor viel Spaß". Vor allen Dingen aber das Siegen und das Kassieren.

## Klassenbester auch 1984 - Daihatsu Charade



In der Kenya-Safari-Rallye 1984 sahen die Mitweltbewerber im Titelkampf um den Klassensieg bis 1300 ccm den nur 986 ccm-3-Zylinder Daihatsu Charade - wie bei der Kenya-Safari-Rallye 1982 - wieder nur von hinten.

Der Daihatsu Charade Turbo wurde zweiter in der Klasse bis 1600 ccm. Obwohl der Daihatsu Charade Turbo den gleichen Hubraum hat wie der Saugmotor, wird er aufgrund der Turboladung in der höheren Klasse gewertet.

Am 19. April 1984 gingen 76 Rallye-Fahrzeuge aller Klassen in Nairobi an den Start. 5.258 km über brutal harte Schotterpisten, die über Steine, Geröll und Löcher, durch Schlamm und Wasserdurchfahrten führten. 5 Tage mörderische Hitze, Staub und Konzentration der Fahrer.

Zuverlässigkeit und überlegene Spitzengeschwindigkeit waren notwendig, um unter diesen Bedingungen diesen großartigen Erfolg zu erkämpfen.

Der Daihatsu Charade Turbo meisterte diese Herausforderung. Fahren Sie den rallye-bewährten Sieger Daihatsu Charade.



Daihatsu Charade - Mr. Ashok Pattni (Fahrer) und Mr. Zehid Mogul (Beifahrer) steuern dem Sieg entgegen.

**DAIHATSU**  
Autos von morgen - schon heute.

(Händler) DAIHATSU MOTOR CO., LTD. PHONE: IKEDA (0271) 51-8811  
TELEX: 0-5322-251 JAPAN 0-5322-224 JAPAN CABLE: TLX 5322224 DAIHATSU IKEDAOSAIA  
Ausführliche Informationen erhalten Sie von (für PKW)  
WALTER HAGEN AUTO-IMPORT UND-HANDEL GmbH,  
Pestalozzi 25, 4150 Krefeld, Tel. 02151/895 3-60, Telex 853 463 HUG



## Synthese zwischen Alt und Neu: Japans Architektur

## Das Universum im Auge

Die Geburtsstunde der modernen japanischen Architektur, die ihre Entstehung im wesentlichen westlichen Einflüssen verdankt, fand unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Aber es sollte noch gut fünfzehn Jahre dauern, bis sich in den sechziger Jahren eine eigenständige Entwicklung bemerkbar machte. „Metabolisten“ nannte man jene Architekten, die für die rasante Entfaltung des Bauens verantwortlich zeichneten. Zu den bekanntesten „Superstars“ der Metabolisten gehörten Kenzo Tange und Kisho Kurokawa. Sie entwarfen großartige Projekte, um das japanische Stadtbild zu erneuern. Aber nur die wenigsten wurden schließlich realisiert.

Der Corbusier-Schüler Tange z. B. wollte eine Stadt rund um die Bucht von Tokio errichten, um die permanenten Verkehrsprobleme der Hauptstadt endgültig zu beenden. Der Plan stieß auf heftige Kritik: Seine Verwirklichung, so hieß es, würde katastrophale Folgen nach sich ziehen. Tange zog sich aus der Affäre, indem

ten sich die Architekten wegen der permanenten Erdbebengefahr an die herkömmlichen Ein- oder Zweilag-Konstruktionen gehalten: zum größten Teil Holzhäuser, die nicht für die Ewigkeit gebaut waren.

Die ersten befestigten Eisen-, Beton- und Glaskästen wurden aus Erhebungen der Nutzlichkeit gebaut. Auf das Erscheinungsbild der Umgebung nahmen sie keinerlei Rücksicht. Obwohl es den Architekten durchaus gelungen ist, den traditionellen japanischen Baustil mit moderner Architektur zu kombinieren, bezeichnen Kritiker manche Städte auf dem japanischen Archipel als „visuelles Chaos“ und „architektonisches Alptraum“. So stehen in Tokio z. B. kleine Häuser im Schatten von vielschichtigen Betonklötzen. Das verschmilzt zwar nicht, wie in Europa häufig zu beobachten, zu einer harmonischen Einheit, der Anblick entbehrt dennoch nicht eines gewissen Reizes.

Eine der größten Ansammlungen von Wolkenkratzern kann man im Shinjuku-Bezirk von Tokio bewundern, wo seit 1971 elf Gebäude entstanden, die alle höher als 200 Meter sind. Und noch immer befinden sich zahlreiche Skyscrapers im Bau. Mittlerweile rühmt sich das Land etwa 250 Gebäude mit mehr als 100 Metern Höhe.

Seit den letzten fünf Jahren bewegt sich Japan nach Ansicht von Fachleuten auf die „postmoderne“ Architektur zu. Zu deren bekanntesten Vertretern gehört Arata Isozaki, der einige der kostspieligsten Bauwerke in der Universitätsstadt Tsukuba entworfen hat. Tsukuba liegt rund 60 Kilometer nördlich von Tokio; hier wird auch die Weltausstellung „Expo '85“ stattfinden. Isozaki 50-Millionen-Dollar-Projekt umfasst ein Hotel, einen Konzertsaal, ein Verwaltungsgebäude, Läden, eine Plaza und ein Freilufttheater. Besonders gelobt wurde seine Arbeit, weil sie, was selten ist innerhalb der modernen japanischen Architektur, verschiedene Stilrichtungen kombiniert und zu einem reizvollen Ganzen zusammenfügt.

In diesem Zusammenhang muß auch das städtische Kisho-Kurokawa-Museum in Hokkaido erwähnt werden, das der Silhouette eines Kranichs nachempfunden ist, sowie der Museumsbau des Architekten Murano Togo, der einem jener Höhlentempel gleicht, die entlang der mittelalterlichen japanischen Seidenstraße stehen.

EDWIN KARMOL

## Kulturwelt - ARD, 23.00 Uhr

er behauptete, sein Entwurf sei lediglich eine „rhetorische Übung“ gewesen; seine Durchführung habe er niemals beabsichtigt.

Trotz vieler gescheiterter Projekte hatte die „Metabolisten“-Bewegung einen beträchtlichen Einfluß. Außergewöhnlich für seine Zeit waren Tanges Sportstadion, die er für die Olympischen Spiele 1964 entworfen hatte. Die geschwungenen Dachkonstruktionen stellen eine gelungene Synthese zwischen Moderne und japanischer Tradition dar.

Großes Aufsehen erregte Kisho Kurokawa vor zwölf Jahren mit seinem „Nakagin-Kapsel“-Gebäude. Dabei handelt es sich um eine 53 Meter hohe Konstruktion, die aus 140 vorgefertigten Stahlkapseln zusammengesetzt wurde - wie ein Haus aus Legosteinen. Sein neuester Bau erinnert mit seinem riesigen augenförmigen Fenster an die Kyplophen der griechischen Mythologie. Das Fenster zeigt eine schematische Darstellung des Universums, für die ein alter Druck die Vorlage gab.

1968 vollzog sich im Stadtbild Tokios ein epochaler Wandel: Japans erstes Hochhaus, das 36stöckige Kasumigaseki-Gebäude, wurde eingeweiht. Bis zu jenem Zeitpunkt hat-

## KRITIK

## Viele zappelnde Leute

Hat man einmal einen guten Kommissarstyp gefunden, so sollte man zunächst einmal dabei bleiben und nicht gleich wieder Experimente machen. In ihrem letzten Krimi war Karin Anselm in ihrer Rolle als Kommissarin Wiegand der erste überzeugende weibliche Kommissar des deutschen Films. Unter ihrer glatte gestrichenen Frisur wirkte sie cool überlegen, ließ die Sachen an sich herankommen und strömte doch Weiblichkeit und menschliche Wärme aus.

Im Tatort „Täter und Opfer“ aus Baden-Baden kam man auf die unglaubliche Idee, Frau Anselm in Mitleidenschaft zu ziehen, womit ihr besonderer Charme weg war. Außerdem wurde sie vom Drehbuchverfasser Peter Wenner und von der Regisseurin Ilse Hofmann ihrer Überlegenheit beraubt und mußte wie ein aufgeregtes Hühnchen agieren. Die Art, wie diese Kommissarin mit ihrem Assistenten herumzukiefern hatte, ist

Wasser auf die Mühle jener Männer, die sagen, eine Frau könne eben keine Vorgesetzte sein.

Überhaupt herrschte durch den ganzen Film eine hektische, die bald ermüdete. Wirkliche Spannung kann nur in einem Film entstehen - sei es ein uriger Kommissar, sei es eine ruhige Situation - kontrapunktisch voneinander abhängt. Das mysteriöse Mädchen mit seinem verschrobene Innenleben, um das sich die Verge- waltigungs- und Eifersuchtsstory drehte, wirkte unter so viel zappelnden Leuten schon fast normal, fiel gar nicht mehr auf.

Man staunt immer wieder, wie oft junge Filmleute, bei all ihrer sonstigen Begabung, die elementarsten Gesetze der Publikumswirksamkeit mißachten. Schade, daß dabei auch ein so guter Schauspieler wie Rolf Becker zusammen mit Frau Anselm mitverheizt wurde.

ANTON MADLER

## STUDIO

Am 1. Oktober 1984 präsentiert sich das ZDF an den Freitag- und Samstagvormittagen sowie am Sonntagvormittag und -nachmittag mit einer veränderten Programmstruktur, die dem veränderten Freizeitverhalten der Zuschauer am Wochenende Rechnung tragen soll. Damit will das ZDF die Wettbewerbsfähigkeit mit der ARD und ihrem seit Januar 1984 veränderten Wochenend-Programmschema wiederherstellen.

So werden demnächst am Freitag zwischen 15.00 Uhr und 16.30 Uhr Spielfilme mit thematischem Schwerpunkt (z. B. „Die fünfziger Jahre“) zu sehen sein. Musiksendungen sind ebenso eingeplant wie neue Formen einer aktiven Zusammenarbeit zwischen Redaktionen und Zuschauern. Die Zeit zwischen 15.00 Uhr und 15.45 Uhr am Samstag ist Musiksendungen vorbehalten. Der Sonntagvor- und -nachmittag ist in drei Blöcke gegliedert. Von 10.30 Uhr bis 13.45 Uhr werden hauptsächlich Programme für Erwachsene gesendet; in der Zeit von 13.45 Uhr bis 16.05

Uhr sind Vorschul-, Kinder- und Jugendsendungen vorgesehen. Danach stehen Fernsehspiel-Reihen und Literaturverfilmungen auf dem Programm.

Gleichzeitig mit der Neustrukturierung bekommen einige ZDF-Sendungen einen anderen Sendeplatz. So wird das Magazin „Freizeit“ auf den Freitagvormittag zwischen 16.30 Uhr und 17.00 Uhr verlegt; die „Chronik der Woche“ wird künftig samstags zwischen 14.00 Uhr und 14.30 Uhr zu sehen sein. Die Sendung „Mosaik“ wird ab Oktober sonntags ab 11.15 Uhr bzw. 11.30 Uhr ausgestrahlt.

Für kulturelle und politische Dokumentationen werden neue Plätze geschaffen: Am Samstag von 11.30 Uhr bis 12.00 Uhr für die Wiederholung des mit dem SWF koproduzierten Bildungsprogramms, von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr „Nachbarn in Europa“. Zwischen 14.30 Uhr und 15.00 Uhr kommen dreizehnmal das Magazin „Umwelt“, politische Reportagen und 26mal Kulturdokumentationen aus dem Bereich der „Alltagskultur“ auf den Bildschirm. Sonntags ist in der Zeit von 16.10 Uhr bis 16.25 Uhr ein neuer kultureller Programmakt mit dem Namen „Kultur-Studio“ vorgesehen.

DW



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Saatenstraße  
13.00 Tagesschau und Tagesthemen  
10.25 Vor dem Sturm (5)  
11.25 Mitternacht

14.00 Tagesschau  
14.10 Frauenrevue

Die Zukunft begann vor 100 Jahren. Folge: Achtung, sie kommt! Lehrerinnen erobern die Schule im Mittelalter hatten sie die Nonnen, Stiftsdamen oder Hauslehrerinnen großen Anteil an der Erziehung der Kinder, erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurden sie in den öffentlichen Schulen übernommen und drangen damit in eine Domäne des Mannes ein.

14.55 Spät am Dienstag  
Anderen eine Falle zu stellen, macht fast jedem Spaß. Frank versucht es mit Stefani und fällt selbst hinein.

17.50 Tagesschau  
Dazu: Regionalprogramme

20.00 Tagesschau  
20.15 Kommissar

Europas Nationalsozialisten formieren sich / Frauenhäuser vor dem Ruin? / Über die Situation an der Streikfront

Moderation: Klaus Bednarz

Anschl. Portalen zur Europawahl

21.50 Dokus

Scheidung

J.R. fröhlich. Mit der Hilfe von Katharine Wentworth hat er es tatsächlich geschafft, die Verlobung von Bobby und Pam zu verhindern.

22.55 Tagesschau

23.00 Heute als neue Architektur

Vom Bauhaus zum modernen Modernismus

Film von Werner Krüger

Mit der japanischen Gegenwart

architektur beschäftigt sich der dritte und letzte Beitrag der Sendereihe.

00.05 Tagesschau



## ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.10 Alle Räder stehen still ...  
Leben mit dem Streik

12.55 Pressesachen  
13.00 Tagesschau

14.00 heute

14.04 Mosaik

Für die ältere Generation

Anschl. heute-Schlagzeilen

14.35 Revue

Letzter Teil: Die neue Welt

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Nachrichten

Zu Gast: Wolfgang Mettenberger

17.50 Mein Name ist Hassel

Trickreiches mit Bugs Bunny

Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Die Lebkuchen

Das Komplott

19.00 heute

Anschl. Portalen zur Europawahl

19.30 Karibische Nacht

Fernsehspiel von Uwe Timm

nach seinem gleichnamigen Roman

Mit Peter Sittmann, Barbara Rudnik u. a.

Regie: Erwin Kusch

Christian Karbel, einstiger Student

und jetzt Taxischafter, lebt mit seiner

Frau Karin und zwei weiteren Mitbewohnern in einer

Wohngemeinschaft. Als im Karin

eines Tages wegen eines anderen

verlobt, gerät Christian in eine

schwere Identitätskrise.

Moderation: Friedhelm Ost

21.15 WISO

DDR-Umsiedler - Neubeginn

bei Null / Krise am Persischen Golf

- Werden Benz und Heizöl noch

teuer? / Tip: Nebenverdienst für

Arbeitslose / Streik und Aussper-

rung bei uns - Wie berichten die

„DDR“-Medien darüber?

Moderation: Friedhelm Ost

21.45 heute-journal

22.05 Die Familie oder Schroffenstein

Ein Film von Hans Neufeld nach

dem Trauerspiel „Familie Schroffenstein“ von Heinrich von Kleist

(1777 - 1811)

00.15 heute

## III.

## WEST

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Auslandsreporter

Klaus-J. Henning aus Andorra

20.45 Rückblicke

Vor 175 Jahren gestorben: Joseph

Haydn - Die hofische Musik

21.00 Kommt Elm

21.45 ... und dann geht's doch alle

kaputt

Hattingen an der Ruhr

22.15 Monitor im Kreuzfeuer

23.00 Fußball-Länderspiele

23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprechstunde

19.15 45 Fieber

Ein Jugendmagazin

20.00 Tagesschau

20.15 Antenne-Sender

Eine Fragestunde - live mit Tank

Dorst

21.15 Eves Töchter (2)

22.05 Wago

Die Psychologie des Führungsverhaltens

22.50 Der Stummfilm im Juni

23.05 Nachrichten

HESSEN

19.00 Saatenstraße

19.30 Unterwegs mit Odysseus

19.50 Film

19.45 Vorgeschichte Kulturen an der Nord-

see (1974)

20.00 Dwell in den Wolken

Amerikanischer Spielfilm (1957)

Regie: Douglas Sirk

21.30 Drei aktuelle

21.40 Kabarett

21.50 Wiso

22.00 Wiso

22.10 Wiso

22.20 Wiso

22.30 Wiso

22.40 Wiso

22.50 Wiso

23.00 Wiso

23.10 Wiso

23.20 Wiso

23.30 Wiso

23.40 Wiso

23.50 Wiso

24.00 Wiso

24.10 Wiso

24.20 Wiso

24.30 Wiso

24.40 Wiso

24.50 Wiso

25.00 Wiso

25.10 Wiso

25.20 Wiso

25.30 Wiso

25.40 Wiso

25.50 Wiso

26.00 Wiso

26.10 Wiso

26.20 Wiso

26.30 Wiso

26.40 Wiso

26.50 Wiso

27.00 Wiso

27.10 Wiso

27.20 Wiso

27.30 Wiso

27.40 Wiso

27.50 Wiso

28.00 Wiso

28.10 Wiso

28.20 Wiso

28.30 Wiso

28.40 Wiso

28.50 Wiso

29.00 Wiso

29.10 Wiso

29.20 Wiso

29.30 Wiso

## DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## kündigt an

Am Freitag, dem 1. Juni 1984



EXKLUSIV

Adalbert Bärfwolf:

## „Als erster deutscher Pilot sah ich die alliierte Invasionsflotte“

Der langjährige WELT-Korrespondent für Technologie erinnert sich an den 6. Juni 1944.

Als 22-jähriger Luftwaffen-Leutnant flog er an diesem Tage kurz nach Sonnenaufgang in seinem Jagdaufklärer Me 109 G-8 über die Flotte vor der Orne-Mündung. Er sah aus dem Morgendunst die alliierte Armada. Die Luftüberlegenheit des Gegners war erschreckend. Wo war die deutsche Luftwaffe?

Lesen Sie seinen Augenzeugenbericht am 1. Juni in der WELT.

Kaufen Sie sich  
DIE WELT  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

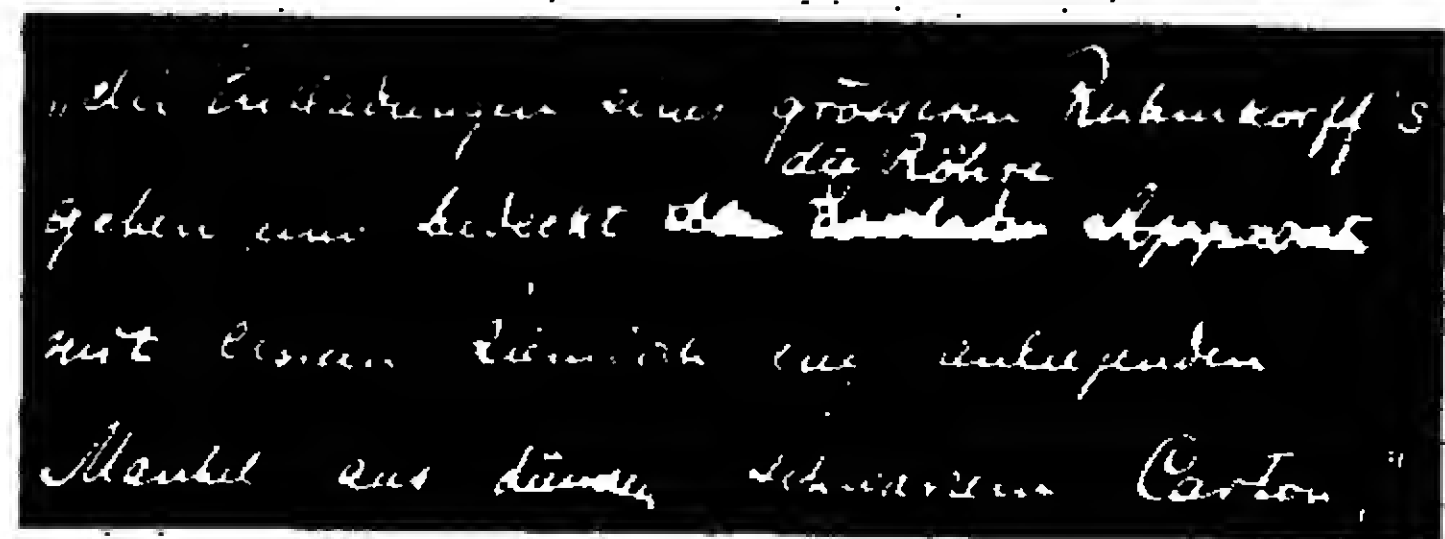
## Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen\*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen - von Röntgen selbst X-Strahlen genannt - welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere“: vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Kollischer. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute - fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen - bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinstitutionen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

\*) 27. 3. 1845 in Lennep;  
† 10. 2. 1923 in München.



Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Eats der von ihm betreuten Stiftungen - unabhängig vom Staat - Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung - vor allem die Früherkennungsforschung - und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geistes-

wissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.  
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft  
Brucker Hof 56-60 - 4300 Essen 1 - Telefon 0201/711051



## Neuartiger Umgangsstil

gas - Vornehmheit ist selten geworden. Folgendes lesen wir in einem Rundschreiben, das der Generalsekretär des deutschen PEN, Hanns Werner Schwarze, an die Mitglieder seiner Organisation verschickt hat: „Das internationale PEN-Treffen 1986 soll in Hamburg stattfinden, wir werden also Gastgeber sein. Mit den staatlichen Stellen in Bonn und Hamburg, die wir für derartige bundesdeutsche Repräsentanz zur Kasse bitten müssen, haben Christa Scharf, der Schatzmeister und ich... Voraussetzungen geklärt. Sie können sicher sein, es gab weder Auflagen noch Wünsche. Offensichtlich schmücken sich, Wende hin oder her, solche staatlichen Stellen noch immer mit uns.“

Herr Schwarze hat also Bonn und Hamburg „zur Kasse gebeten“, und Bonn und Hamburg haben anstandslos bezahlt. Es gab weder Wünsche noch Auflagen. „Gentlemanlike“ oder „generös“ kann man

das nennen, doch Schwarze sieht es ganz anders. Er setzt ohne weiteres voraus, daß die von ihm angezapften Stellen „eigentlich“ gern Auflagen gemacht, dann aber davon Abstand genommen hätten, weil sie sich mit ihm und seinesgleichen „schmücken“ wollten. Beweise hat er nicht. Er überträgt sein eigenes unvorlesbares Denken einfach auf den Verhandlungspartner, und er bringt das beifällischend sogar noch in einem offiziellen Rundschreiben zu Papier. Ziemlich blamabel!

Übrigens: Schmückt denn der deutsche PEN wirklich noch? Einst war er tatsächlich ein Klub unbestreitbarer Gentlemen, aber heute ist er doch nur noch eine Literatenlobby neben anderen. Krethi und Plethi füllen die endlos lange Mitgliederliste, und über dem neuartigen Massenbetrieb kam offenbar auch die Fähigkeit abhanden, im gesellschaftlichen Verkehr (und da gehört natürlich auch der Verkehr mit staatlichen Stellen) die feinen Regeln der Höflichkeit einzuhalten. Schwarzes Rundschreiben ist ein Beweis dafür.

## „Johanna auf dem Scheiterhaufen“ in München

### Weltläufige Hydraulik

Schlaue Pläne gehen nicht immer auf. So war es eine Idee des Münchner Generalintendanten August Everding, anlässlich des Katholikentages ein auf drei Theater verteiltes Tryptichon über die heilige Johanna darzustellen zu lassen, Shaw im Schauspiel, Verdis „Giovanna d'Arco“ am Gärtnerplatz, Arthur Honeggers „Johanna auf dem Scheiterhaufen“ im Nationaltheater. Aber der Verdi ließ sich gar nicht realisieren (dafür gibt es am Gärtnerplatz nun die beiden Dallapiccola-Einakter „Hob“ und „Der Gefangene“ als christlich-humanistischen Denkmal), der Shaw läßt noch auf sich warten, nur der Honegger, in Everdings eigener Inszenierung, blieb als

strenge im Schattenriß oder das Blätter im großen Buch, 30 umfalten den herabhängenden, mit wechselnden Projektionen. Man wird in dieser Aufführung angewöhnt vom Atem eines großen Welttheaters.

Claudel hat in seinem Libretto fast ganz auf die historisch-chronologische Darstellung des berühmten Stoffes verzichtet. Er spreizt die Minuten der Hinrichtung, wie sie sich in Johannas leidendem Verständnis abspielen. Sie wird darin angeleitet von Bruder Dominik, der vom Himmel zu ihr herabsteigt und ihr beisteht. Er klärt sie auf über das wankelmütige Volk, das sie bald als Heilige und bald als Ketzerin sieht. Er wertet den Prozess, in dem Herr Porcus, das Schwein also, den Vorsitz geführt hat, mit Schafen als Beisitzer und Knecht als Schreibern. Ihm fällt ein, das Ringen der Mächtigen um Johanna als Kartenspiel der Könige, Damen und Buben darzustellen.

Leider kommt in München gerade in dieser Szene einer souveränen Ironie als Darstellungsform das Ballett ins Spiel. Das bringt etwas Betuliches Plakatives in die abstrakte Überhöhung, trotz der von Zimmermann hierzu erfundenen Embleme mit dem großen Pinselstrich und den geschwätzten Farben der neu-wilden Malerei.

Everdings heilige Johanna ist Andree Jonasson. Ihre tiefe und tönende, herrlich weiche und resonanzreiche Sprechstimme ist das eigentliche Ereignis des Abends und dazu der Beweis, daß das Sprechen mehr Musik beinhalten kann als Gesang. Denn was das Ensemble der Bayerischen Staatsoper in all den kleinen Gesangspartien des Werks an Stimmen vorführt, ist zwar zureichend in diesem Stück, aber liegt doch mellenweit unter heutiger Opernorm. In einer Gefahr kommt die Jonasson mit ihrer Stimme natürlich nie: wirklich das Mädchen aus Domremy zu sein, ein einfältig-naives Bauernkind. Sie ist auch hier stets Aktrice mit großer Allüre und dem hohen Ton des Theaters, die intellektuelle Brechung des Stoffes durch seine Autoren voll übernehmend. Einhelliger Beifall für einen großen Abend, der ein Museumstück der klassischen Moderne in mustergültiger Form vorstellt.

REINHARD BEUTH

## „Theater ist brutale Arbeit, aber sie ist schön“ - WELT-Gespräch mit dem Regisseur Jürgen Flimm

### Von der Subjektivität des Dinosauriers

Eine Szene aus Jürgen Flimms Inszenierung des Brechtschen Frühwerks „Baal“. Der maßlose Held mit den großen Gesten der Vornehmung alles Unvollkommenen ist selbst verkommen, ein sterbender Penner in einem U-Bahnschacht; statt des als letzten Trost erbetenen Buches schiebt man ihm einen Kassettenspieler hin, aus dem Bob Dylans Song krächzt: „I shall be released“ - irgendwann bin ich befreit.

Die Szene ist in mehr als einer Hinsicht charakteristisch für den Regisseur und (noch) Kölner Schauspielintendanten Jürgen Flimm (42). Charakteristisch für seine Arbeit, bezeichnend für seine Person. Nach außen gibt er sich gern als „Macher“. Immer in Jeans, einem offen getragenen Arbeitshemd, mit saloppem Pullover. Immer ein bißchen auf dem Sprung, immer ein wenig hektisch. Ein Gespräch ist stets eingeklemmt in Termine. Im Vorzimmer stehen schon die nächsten.



„Theater hat dem Vergnügen der Einwohner zu dienen“, Jürgen Flimm, Intendant des Kölner Schauspiel

Das „Allerheiligste“ ist ganz und gar unheilig, eine Art Kampfplatz mit Plänen, Plakaten, Zetteln, Kaffeetasen, gut gefüllten Aschenbechern. Wenn Flimm über Arbeitsabläufe spricht, über Pläne (demnächst im Hamburger Thalia-Theater zum Beispiel) oder Politik („Natürlich bin ich SPD-Mitglied“, klingt das meist hektisch - die Sätze sind kurz, raffend und in der Sprache leger).

Aber wenn man ihm dann grundsätzlicheres abfragt, beruhigt er sich plötzlich, spricht dezidiert, mit Pausen und Wärme. Und hinter Bart und Kassenbrille, die er ein wenig als Kostüm des Berufsstandes trägt, wird jemand sichtbar, der sich mit Melancholien abmüht, mit Zweifeln, mit den Ängsten des möglichen Scheiterns. Arbeit als Selbsttherapie - er bekennt das ganz ohne Hemmung. „Ich bin ein zu Depressions neigender Mensch, wie es ja viele Rheinländer sind, im Gegensatz zu dem Bild, das man fälschlicherweise immer von ihnen zeichnet.“

Der Sohn eines „wirklich gutbürgerlichen“ Arztelternpaares in Köln-Dellbrück, über die evangelische Laienspiel-Schar zum Theater gekommen, hält es protestantisch mit Luther: „Man kann über das Leben, die Realität so verzweifeln sein, wie man will, aber man muß immer noch jeden Tag dieses berühmte Lutherische Bäumchen pflanzen, selbst wenn morgen die Welt unterginge. Sie können sich darauf verlassen, daß ich noch eine Probe ansetze, wenn ich ganz sicher weiß, daß eine Katastrophe unmittelbar bevorsteht.“

Flimms Bäumchen, das seine Selbstrechtfertigung darstellt, heißt Theater. „Ich weiß ganz genau, daß wir Theaterleute auch nicht den großen Gegenentwurf zur unvollkommenen, oft beängstigenden Wirklichkeit haben. Es ist natürlich auch Quatsch, sich irgendein politisches Programm auf die Fahnen zu schreiben und diese Fahnen immer über der Aufführung zu schwenken. Aber ich mache Theater doch nicht ohne den Glauben, daß diese Welt veränderbar sein muß. Davon lasse ich nicht ab, das beschreibt auch einen politischen Standort. Theater ist nicht Bestätigung der Situation, sondern die Aufforderung, eine Situation weiterzudenken.“

Für den Skeptiker Flimm sind politische Rezepte durchaus ein schwacher Boden: „Was gestern fortschrittlich war, ist heute konservativ - und umgekehrt. Das ist sehr kompliziert.“ Seine Inszenierungen sind aber geprägt von der protestantisch gestimmten Idee des „Trotzdem“. Noch einmal Baal. Mit dem Aussteigen ist Flimm nicht zufrieden: „Ich kenne dieses Gefühl sehr gut. Aber wenn ich statt des Buches dem Baal einen Bob-Dylan-Song präsentiere,

dann ist das ein Hinweis auf die potentiellen Baals im Publikum: So könnt ihr euch nicht aus der Affäre ziehen, ein bißchen mehr müßt ihr euch den Problemen schon stellen. Ein Ausstieg ist ja ganz schön, aber dann bleibt nur dieses jämmerliche Verkommen auf irgendeiner Treppe.“

Flimm rechnet sich gern einer Generation zu, einer politischen „Heimat“, die sich mit dem Begriff „68er“ umschreibt. Aber man macht bei ihm die merkwürdige Erfahrung (wie bei Stein, Feymann und Rudolph), daß seine Inszenierungen auch optisch von einem geradezu konservativ anmutenden Kunst-Wollen bestimmt sind. Alles findet in Räumen statt, deren extreme Stilisierung Rituale geradezu erzwingt. Ein Spiel akrobatischer Selbstüberforderung im Zirkuszeit - „Leonce und Lena“. Ein Tausend des Mißvergnügens in leeren, rosarotten Wänden - „Kirschgärten“. Unmöglichkeit für Blütenräume und Naturluchten im synthetischen U-Bahnschacht - „Baal“. Flimm nennt das „Gegenwelten, in die blitzschlagartig die Wirklichkeit einbricht“. Und: „Ich schaffe das nie, nur Gegenwelten zu bauen, weil ich

die belastende Realität stets im Hinterkopf habe.“

Ein Programm, sagt er, sei das gleichwohl für ihn nicht. Denn für Jürgen Flimm steht neben seiner treibenden Moralität auch die Lust am Theater. „Ein Leib- und Magensatz für mich ist die These, daß Theater dem Vergnügen der Einwohner zu dienen hat. Ohne dieses Vergnügen, ohne die Lust am Augenblick, ohne Unterhaltung wären die Schauspieler schnell ohne Partner. Aber das meint natürlich: Unterhaltung auf dem Gebiet des Nachdenkens.“

Wenn Flimm vom „Medium Theater“ spricht, tut er es stets voll liebevoller Begeisterung. „Eigentlich kommen mir Theater ja immer wie Dinosaurier vor. Über 2000 Jahre alt. Und trotzdem strömen die Leute herbei, um immer wieder dieses Theaterfest zu feiern, dieses gemeinsame Erleben. Trotz Rationalisierung in allen Lebensbereichen, trotz Entemotionalisierung, trotz Erziehung zur Einweg-Kommunikation. Dieser Platz öffentlichen Miteinanders und gemeinsamen Erlebens, muß einen utopischen Punkt haben, sonst würden die Leute doch nicht kommen.“

Worin diese Anziehungskraft besteht? Flimm nennt ein paar Aspekte: „Theater ist noch immer ein mittelalterlicher Handwerksbetrieb ähnlich geblieben mit absolut einmaliger Identität zwischen denen, die es machen, und dem Produkt. Es ist auch noch eine der wenigen öffentlichen Einrichtungen, die nicht von den berühmten gesellschaftsrelevanten Gruppen kontrolliert werden. Hier ist Subjektivität noch möglich, natürlich eine Subjektivität, die die Menschen etwas angeht.“

Aber sind die Theater nicht selbst in Gefahr, ein unüberschaubarer, bürokratischer, unregulierbarer Apparat ohne Leben zu werden? Flimm reagiert auf solche Fragen stets zornig: „Da wird doch der Apparat zum Feind aufgefressen. Natürlich ist vieles schwieriger geworden. Aber Theaterleute müßten eigentlich sagen: Das ist unser Betrieb, unsere große Chance für unsere Lust und Phantasie. Wir müssen auf diesen Betrieben Klavier spielen lernen, sie offensiv angehen. Es ist ein schicker Satz, man leide unter solchen Betrieben. Ohne Risikobereitschaft ist man tot. Das sage ich den Kulturpolitikern und denen, die Theater machen.“ Und nach einem Augenblick des Nachdenkens fügt Jürgen Flimm ganz heiter hinzu: „Theater fordert brutale Arbeit. Aber diese Arbeit ist schön.“

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

## JOURNAL

### Denkmalschutz als epochale Aufgabe

dpa, Würzburg

Denkmalschutz und Denkmalpflege hat der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, als Aufgaben von „epochaler Dimension für ganz Europa“ bezeichnet. Zur Eröffnung des Europäischen Kongresses „Handwerk und Denkmalpflege“ in Würzburg sagte Schnitker, Denkmalpflege in ihrer heutigen Gestalt stelle ganz neue Anforderungen. Allein in der Bundesrepublik seien rund 15 Prozent der gesamten Bausubstanz denkmalpflegerisch schutzbedürftig. Dabei handle es sich um rund eine halbe Million Einzelgebäude und mindestens 1,5 Millionen Gebäude in Gesamtanlagen.

### Inkastadt Cuzco vom Verfall bedroht

AFP, Cuzco

Die in den peruanischen Anden gelegene, 500 Jahre alte Inkastadt Cuzco ist von der Zerstörung bedroht und kann nur mit großem finanziellen Aufwand gerettet werden. Wie der Bürgermeister von Cuzco, der derzeit auf einer Europareise ist, um sich für die Rettung der Stadt einzusetzen, erklärte, leidet Cuzco unter der Erosion durch die fünf Flüsse, die es durchqueren, und unter der Verwitterung des Steins. Die Wasserläufe haben sich im Lauf der Jahrhunderte bis zu 25 Meter tief in ihr Bett gegraben. Teile der Straßen sind eingestürzt und die Häuser vom Einsturz bedroht.

### Alain Delon contra Cannes

AFP, Cannes

Einen heftigen Streit mit den Organisatoren des Filmfestivals von Cannes hat der französische Filmstar Alain Delon vom Zaun gebrochen, nachdem sein neuester Film „Notre histoire“ nicht in die diesjährige Auswahl gekommen war. Der Schauspieler warf der Festivalleitung indirekt vor, ihn aus politischen Gründen nicht in die Auswahl genommen zu haben. Delon kritisierte namentlich den sozialistischen Kulturminister Jack Lang und beschuldigte ihn und die Leiter der Festspiele, intellektuellen und cinématographischen Schwachsinn zu begünstigen. Cannes, einst der Filmmarkt Nummer Eins, sinke auf eine zweit- bis drittklassige Veranstaltung zurück, da auch die Amerikaner „die Nase so voll“ hätten, die sie lieber ihr eigenes Festival in Los Angeles veranstalteten.

### Deutscher Literaturfonds vergibt Arbeitsstipendien

DW, Darmstadt

Der Deutsche Literaturfonds e.V., inzwischen als gemeinnützige Institution von der Finanzbehörde anerkannt, hat auf seiner Frühjahrsitzung über 280 Anträge entschieden. Zehn Schriftstellern konnte ein Stipendium für ein Jahr zugesprochen werden, fünf Stipendien wurden verlängert, außerdem wurde die Literaturzeitschrift „manuskripte“ mit einem Zuschuß gefördert. Die Bewilligungssumme betrug insgesamt rund 270 000 Mark. Damit ist die Gesamtzahl der seit 1980 durch ein Stipendium geförderten Autoren auf 153 angestiegen. Die Zahl der unterstützten Projekte auf 28. Anfragen und Anträge für die Herbststipendierung sind bis zum 30. Juni an den Deutschen Literaturfonds, Alexandraweg 23, 6100 Darmstadt, zu richten.

### Waldemar Grzimek

†

Er stand fest in der Berliner Bildhauertadition und deshalb in der Nachkriegszeit auf politisch schwankendem Boden. Als Realist von den Abstrakten im Westen nicht geschätzt, als selbstbewußter Künstler den sozialistischen Realisten bald suspekt, bewegte er sich scheinbar zwischen den Fronten. Waldemar Grzimek, 1918 im ostpreussischen Rastenburg geboren, aber in Berlin aufgewachsen, fand bereits früh Anerkennung. Richard Scheide hat ihn gefördert und Gerhard Marcks auch. Ihm verdankte er 1945 den Ruf an die Kunstschule Burg Gleichenstein in Halle. 1948 bis 1951 lehrte er dann in Berlin (West), nach einiger freien Jahren von 1957 bis 1961 in Berlin (Ost). Schließlich übernahm er, wiederum nach einer mehrjährigen „Kunstpause“ am Bodensee, eine Professur in Darmstadt. Der Mensch in Ruhe und in Bewegung, das war sein Hauptthema. Da läßt sich eine Ideelinie von Schiller und Rauch bis zu Kolbe - die beiden Mentoren Scheide und Marcks selbstverständlich einbezogen - verfolgen. Grzimek hat sich sehr intensiv mit der Herkunft seiner Kunst beschäftigt. Er hat weithin beachtete Bücher über „Die deutsche Stuckplastik 800 - 1300“, über „Deutsche Bildhauer des zwanzigsten Jahrhunderts“ und (zusammen mit Peter Bloch) über „Die Berliner Bildhauerschule des 19. Jahrhunderts“ geschrieben. Sein Werk aber sind seine Skulpturen. Sie bleiben über den Tod hinaus, der Walter Grzimek jetzt, nach kurzer Krankheit, ereilte.

P. D.

## Münchener Ausstellung: „Traum des Orpheus“

### Interpretationskünste

Wir bedürfen mehr denn je der seelischen, geistigen und ästhetischen Ressourcen der geschichtlichen Kulturen; eine Rückbesinnung auf die wertvollen Überlieferungen der Vergangenheit kann der Gegenwart nur nützlich sein. Die italienischen Gegenwartskünstler haben das offenbar erkannt. Bei ihnen kann man schon seit längerem eine deutliche Hinwendung zu den mythologischen Bildern der griechisch-römischen Antike feststellen. Der griechische Götterhimmel wird herabgeschworen, die antiken Vorbilder in ihrer klassizistischen Tradition sind vielfältig präsent. Das will jedenfalls die Ausstellung „Der Traum des Orpheus“ beweisen.

Am Beispiel von neun italienischen Künstlern will das Münchener Lenbachhaus die Hinwendung zur Mythologie in der italienischen Gegenwartskunst 1967 bis 1984 vorführen. Gezeigt werden Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen, Fotografien und Environmentals. Für Direktor Armin Zweite ist es „eine der schönsten Präsentationen in diesem Hause“. Doch diese subjektive Aussage hilft dem Besucher wenig. Zu verneinlich, zu widersprüchlich, zu skurril sind die einzelnen Werke. Stilistische Gemeinsamkeiten lassen sich ebenso wenig feststellen wie formale Zusammenhänge.

Auch der Katalog mit seinen mehr als waghalsigen Interpretationen von dem Initiator Helmut Friedel hilft nicht aus diesem Kunst-Dickicht. Zu der „Venus mit dem Lumpenhäufchen“ von Michelangelo Pistoletto, einer nackten, weißen, mit Glimmer überzogenen weiblichen Aktfigur vor einem Berg bunter Kleiderfetzen, liest man: „Diese Lumpen, wie von einer 'spektakulären Maskerade' (Celant) übergeben, erinnern nicht so sehr an mögliche Verkleidungen der Venus, sondern in ihrer Schabigheit an die 'Lumpen' der Gesellschaft, an die Ausgestoßenen, die oft als Abschaum der Gesellschaft bezeichnet werden. In mancher Hinsicht wird auch das schreckliche Entkleiden der Opfer nationalsozialistischer Willkür vor ihrer Hinrichtung in den Gaskammern, die Berge geraubter Kleider und die armseligen, entkleideten Menschen, wie sie uns durch Foto- und Filmdokumente bekannt sind, hier wieder wachgerufen.“

Bei Janis Kounellis zischt einem schlafenden Antikenkopf aus dem Ohr eine Gastlampe. „Ich interessiere mich für das Feuer auch wegen der Bezüge zu mittelalterlichen Legenden. Das Feuer bezieht sich auf

Strafe und die Reinigung“, weiß dazu der Katalog. Und bei Giulio Paolini kleinem Gipsperd auf einem Sockel mit einer rot drapierten Schleife und einer Papierröhre auf dem Kopf dozieren: „Evolutionstheorie in einleuchtender Form, hier: Leib, Trieb, Kraft, dort: Vergeistigung, Denken, Zeichnung“. So geht es weiter. Also: Der Künstler ist tot, es lebe der Interpret!

Wer in dieser Ausstellung wirklich nach klassischen Maßstäben, nach einer zeitgemäßen Antizipation der Antike sucht, ist schnell enttäuscht. Er erscheint denn auch Pistolettos „Etrusker“, die Figur eines Mannes, der sich umdreht und im Spiegel auf sein Ebenbild trifft, hier wie ein Gleichnis für die sich selbst bespiegelnden, im Irrgarten der eigenen Vorurteile gefangenen Ausstellungsmacher. „Der Traum des Orpheus“ degeneriert so zum Alptraum (bis 1. Juli, Katalog 28 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Rückbesinnung auf klassische Maßstäbe? „Venus mit dem Lumpenhäufchen“ (1967) von Michelangelo Pistoletto, aus der Münchener Ausstellung

## Zypern: Ehrgeizige Stadtsanierung in Nordnikosia

### Archäologie mit Politik

Ehrgeizige Ziele hat sich die Regierung im letzten November ausgerufen. „Türkische Republik Nordzypern“ gesteckt. So geht es unter anderem um die Sanierung der Altstadt von Nordnikosia - jetzt Lefkosa genannt. Nicht ohne Stolz zeigt Ali Dincer - verantwortlicher Direktor für Archäologie und Denkmalschutz - die großen Stadtpläne, in denen alle zu renovierenden Häuser aus der osmanischen Zeit (1571 bis 1878) eingezeichnet sind. 243 zum Teil arg verfallene, aber noch bewohnte Bauten mit den typisch türkischen Erkern sollen in den nächsten Jahren wiederhergestellt werden. Das erste Haus, bei dessen Restaurierung alle zu erwartenden Schwierigkeiten deutlich wurden, kann Ali Dincer bereits fertig vorzeigen. Hinter der historischen Fassade versucht man der modernen Zeit gerecht zu werden, ohne die Geschichte zu verleugnen oder gar zu zerstören.

Für die Wiederherstellung der historischen Häuser errechnete die Unesco einen Betrag von 1 650 000 Dollar. Seitdem der Führer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktaş, jedoch die Teilung der Insel durch die Ausrufung einer unabhängigen Republik besiegelt, haben mit Ausnahme der Türkei alle Staaten sowie UNO, Unesco und EG ihre Hilfe für Nordzypern eingestellt. Die Regierung des etwa 160 000 Einwohner umfassenden Staates muß deshalb ihre Pläne stützen. Sie hat trotzdem für dieses Jahr umgerechnet etwa 1,25 Millionen Mark vorgesehen, um das mit viel Hoffnungen gerade erst begonnene Stadtsanierungsprojekt nicht gleich wieder einschlafen zu lassen. Prestige spielt dabei natürlich eine Rolle. Nach dem Willen von Denktaş soll Lefkosa auch im Rahmen der angestrebten Föderation mit

dem griechischen, dem größeren Teil der Insel, mehr Funktionen haben als vor der Teilung im Jahre 1974.

In Nordnikosia aber fehlt es nicht nur an Geld, sondern auch an ausreichend geschulten und erfahrenen Restauratoren. So muß man erst aus den eigenen Fehlern lernen und die Terminpläne strecken. Bei alledem hilft bisher nur die Universität Ankara. Deshalb fühlen sich die Nordzypern nicht nur von den internationalen Organisationen, sondern auch von den Wissenschaftlern anderer Länder im Stich gelassen. Voll Erörterung zeigt Ali Dincer den Brief eines ausländischen Archäologen, aus dem hervorgeht, daß er für bereits begonnene Ausgrabungen auf Nordzypern keine offiziellen Hinweise geben könne, ohne Aufträge und Forschungsmöglichkeiten bei den Griechen zu verlieren. So spielt hier - wie auch bei den Ausgrabungen im arabisch-israelischen Raum, wo ähnliche Restriktionen bekannt wurden (s. WELT v. 7.4.84) - die Politik immer mit.

Unterstützt von den Universitäten Istanbul und Ankara wollen die Nordzypern nun auch daran gehen, Gräber aus der Cypro-Geometrischen Periode (1050-750 v. Chr.) freizulegen. Es handelt sich dabei um Projekte bei Hamit Mandrez, Kozan, Enqomi. Letzteres liegt in unmittelbarer Nähe des Barnabas Klosters, in dem jetzt zusätzlich Ikonen aus den zu Moscheen gewordenen griechisch-orthodoxen Kirchen aufgestellt sind. Noch in diesem Jahr soll in Nordnikosia auch ein Museum für Archäologie und Folklore eröffnet werden. Ein historisches Gebäude dafür ist vorhanden. Denn soviel hat Nordzypern gelernt: Die „nationale“ Historie eignet sich besonders gut als Legitimationsersatz.

NORBERT MATERN

## KULTURNOTIZEN

Eine Schiller-Ausstellung zeigt das Züricher Helmhaus in Zusammenarbeit mit der „DDR“ bis zum 15. Juli.

„Unbekanntes von OK“ heißt eine Oskar-Kokoschka-Dokumentation im Geburtshaus des Künstlers in Föchlarn/Danau, die heute eröffnet wird und bis 16. September dauert.

Der polnische Komponist Krzysztof Penderecki dirigiert am 4. Juni in Paris und am 5. Juni in Nantes zwei Aufführungen seiner Werke. Bei Gebärmutterkrebs haben sich Bestrahlungen nach einer Operation

nicht bewährt. Darauf wies Prof. Fritz Beller (Münster) beim 5. internationalen Gespräch über Geburtshilfe und Gynäkologie in Münster hin.

Das Solnhofener Museum auf dem Maxberg hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens den „Kunstpreis für Lithographie Maxberg/Solnhofen“ verliehen; der erste Preis ging an den Fühler Peter Häring.

Das Harzer Bergtheater in Thale bringt am 9. Juni als Uraufführung die Dramatisierung des berühmten Trivialromans „Rinaldo Rinaldini“ heraus.

## Uraufführung in Köln: Fanny Hensels Oratorium

### Die Schwester entdeckt

Fanny Mendelssohn (1805-1847) schaut auf den Bleistritzzeichnungen ihres Mannes Wilhelm Hensel recht selbstbewußt drein. Grund genug hat sie, denn sie war mehr als nur eines berühmten Komponisten ältere Schwester. Eins ihrer Selbstporträts war wohl (neben rund 400 weiteren Titeln) ihr Opus 11, ein Klaviertrio voller Temperament - heute noch überliefert zu empfehlen.

Fanny Cäcilia Hensel galt ihren Berlinern als beste Konzertpianistin. 1831, als Bruder Felix zu seinen Europareisen aufbrach, übernahm sie die Direktion jener „Sonntagsmusiken“ der Mendelssohns im Gartenhaus am Stadtpalais, wo man sogar Gluck-Opern und Beethoveninfonien vorführte. Fanny selbst hat kaum anderswo konzertiert und, zum Schaden ihres Nachruhms, nur das wenigste gedruckt lassen. Ihr 40-Minuten-„Oratorium nach Bildern der Bibel“ (genauer nach Singsprüchen in freien Nachdichtungen) lag, erfaßt zwar, aber ungedruckt, im umfangreichen Mendelssohn-Archiv der Berliner Staatsbibliothek. Dort entdeckte es 1982 eine rheinische Kantorin.

Elke Mascha Blankenburg richtete sich das Aufführungsmaterial für ihre „Kölner Kurande“ und die mitwirkenden Berufsmusiker, ohne viel ergänzen zu müssen, eigenhändig her. Die Uraufführung - mit Felix Mendelssohns „43. Psalm“ in gleicher Besetzung als Vorspiel - kam also um

150 Jahre verspätet und endete in Kölns ausverkaufter St. Maria Himmelfahrtkirche unter Ovationen.

Fanny und Felix hatten einst zusammen Musikunterricht genossen, u. a. auch bei Zelter. Fabelhaft ebendürr waren sie sich in der Satztechnik bis zu acht Chorstimmen. Erstaunlich verschieden arbeiteten sie jedoch, beide als Mittler zwischen Epochen, im Stilistischen. Bei Felix machte man Prognosen bis zu Brahms' „Deutschem Requiem“ ausfindig. Bei Fanny Hensel schien ungekehrt das 1829er Berliner Bach-Erlebnis (der Matthäuspassion) stärker, in lakonischer Kürze, und obendrein sozusagen aus Blickwinkel Beethovens, reflektiert zu sein.

Wo den Beiden (nicht häufig) eine klassizistische Glätte dazwischenkam, machten das die Qualitäten der Wiedergabe wett. Der jugendliche Kölner Oratorienchor sang bis in die Grenzwerte der Dynamik hinein begeistert lebendig und tonrein. Auch hier vier Solisten kann die Dirigentin wohl getrost im Oktober zu ihrem Polengastspiel mitnehmen; Isabell Lippitz empfiehlt sich dort vielleicht sogar für das denkwürdige schöne Sopransolo des „Stabat Mater“ von Szymanowski (1925), das die Repertoire-Strategin Elke Blankenburg bis dann in ihren Reisevortrag aufnehmen möchte.

HEINRICH von LÜTTWITZ



